

# Stadt Papenburg

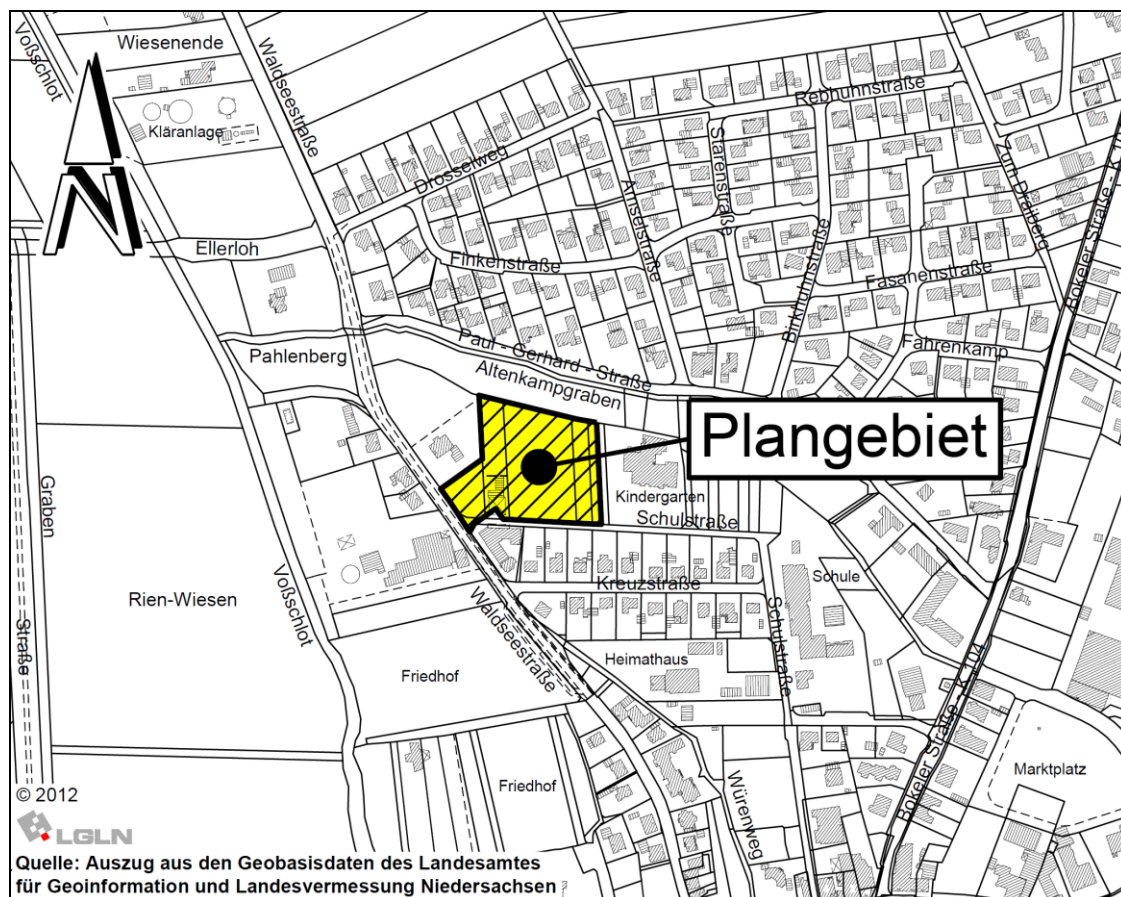
Landkreis Emsland



## Begründung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 60

„Wohn- und Pflegequartier an der Waldseestraße“

(Beschleunigtes Verfahren gemäß § 13 a BauGB)



### Büro für Stadtplanung

Gieselmann und Müller GmbH  
Raddeweg 8  
49757 Werlte  
Tel.: 05951 951012  
e-mail: j.mueller@bfs-werlte.de

Inhalt	Seite
<b>1 ANLASS UND ZIEL DER PLANUNG .....</b>	<b>3</b>
1.1    GELTUNGSBEREICH.....	3
<b>2 PLANUNGSZIELE UND VORGABEN .....</b>	<b>3</b>
2.1    ANLASS UND ERFORDERNIS.....	3
2.2    BESCHLEUNIGTES VERFAHREN .....	4
2.3    VORBEREITENDE BAULEITPLANUNG - FLÄCHENNUTZUNGSPLAN .....	6
2.4    ÖRTLICHE GEGEBENHEITEN.....	6
<b>3 INHALT DES PLANES .....</b>	<b>8</b>
3.1    ART DER BAULICHEN NUTZUNG .....	8
3.2    MAß DER BAULICHEN NUTZUNG.....	10
3.4    ERHALTENSWERTER BAUMBESTAND .....	14
3.5    DACHBEGRÜNUNG.....	14
<b>4 AUSWIRKUNGEN DER PLANUNG.....</b>	<b>14</b>
4.1    AUSWIRKUNGEN AUF BESTEHENDE NUTZUNGEN .....	14
4.2    AUSWIRKUNGEN IM PLANGEBIET .....	14
4.2.1    Belange von Natur und Landschaft .....	14
4.2.2    Geruchsimmissionen aus der Tierhaltung .....	17
4.2.3    Denkmalschutz .....	17
4.3    ERSCHLIEßUNG, VER- UND ENTSORGUNG .....	18
4.3.1    Verkehrerschließung.....	18
4.3.2    Wasserwirtschaftliche Erschließung.....	18
4.3.3    Energieversorgung .....	18
4.3.4    Abfallbeseitigung .....	19
4.3.5    Telekommunikation .....	19
4.4    ALTLASTEN .....	19
<b>5 STÄDTEBAULICHE DATEN.....</b>	<b>19</b>
<b>6 VERFAHREN.....</b>	<b>20</b>
<b>ANLAGEN.....</b>	<b>20</b>

# 1 Anlass und Ziel der Planung

## 1.1 Geltungsbereich

Der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 60 „Wohn- und Pflegequartier an der Waldseestraße“, umfasst eine Fläche im Stadtteil Aschendorf östlich der Waldseestraße zwischen der Paul-Gerhard-Straße und der Schulstraße. Östlich angrenzend befindet sich die St. Aman-dus Kindertagesstätte. Westlich des Plangebiets befindet sich ein Wohnhaus und im westlichen Plangebiet eine Remise mit Stall, die abgerissen werden soll. Das übrige Plangebiet stellt sich als landwirtschaftlich genutzte Fläche dar (Maisacker).

Das Plangebiet hat eine Größe von ca. 0,95 ha.

Das Plangebiet des Vorhaben- und Erschließungsplanes ist mit ca. 0,93 ha etwas kleiner als der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans. Dieses resultiert daraus, dass der Einmündungsbereich zum Wohnweg und gleichzeitig in die Schulstraße im Eigentum der Stadt verbleiben soll, um die öffentliche Erschließung der südlich an das Plangebiet grenzenden Schulstraße zu sichern.

Über den Vorhaben- und Erschließungsplan hinausgehend einbezogene Flächen in den vorhabenbezogenen Bebauungsplan sind zulässig, wenn sie städtebaulich erforderliche Ergänzungen sind, die sich qualitativ und quantitativ unterordnen (hier: Erschließungserfordernis); siehe OVG Münster, Urteil vom 11.09.2008, 7D 74/07, NE; VGH Kassel, Urteil vom 25.09.2014, 4C 1328/12N)

Die genaue Lage und Abgrenzung der Plangebiete des vorhabenbezogenen Bebauungsplans und des Vorhaben- und Erschließungsplans ergibt sich aus der Planzeichnung.

# 2 Planungsziele und Vorgaben

## 2.1 Anlass und Erfordernis

Aufgrund der demografischen Struktur nimmt auch in Aschendorf die Zahl der Senioren zu, woraus sich ein steigender Bedarf an altersgerechten und barrierefreien Wohnungen ergibt. Aber auch kleinere Wohneinheiten, z. B. für Singles und kleinere Familien, werden in Aschendorf nachgefragt. Gemäß dem Wohnraumversorgungskonzept der Stadt Papenburg (August 2017) sind diese Angebote im Stadtgebiet noch nicht ausreichend vorhanden.

Für das Plangebiet wurde daher von einem ortansässigen Pflegedienst ein Konzept für ein altersgerechtes Baugebiet entwickelt. In diesem Baugebiet sollen aber auch Wohneinheiten angeboten werden, die jüngere Menschen und Familien ansprechen, so dass hier ein Konzept mit generationsübergreifendem Wohnen umgesetzt werden kann.

Im Wesentlichen beinhaltet das Konzept folgende Planungsziele:

Die Erschließung erfolgt über die Waldseestraße und führt auf einen Wendepplatz der von einem dreigeschossigen Hauptgebäude, in dem neben der Wohnnutzung auch unterstützende Dienstleitungen untergebracht werden sollen, und beidseitig der Straße durch zweigeschossige Wohngebäude städtebaulich gefasst wird. Dem Hauptgebäude wird ein Platz vorgelagert, der alleine oder zusammen mit dem Wendepplatz als Fläche für Begegnungen und für Veranstaltungen genutzt werden kann. Beidseitig vom Wendepplatz sind Stichstraßen geplant, die zwei weitere Wohngebäude erschließen. Die Gebäude sollen dabei den Bedarf an unterschiedliche Wohnformen decken.

Die verschiedenen Gebäude sollen über Wegeführungen, Garten- und Begegnungsflächen miteinander verbunden werden. Insgesamt soll mit dem Konzept ein nachhaltiges, klimaorientiertes Bauen, welches die regionale Baukultur aufgreift, verfolgt werden.

Der Flächennutzungsplan stellt den Bereich bereits als Wohnbaufläche dar. Das Plangebiet ist bisher nicht mit einem rechtskräftigen Bebauungsplan versehen. Zur Umsetzung des Vorhabens ist die Aufstellung eines Bebauungsplans erforderlich, um die planungsrechtlichen Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Die Vorhabenträger haben gemäß § 12 Abs. 2 BauGB daher mit Datum vom 28.02.2022 die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes beantragt.

## **2.2 Beschleunigtes Verfahren**

Das Verfahren zum vorliegenden Bebauungsplan wurde gemäß § 13 b BauGB aufgestellt. Durch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 18.07.2023, Az.: BVerwG 4 CN 3.22, wonach ein Verfahren nach § 13 b BauGB mit Europarecht nicht vereinbar ist, kann dieses Verfahren nicht mehr angewendet werden. Für den vorliegenden Bebauungsplan musste daher die Art des Verfahrens neu bewertet werden.

Mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 25. April 2023, 4 CN 5.21 wurde klargestellt, dass das Verfahren gemäß § 13 a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung) auch zum Tragen kommen kann, wenn es sich beim Plangebiet um eine Außenbereichsinsel handelt, die dem Siedlungsbereich zugeordnet werden kann.

Da es sich bei dem vorliegenden Plangebiet um Flächen handelt, die teilweise dem § 34 BauGB und teilweise dem § 35 BauGB zugeordnet werden können und sich beide Teilbereiche innerhalb des Siedlungsbereichs von Aschendorf befinden, ist hier die Anwendung des § 13 a BauGB entsprechend der Rechtsprechung möglich. Aus diesem Grund wird das Verfahren gemäß § 13 a BauGB weitergeführt.

Gemäß § 13 a BauGB kann die Stadt einen Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren durchführen, sofern

- es sich um einen Bebauungsplan für die Wiedernutzbarmachung von Flächen, die Nachverdichtung oder andere Maßnahmen der Innenentwicklung (Bebauungsplan der Innenentwicklung) handelt,
- in ihm eine zulässige Grundfläche im Sinne des § 19 Abs. 2 BauNVO oder eine Größe der Grundfläche festgesetzt wird von
  - a) weniger als 20.000 qm
  - b) 20.000 bis weniger als 70.000 qm, wenn durch überschlägige Prüfung die Einschätzung erlangt wird, dass der Bebauungsplan voraussichtlich keine erheblichen Umweltauswirkungen hat.
- die Zulässigkeit von Vorhaben, die einer Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegen, nicht vorbereitet oder begründet wird und
- keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 6 Nr. 7 b des BauGB genannten Schutzgüter bestehen.

Mit einem Bebauungsplan der Innenentwicklung werden somit insbesondere solche Planungen erfasst, die der Erhaltung, Erneuerung, Fortentwicklung, Anpassung und dem Umbau vorhandener Ortsteile dienen. Der Begriff der Innenentwicklung bezieht sich daher vor allem auf innerhalb des Siedlungsbereichs befindliche Flächen.

Das vorliegende Plangebiet umfasst eine Fläche von ca. 0,95 ha innerhalb des Siedlungsbereichs von Aschendorf. Das Gebiet ist als Teil der Ortslage von Aschendorf fast vollständig von Bebauung umgeben. Lediglich nördlich des Plangebietes wird das Gebiet durch den Altenkampgraben von der Wohnsiedlung nördlich der Paul-Gerhard-Straße getrennt. Mit der vorliegenden Planung soll dieser innerstädtische Siedlungsbereich nachverdichtet werden. Aus den vor genannten Gründen kann das Plangebiet als Bebauungsplan der Innenentwicklung bewertet werden.

Der Schwellenwert für ein Verfahren gemäß § 13 a Abs. 1 Nr. 1 BauGB mit einer zulässigen Grundfläche von max. 2 ha wird im vorliegenden Fall bereits aufgrund der geringen Größe des Plangebietes erheblich unterschritten.

Das Plangebiet ist nicht Bestandteil eines Gebietes von gemeinschaftlicher Bedeutung oder eines Europäischen Vogelschutzgebietes im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes. Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele und der Schutzzwecke dieser in § 1 Abs. 6 Nr. 7 b BauGB genannten Gebiete ergeben sich nicht.

Für die vorliegende Planung sind damit die Voraussetzungen für ein beschleunigtes Verfahren gemäß § 13 a Abs. 1. Nr. 1 BauGB gegeben. Somit wird von der Umweltprüfung, von dem Umweltbericht und von der Angabe, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, abgesehen. Im beschleunigten

nigten Verfahren gelten die Vorschriften des vereinfachten Verfahrens nach § 13 Abs. 2 und 3 Satz 1 BauGB entsprechend.

### 2.3 Vorbereitende Bauleitplanung - Flächennutzungsplan

Gemäß § 8 Abs. 2 BauGB sind Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln. Im wirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Papenburg ist das Plangebiet als Wohnbaufläche dargestellt. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan wird daher aus dem Flächennutzungsplan der Stadt Papenburg entwickelt.

### 2.4 Örtliche Gegebenheiten

Das Plangebiet stellt sich überwiegend als landwirtschaftlich genutzte Fläche dar. Im westlichen Geltungsbereich befindet sich eine Remise mit Stall, die abgerissen werden soll. Nördlich und westlich der Remise befindet sich eine regelmäßig gemähte Pferdeweide.

Nördlich schließt das Plangebiet an einen ca. 30 m breiten Grünstreifen an, in dem ein Altbaumbestand vorhanden ist. In diesem Bereich verläuft der Altenkampgraben. Der Bereich wird in Teilen als ein gemäß § 30 BNatSchG i. V. m. § 24 Abs. 2 NAGBNatSchG geschütztes Biotop geführt.

Auszug aus dem Landschaftsrahmenplan des Landkreis Emsland 2001:

*Dicht mit Hochstauden üppig bewachsener Abschnitt des Altenkampgrabens im Stadtgebiet von Aschendorf. Dominanzbestände bilden Mädesüß und Brennnessel. Aufgelockert wird die Fläche durch einzelne Weiden, Eichen, Erlen und Birken.*

Östlich des Plangebiets befindet sich die St. Amandus Kindertagesstätte, die von Baumbestand umgeben ist.

Südlich des Plangebiets verläuft die Parzelle der Schulstraße, die im Bereich des Plangebiets nicht ausgebaut ist.

Westlich grenzt das Plangebiet an ein Grundstück mit Wohnnutzung und an die Waldseestraße.

Westlich der Waldseestraße befindet sich direkt an der Straße in unmittelbarer Nachbarschaft zum Plangebiet ein landwirtschaftlicher Betrieb mit Tierhaltung.

Nordwestlich des Plangebiets befindet sich in ca. 220 m Entfernung ein Schafstall.

Ca. 500 m nördlich des Plangebiets ist ein Betrieb mit Pferdehaltung und einer Reitschule vorhanden.

## 2.5 Immissionssituation

### *Verkehrsimmissionen*

Direkt westlich angrenzend zum Plangebiet befindet sich die Waldseestraße. Mit einer täglichen Frequenz von ca. 2.000 Fahrzeugen im Prognosehorizont bis 2035 und einem Abstand der geplanten Wohnbebauung von ca. 40 m kann davon ausgegangen werden, dass die Orientierungswerte der DIN 18005 (Schallschutz im Städtebau) eingehalten werden.

### *Gewerbliche Immissionen*

Gewerbliche Emissionen, die sich negativ auf das Plangebiet auswirken könnten, sind im Umfeld des Plangebietes nicht vorhanden.

### *Geruchsimmissionen*

Wie bereits beschrieben befindet sich in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet ein Betrieb mit Milchvieh und Nachzucht, in ca. 220 m Abstand ein Schafstall und in einem Abstand von ca. 500 m ein Reiterhof. Aus diesem Grund wurde der TÜV Nord mit der Erstellung eines Geruchsimmissionsgutachtens beauftragt (s. Anlage 2).

Das Gutachten wurde gemäß Anhang 7 der TA-Luft „Feststellung und Beurteilung von Geruchsimmissionen“ erstellt.

Grundlagen der Berechnungen sind Angaben der Stadt Papenburg über die genehmigten Tierzahlen des Milchviehbetriebes. Der Bestand des weiter entfernt gelegenen Reiterhofs hat laut Gutachter nur einen untergeordneten Einfluss auf das Plangebiet und wurde daher geschätzt.

Ergebnis des Gutachtens ist, dass im Plangebiet belästigungsrelevante Kenngrößen von 3 % bis über 20 % der Jahresstunden erreicht werden. Der Immissionswert für ein allgemeines Wohngebiet von 0,10 (Geruchsbelästigungen an max. 10 % der Jahresstunden) wird im südwestlichen Plangebiet überschritten.

Laut Gutachter ist in direkter Nachbarschaft zu einem landwirtschaftlichen Betrieb die Anwendung des Immissionswertes für Dorfgebiete (0,15) denkbar.

Das Plankonzept wird daher so konzipiert, dass direkt an der Waldseestraße eine private Verkehrsfläche mit der Zweckbestimmung „Parkplatz“ festgesetzt wird. Das allgemeine Wohngebiet beginnt dann erst in einem Abstand von ca. 33 m zur Waldseestraße mit Immissionswerten von maximal 0,15. Im überwiegenden allgemeinen Wohngebiet kann der Immissionswert von 0,10 jedoch eingehalten werden. Der Wert von 0,15 wird auch nur in einem Bereich erreicht, in dem ein Nebengebäude geplant ist.

Eine Nachbetrachtung für den Schafstall hat ergeben, dass durch diesen keine relevanten Geruchsimmissionen im Bereich des Plangebiets zu erwarten sind.

### *Sonstige Immissionen*

In der Umgebung des Plangebietes sind Sonstige Anlagen (z.B. Sportanlagen), deren Auswirkungen oder deren Belange zu beachten sind, nicht vorhanden. Es sind im Plangebiet daher keine unzumutbaren Beeinträchtigungen im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 7 c BauGB zu erwarten.

## **3 Inhalt des Planes**

### **3.1 Art der baulichen Nutzung**

Die konkrete Anordnung und Lage der Bebauung ergibt sich aus der Darstellung des Vorhabens in der Planzeichnung (Vorhaben- und Erschließungsplan). Der Vorhabenträger verpflichtet sich im Rahmen des Durchführungsvertrages zur Errichtung dieses Vorhabens innerhalb einer bestimmten Frist.

Die zeichnerischen und textlichen Festsetzungen geben den Rahmen an, der für die zukünftige Entwicklung möglich sein soll.

Wird in einem vorhabenbezogenen Bebauungsplan für den Bereich des Vorhaben- und Erschließungsplans eine bauliche Nutzung durch Festsetzung eines Baugebiets auf Grund der Baunutzungsverordnung allgemein festgesetzt, ist gemäß § 12 Absatz 3a BauGB unter entsprechender Anwendung des § 9 Absatz 2 BauGB festzusetzen, dass im Rahmen der festgesetzten Nutzungen nur solche Vorhaben zulässig sind, zu deren Durchführung sich der Vorhabenträger im Durchführungsvertrag verpflichtet. Änderungen des Durchführungsvertrages oder der Abschluss eines neuen Durchführungsvertrages sind zulässig.

Der § 12 Absatz 3a BauGB soll hier angewendet werden: Im Geltungsbereich des Bebauungsplans sind daher nur solche Vorhaben zulässig, zu deren Durchführung sich der Vorhabenträger im Durchführungsvertrag verpflichtet. Änderungen des Durchführungsvertrages sind möglich, soweit das Vorhaben den textlichen und zeichnerischen Festsetzungen des Bebauungsplanes entspricht.

### Allgemeines Wohngebiet

Für das Plangebiet wurde von einem ortansässigen Pflegedienst ein Konzept für ein altersgerechtes Baugebiet entwickelt. In diesem Baugebiet sollen aber auch Wohneinheiten angeboten werden, die jüngere Menschen und Familien ansprechen, so dass hier ein Konzept mit generationsübergreifendem Wohnen umgesetzt werden kann. Im Hauptgebäude sollen zudem Dienstleistungen für Menschen angeboten werden, die im Alltag einen gewissen Grad an Hilfe benötigen.

Aufgrund der vorgesehenen Nutzungen wird das Plangebiet als allgemeines Wohngebiet (WA) gemäß § 4 Baunutzungsverordnung (BauNVO 2017) festgesetzt. Allgemeine Wohngebiete dienen vorwiegend dem Wohnen. Damit ist eine Einfügung des neuen Baugebietes in die vorhandene, nördlich und süd-



lich des Plangebiets überwiegend durch Wohnnutzung geprägte Struktur der Umgebung sichergestellt.

Neben den Wohnnutzungen sind in einem allgemeinen Wohngebiet auch kleine gebietsbezogene Dienstleistungsbetriebe und nicht störende Handwerksbetriebe sowie Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche oder sportliche Zwecke allgemein zulässig.

Weitere gewerbliche Nutzungen, wie z.B. nicht störende Gewerbebetriebe, Tankstellen oder Gartenbaubetriebe, sind gemäß § 4 Abs. 3 BauNVO nur ausnahmsweise zulässig.

Im vorliegenden Fall sollen Tankstellen und Gartenbaubetriebe im allgemeinen Wohngebiet ausgeschlossen werden, da diese Nutzungen nicht dem geplanten Vorhaben des Vorhabenträgers entsprechen.

Weitere einschränkende Festsetzungen zum Nutzungskatalog werden nicht getroffen, um im Einzelfall den Bewohnern auch eine Verbindung von Wohnen und Erwerbstätigkeit zu ermöglichen bzw. Dienstleistungsangebote für das Wohnen im Alter anbieten zu können, soweit sich daraus keine Störungen für die Nachbarschaft ergeben.

#### Private und öffentliche Verkehrsfläche

Im südwestlichen Plangebiet wird eine private Verkehrsfläche mit der Zweckbestimmung „Parkplatz“ festgesetzt. In diesem Bereich wird ein Teil der für die geplanten Nutzungen nachzuweisenden Stellplätze untergebracht. Die innere Erschließung des allgemeinen Wohngebietes und der geplanten Gebäude erfolgt ebenfalls über eine festgesetzte private Verkehrsfläche. Die Zweckbestimmung wird als Wohnweg definiert.

Der Einmündungsbereich wird allerdings als öffentliche Straßenverkehrsfläche ausgewiesen, um für die Parzelle des Schulweges eine öffentliche Anbindung zur Waldseestraße zu sichern. Die Aufnahme in den Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans ist erfolgt, um die private Verkehrsfläche an das öffentliche Straßenverkehrsnetz anzubinden und damit die Erschließung des Vorhabens zu sichern.

#### Geruchsimmissionen aus der Tierhaltung

Westlich und nördlich des Plangebiets befinden sich Betriebe mit Tierhaltungsanlagen. Die Geruchsemissionen wurden vom TÜV Nord in Bezug auf das geplante Vorhaben untersucht (Anlage 2). Das Ergebnis der Untersuchung wurde in einem Raster mit den Geruchstundenhäufigkeiten in % der Jahresstunden dargestellt. Geruchsbelastungen durch Tierhaltungsanlagen, die den für ein allgemeines Wohngebiet maßgeblichen Richtwert von 0,10 (entspricht wahrnehmbaren Gerüchen an 10 % der Jahresstunden) einhalten, sind in wesentlichen Teilen des Plangebietes gegeben. Im südwestlichen Plangebiet wird dieser Wert jedoch bis zu einem Wert von 0,15 überschritten. Aufgrund des Planungsziels, diesen innerstädtischen Bereich für eine Wohnbebauung zu entwickeln und damit den Bedarf an Wohnungen insbesondere

auch für ältere Menschen zu decken, hält die Stadt Geruchsimmissionen durch Tierhaltungsanlagen bis zu einem Immissionswert von 0,15 (15 % der Jahresstunden) noch als zumutbar. Dieser Wert wird lediglich in einem Bereich erreicht, in dem im Vorhaben- und Erschließungsplan ein Nebengebäude geplant ist. Die Flächen, auf denen mit einer Überschreitung des maßgeblichen Richtwerts von 0,10 zu rechnen ist, sind im Bebauungsplan gekennzeichnet.

#### Private Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Schutzgrün“

Im südlichen Plangebiet soll südlich der privaten Erschließungsstraße eine private Grünfläche festgesetzt werden. In diesem Bereich sind die Geruchsimmissionen aus der Tierhaltung zu hoch für die Ausweisung eines allgemeinen Wohngebiets. Aus diesem Grund wird die Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Schutzgrün“ festgesetzt. Sie schützt vor einem Heranrücken der Wohnbebauung an den westlich des Plangebiets bestehenden landwirtschaftlichen Betrieb mit Tierhaltung.

### **3.2 Maß der baulichen Nutzung**

#### Grundflächenzahl

Die Grundflächenzahl für das allgemeine Wohngebiet soll mit 0,5 festgesetzt werden und überschreitet damit den gemäß § 17 BauNVO für allgemeine Wohngebiete empfohlenen Orientierungswert für Obergrenzen von 0,4.

Aus dem Kommentar von König/Roeser/Stock, Baunutzungsverordnung 5. Auflage 2022 wird folgendes dazu aufgeführt:

*„Eine Überschreitung der Obergrenzen war allerdings auch nach Abs. 2 S. 1 in den Fassungen seit der Innenentwicklungsnovelle 2013 an die weitere tatbestandliche Voraussetzung geknüpft, dass die Überschreitung durch Umstände ausgeglichen ist oder durch Maßnahmen ausgeglichen wird, durch die sichergestellt ist, dass die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse nicht beeinträchtigt werden und nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt vermieden werden. Diese strikte, der Abwägung entzogene Schranke (→ Rn. 26) ist mit der Umwandlung der Obergrenzen in bloße Orientierungswerte durch das Baulandmobilisierungsgesetz entbehrlich geworden; sie wurde ersatzlos gestrichen. Indessen wäre es ein fataler Trugschluss, anzunehmen, dass sich die planende Gemeinde im Falle einer Überschreitung der Orientierungswerte um diese Belange nicht mehr kümmern müsste. Bereits mit der Innenentwicklungsnovelle 2013 wurde auf die in Abs. 2 S. 1 Fassung 1990 noch enthaltene Anforderung, dass von der Überschreitung berührte öffentliche Belange nicht entgegenstehen dürfen. Diese Regelung hatte neben den aus dem Erforderlichkeitsgrundsatz (§ 1 Abs. 3 S. 1 BauGB) und dem Abwägungsgebot (§ 1 Abs. 7 BauGB) resultierenden Anforderungen ohnehin keine eigenständige Bedeutung. Ähnlich wird man es hinsichtlich der Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse und der Vermeidung nachteiliger Auswirkungen auf die Umwelt zu sehen haben: Auch diese öffentlichen und privaten Belange kann die planende Gemeinde in der Abwägung nicht unbe-*

rücksichtigt lassen. Diesbezügliche Fehler im Abwägungsvorgang (§ 2 Abs. 3 BauGB) und/oder -ergebnis (§ 1 Abs. 7 BauGB) werden insbesondere dann vermieden, wenn eine Beeinträchtigung dieser Belange durch Überschreitung der Orientierungswerte nach Abs. 1 entweder durch Umstände ausgeglichen sind oder durch Maßnahmen ausgeglichen werden.

#### Randnummer 39

*Hieran wird deutlich, worin der durch den Übergang von grundsätzlich bindenden Obergrenzen mit an tatbestandlich geregelten Überschreitungsmöglichkeiten hin zu bloßen Orientierungswerten vollzogene „Paradigmenwechsel“ (→ Rn. 52) und der damit einhergehende größere Entscheidungsspielraum der Gemeinden eigentlich besteht: Nicht die Verantwortlichkeiten im Fall einer Überschreitung der in der Tabelle zu § 17 Abs. 1 genannten Werte sind abgeschwächt worden, sondern die Verantwortung ist aus der Hand des Verordnungsgebers in die Hand der planenden Gemeinde übergeben worden. Die Entscheidung, ob auch ein regelhaft höheres Maß der baulichen Nutzung mit Blick auf die planerische Konzeption der Gemeinde oder die vorhandene Bestandssituation hinnehmbar ist, liegt in der Abwägungsverantwortung der planenden Gemeinde. Die Rechtsänderung erhöht den Ermittlungs-, Bewertungs-, Begründungs- und Dokumentationsaufwand in nicht unerheblichem Maße.“*

Im Zuge der vorliegenden Planung wird die Überschreitung des Orientierungswertes für allgemeine Wohngebiete wie folgt begründet:

Der Vorhaben- und Erschließungsplan beinhaltet 5 Gebäude: Ein Haupthaus, zwei Mehrfamilienhäuser und zwei Reihenhäuser. Das Konzept sieht eine Verdichtung bis zu einer Grundflächenzahl von 0,5 vor. Ein Ziel ist u. a. die Unterbringung von kleinen Wohneinheiten sowohl für ältere als auch jüngere Menschen. Ein Teil des Konzeptes ist zudem die mögliche Inanspruchnahme von Dienstleistungen und Hilfestellungen, die im Haupthaus untergebracht sind. Es sollen möglichst viele Wohneinheiten im Umfeld des Haupthauses entstehen, um möglichst vielen Menschen diese Hilfestellungen anbieten zu können. Aus diesem Grund soll der Orientierungswert für Obergrenzen im Plangebiet überschritten werden.

Als Ausgleich für diese Mehrversiegelung wird festgesetzt, dass eine Überschreitung der Grundflächenzahl gemäß § 19 Abs. 4 Satz 2 nur um 10 % anstelle der im Gesetz genannten 50 % bis zu einer Grundflächenzahl von 0,55 zulässig ist. Eine weitere Überschreitung von 10 % bis zu einer Grundflächenzahl von 0,6 ist dann zulässig, wenn wasserdurchlässige Materialien verwendet werden. Unter Berücksichtigung der Überschreitungsmöglichkeit durch die so genannte Grundflächenzahl II ergibt sich somit bezüglich der Gesamtversiegelung kein Unterschied: Bei der Einhaltung des Orientierungswerts würde eine maximale Versiegelung bis zu einer Grundflächenzahl von 0,6 ermöglicht werden (0,4 plus 50 %) ebenso wie bei der zuvor beschriebenen Festsetzung im vorliegenden Bebauungsplan (0,5 plus 20%).

Zudem wird durch die Festsetzung der Pflanzmaßnahmen aus dem Freiflächenkonzept und durch die Festsetzung von Dachbegrünungen eine Eingrünung des Plangebiets erreicht.

Unter den vor genannten Voraussetzungen ist die Festsetzung einer Grundflächenzahl von 0,5 städtebaulich begründbar und damit gerechtfertigt.

### Zahl der Vollgeschosse

Gemäß § 16 (3) BauNVO ist es notwendig zur hinreichenden Konkretisierung das Maß der baulichen Nutzung dreidimensional zu bestimmen. Neben der Festsetzung der Grundflächenzahl ist daher die Höhe der baulichen Anlagen oder die Zahl der Vollgeschosse festzusetzen (vgl. Fickert/Fieseler, BauNVO, 13. Auflage, § 16 Rn 21).

In der Umgebung befinden sich entlang der Waldseestraße und der Kreuzstraße überwiegend eingeschossige Gebäude. Aufgrund der rückwärtigen und solitären Lage am Grünzug des Altenkampgrabens und aufgrund der gewünschten Verdichtung im zentrumsnahen Bereich ist eine mindestens zweigeschossige Bebauung vorgesehen. Gemäß dem Vorhaben- und Erschließungsplan ist dieses für die im südlichen Geltungsbereich geplanten Reihenhäuser auch so vorgesehen. Im nördlichen Plangebiet sollen ausgerichtet zum Grünzug mindestens zwei und maximal drei Geschosse zulässig sein. In diesen Bereichen entstehen zwei Mehrfamilienhäuser und das Haupthaus. Um die Gestaltung an die vorherrschend mit Satteldächern bzw. geneigten Dächern gestaltete Umgebung anzupassen, werden maximale Traufhöhen festgesetzt. Aus dem Vorhaben- und Erschließungsplan lässt sich zudem erkennen, dass geneigte Dächer umgesetzt werden sollen.

Die Traufenhöhe wird im Schnittpunkt der Außenfläche der Außenwand mit der Oberkante der Sparren gemessen. Von der Einhaltung der festgesetzten Traufhöhe werden Dachaufbauten, Zwerchgiebel sowie untergeordnete Gebäudeteile oder Gebäuderücksprünge ausgenommen.

Um zu gewährleisten, dass sich die Gebäudehöhen in einem städtebaulichen vertretbaren Maß entwickeln, werden zusätzlich die Sockelhöhen und die maximalen Gebäudehöhen definiert. Die in den allgemeinen Wohngebieten WA 1, WA 2 und WA 3 unterschiedlichen Höhenfestsetzungen resultieren aus den unterschiedlichen Gebäudeformen, die im Durchführungsvertrag konkret vereinbart werden.

Da das Vorhaben als ein Gesamtvorhaben umgesetzt wird und die Erschließungsplanung Teil des Vorhabens ist, sind dem Vorhabenträger die Höhen der fertig ausgebauten Privatstraße bekannt und können als Bezugspunkt für die Gebäudehöhen genutzt werden.

Durch die Festsetzung der GRZ, der zulässigen Anzahl der Geschosse sowie der maximalen Bauhöhen, ist das Maß der baulichen Nutzung gemäß § 16 (3) BauNVO dreidimensional und damit hinreichend konkret bestimmt.

Die konkrete Ausgestaltung der geplanten Gebäude wird im Durchführungsvertrag vereinbart.

### **3.3 Bauweise und Baugrenzen**

#### Baugrenzen / überbaubare Grundstücksfläche

Die Festsetzung von Baugrenzen soll einerseits eine städtebauliche Ordnung gewährleisten und andererseits so bemessen sein, dass den Eigentümern eine große Gestaltungsfreiheit im Hinblick auf die Anordnung von Gebäuden auf dem Grundstück verbleibt. Durch den Vorhaben- und Erschließungsplan ist die Lage der geplanten Gebäude bereits festgeschrieben. Trotzdem werden die überbaubaren Bereiche großzügig entlang der Erschließungsstraßen ausgewiesen. Damit sind Abweichungen im begrenzten Ausmaß, die die Grundzüge der Planung nicht berühren, möglich. Zum Grünzug des Altenkampgrabens wird die Baugrenze in einem Abstand von 9 m bzw. 10 m festgesetzt, um das geschützte Biotop nicht weiter zu beeinträchtigen. In diesem Abstandsbereich sollen eine Versickerungsmulde ausgehoben und Hecken aus Blühsträuchern gepflanzt werden. Des Weiteren ist dort die Errichtung eines Spielplatzes geplant. In der nordöstlichen Plangebietsecke wird mit der Baugrenze der Kronenbereich eines im nördlich des Plangebiets vorhandenen Grünzugs bestehenden Laubbaumes berücksichtigt und abgeschrägt. Zum Grundstück des St. Amandus Kindergartens wird mit der Baugrenze ein Abstand von 4 m eingehalten. Im Vorhaben- und Erschließungsplan sind in diesem Abstandsbereich Schnitthecken und Hecken aus Blühsträuchern vorgesehen.

Im südlichen Geltungsbereich wird zur Plangeietsgrenze der Mindestabstand gemäß Niedersächsischen Bauordnung von 3 m festgesetzt.

Beidseitig der privaten Erschließungsstraße werden aufgrund der Stellplatzanlagen die Baugrenzen in einem Abstand von 6 m festgesetzt. Damit wird gewährleistet, dass die Hauptgebäude einen entsprechenden Abstand zugunsten der Stellplätze zur Haupteerschließungsstraße einhalten.

Im westlichen Plangebiet resultiert der 8 m Abstand der Baugrenze zur festgesetzten privaten Grünfläche aus immissionsschutzrechtlichen Gründen (Geruch). Im Vorhaben- und Erschließungsplan sind in diesem Bereich lediglich Nebenanlagen vorgesehen.

Im nordwestlichen Plangebiet orientieren sich die Baugrenzen an den Grundstücksgrenzen (5 m Abstand) bzw. an dem geplanten Bauvorhaben (Mehrfamilienhaus 2).

#### Bauweise

Für das allgemeine Wohngebiet wird eine offene Bauweise festgesetzt. Damit ist mit den Gebäuden ein seitlicher Grenzabstand gemäß der Nds. Bauordnung einzuhalten.

### 3.4 Erhaltenswerter Baumbestand

Im nordwestlichen Plangebiet werden zwei bestehende Eichen als zu erhalten festgesetzt. Eine weitere Eiche im nordwestlichen Plangebiet kann nicht erhalten werden, da sie sich im Bereich des Mehrfamilienhauses 2 befindet.

Im Plangebiet werden jedoch gemäß Vorhaben- und Erschließungsplan ca. 30 neue Bäume gepflanzt, so dass das Entfernen der Eiche damit kompensiert werden kann. Die Papenburger Baumschutzsatzung, in dessen Rahmen geschützte Bäume in einem bestimmten Umfang zu ersetzen sind, wird damit über den vorgesehenen Rahmen hinaus berücksichtigt.

### 3.5 Dachbegrünung

Grüne Strukturen im Stadtgebiet erfüllen wichtige Aufgaben und Funktionen. Sie sorgen für Schatten, kühlen und befeuchten die Luft und bieten Retentionsflächen bei Starkregenereignissen. Dachflächen können diesbezüglich gerade in stärker verdichteten Gebieten eine wichtige Rolle spielen. Um im vorliegenden Plangebiet diese Funktionen einer Dachbegrünung nutzen zu können, wird festgesetzt, dass auf Flachdächern und flachgeneigten Dächern 60 % der Dachflächen als begrünte Dächer ausgebildet werden müssen.

## 4 Auswirkungen der Planung

### 4.1 Auswirkungen auf bestehende Nutzungen

Aufgrund der vorgesehenen Nutzung, die überwiegend aus Wohnnutzungen und im Hauptgebäude aus ergänzenden Dienstleistungen besteht, sind Auswirkungen auf die bestehenden Nutzungen im Umfeld der Planung als gering zu bewerten.

### 4.2 Auswirkungen im Plangebiet

#### 4.2.1 Belange von Natur und Landschaft

##### Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung

Das Plangebiet ist, wie in Kap. 2.4 dargelegt, fast vollständig von Bebauung umgeben und kann strukturell dem Siedlungsbereich von Aschendorf zugeordnet werden. Die geplanten Nutzungen können daher im Verfahren nach § 13 a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung) ausgewiesen werden.

Nach § 13 a Abs. 4 i.V.m. Abs. 2 Nr. 4 und Abs.1 Nr. 1 BauGB gelten bei einem Bebauungsplan der Innenentwicklung Eingriffe, die aufgrund der Aufstellung des Bebauungsplanes zu erwarten sind, im Sinne des § 1 a Abs. 3 S. 5 BauGB als vor der planerischen Entscheidung erfolgt oder zulässig, sofern die Größe der Grundfläche oder die Fläche, die bei Durchführung des Bebauungsplanes voraussichtlich versiegelt wird, weniger als 20.000 qm beträgt.

Das Plangebiet umfasst mit seinem Geltungsbereich eine ca. 0,95 ha große innerörtliche Fläche und ist damit kleiner als 2 ha. Die Voraussetzung des § 13 a Abs. 1 Nr. 1 BauGB ist im vorliegenden Fall somit gegeben.

### Artenschutz

Die artenschutzrechtlichen Bestimmungen des § 44 Bundesnaturschutzgesetz gelten, anders als die Eingriffsregelung, unabhängig und selbständig neben dem Bebauungsplan.

Um die Auswirkungen auf den Artenschutz zu verifizieren und die Verbotstatbestände gemäß Bundesnaturschutzgesetz zu untersuchen wurde eine UsaP (Untersuchung zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung, Anlage 3) erstellt.

Die UsaP hat sich nach einer Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Emsland mit den Tiergruppen der Brutvögel und Fledermäuse auseinandergesetzt.

Negative Auswirkungen auf artenschutzrechtlich relevante Pflanzenarten lassen sich aufgrund der Lage und Nutzung im Plangebiet ausschließen. In der vorliegenden UsaP wird das Ergebnis von 4 Begehungen zur Brutvogel- und 4 Begehungen zur Fledermauserfassung dargestellt. Mit der Untersuchung zur artenschutzrechtlichen Prüfung wird eine Prognose gestellt, ob und von welchen Wirkfaktoren des Vorhabens auf welche erfassten oder zu erwartenden Tierarten artenschutzrechtliche Belange berührt werden können.

### Brutvögel

Es wurden 26 Vogelarten als Brutvogel (mindestens „Brutverdacht“) bestätigt, wovon 6 in einer der Gefährdungskategorien auf der Roten Liste Niedersachsens/Tiefland West bzw. Deutschlands geführt werden oder streng geschützt sind (s. Anlage 3). Laut Gutachten befanden sich keine erkennbaren Nester von Groß- oder Greifvögeln innerhalb des Plangebiets und dem gesamten Untersuchungsgebiet. Die im Untersuchungsgebiet vorgefundenen Lebensraumtypen sind Gehölzstrukturen in Form von wegesäumenden oder flächigen Gehölzen, Gras- und Staudenflur, Strauchvegetation, Acker und Siedlung.

Die erfassten Brutvögel (mind. Brutverdacht/BV) sind überwiegend überall häufige, anpassungsfähige Vogelarten. Das Untersuchungsgebiet stellt kein Schwerpunktverkommen oder Dichtezentrum dieser überall häufigen (ubiquitären) Arten dar.

Maßnahmen zur Vermeidung der Verbotstatbestände gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG:

Zur Vermeidung der Erfüllung des Verbotstatbestandes gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötung) werden folgende Maßnahmen notwendig:

Die Baufeldräumung und Vegetationsentfernung hat außerhalb des Zeitraumes 1. März bis zum 31. September (Allgemeiner Schutz wildlebender Tiere und Pflanzen gem. § 39 BNatSchG) zu erfolgen (Bauzeitenbeschränkung).

Erfolgen die Baufeldräumung und Vegetationsentfernung während der Brutzeit, hat vor Beginn der Arbeiten zur Vermeidung der Erfüllung des Verbotstat-

bestandes gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötung) für potenziell brütende Vogelarten eine Überprüfung auf Nester bzw. nistende Brutvögel im Vorhabenbereich durch eine ökologische Baubegleitung zu erfolgen.

Unter Berücksichtigung dieser Maßnahmen zur Vermeidung kommt die UsaP zu dem Ergebnis, dass für die im UG vorkommenden europäischen (wildlebenden, heimischen) Vogelarten keine Erfüllung der Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 BNatSchG vorliegen.

#### Fledermäuse

Im Erfassungszeitraum in 2022 konnten gemäß Gutachten 4 Fledermausarten jagend im Untersuchungsgebiet nachgewiesen werden. Dabei konzentrierten sich die Kontakte entlang der Gehölzränder am nördlichen Rand der Vorhabenfläche. Die Jagdaktivität entlang der o.g. Strukturen erreichte regelmäßig geringe Intensität für die Arten Breitflügelfledermaus und Zwergfledermaus. Die übrigen Arten wurden nur unregelmäßig in Einzelkontakten nachgewiesen. Die erfassten Arten sind im ländlichen Kulturräum des nordwestlichen Tieflands weit verbreitet und zum überwiegenden Teil flächendeckend anzutreffen. Es wurden bei den Ausflugkontrollen an Bereichen mit potenziellem Quartierpotenzial (Bäume, Gebäude) keine Hinweise auf in Nutzung befindliche Quartierstandorte von Fledermäusen innerhalb des Plangebiets festgestellt. Alte Habitatbäume mit Schäden, die geeignete Fledermausquartiere darstellen (Fäulnishöhlen, Spechthöhlen), wurden im Untersuchungsgebiet nicht nachgewiesen.

Maßnahmen zur Vermeidung des Verbotstatbestandes gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötung) :

Die Baufeldräumung und der Gebäudeabriss hat außerhalb des Zeitraumes 1. März bis zum 30. September (Allgemeiner Schutz wildlebender Tiere und Pflanzen gem. § 39 BNatSchG) zu erfolgen (Bauzeitenbeschränkung).

Erfolgen die Baufeldvorbereitung und Vegetationsentfernung während der Hauptaktivitätszeit der Fledermäuse, hat vor Beginn der Arbeiten zur Vermeidung der Erfüllung des Verbotstatbestandes gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötung) für in Quartieren befindliche Individuen eine Überprüfung von Bäumen und Gebäuden im Vorhabenbereich durch eine ökologische Baubegleitung zu erfolgen.

#### Maßnahmen zur Vermeidung der Verbotstatbestände gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG

Zur Vermeidung der Erfüllung des Verbotstatbestandes gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG (Lebensstättenverlust) werden folgende Maßnahmen notwendig:

Für den Verlust des Quartierpotenzials sind Kompensationsmaßnahmen im Plangebiet notwendig. Hierzu werden entlang der nördlichen und östlichen Plangebietsgrenze Hecken aus Blühsträuchern gepflanzt.

Als kurzfristiger Ausgleich für den Verlust von Fledermausquartieren werden zwei Fledermaushöhlen (selbstreinigende Kleinfledermaushöh-



le/Sommerquartier aus Holzbeton) in der Umgebung (ab etwa 50 m Abstand zur Vorhabenfläche in geeigneten, aus der Nutzung genommenen Gehölzen) angebracht.

Unter Berücksichtigung dieser Maßnahmen zur Vermeidung kommt die UsaP zu dem Ergebnis, dass für die im UG vorkommenden Fledermäuse keine Erfüllung der Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 BNatSchG vorliegen.

Die durchzuführenden Vermeidungsmaßnahmen werden im Bebauungsplan berücksichtigt, so dass dem Artenschutz ausreichend Rechnung getragen wird,

#### **4.2.2 Geruchsimmissionen aus der Tierhaltung**

Wie bereits unter Kapitel 2.5 beschrieben, befinden sich in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet Betriebe mit Tierhaltung. Aus diesem Grund wurde der TÜV Nord mit der Erstellung eines Geruchsimmissionsgutachtens beauftragt (s. Anlage 2).

Ergebnis des Gutachtens ist, dass im Plangebiet belästigungsrelevante Kenngrößen von 3 % bis über 20 % der Jahresstunden erreicht werden. Der Immissionswert für ein allgemeines Wohngebiet von 0,10 (Geruchsbelästigungen an max. 10 % der Jahresstunden) wird im südwestlichen Plangebiet überschritten.

Laut Gutachter ist in direkter Nachbarschaft zu einem landwirtschaftlichen Betrieb die Anwendung des Immissionswertes für Dorfgebiete (0,15) denkbar.

Das Plankonzept wurde daher so konzipiert, dass direkt an der Waldseestraße eine private Verkehrsfläche mit der Zweckbestimmung „Parkplatz“ festgesetzt wird. Das allgemeine Wohngebiet beginnt dann erst in einem Abstand von ca. 33 m zur Waldseestraße mit Immissionswerten von maximal 0,15. Im überwiegenden allgemeinen Wohngebiet kann der Immissionswert von 0,10 jedoch eingehalten werden. Der Wert von 0,15 wird auch nur in einem Bereich erreicht, in dem ein Nebengebäude geplant ist.

Aufgrund der überwiegenden Einhaltung des Immissionswertes für allgemeine Wohngebiete von 0,10 und der Lage des Plangebiets in einem Übergangsbereich zum Außenbereich kann eine Überschreitung des Immissionswertes bis zu einem Wert von 0,15 in einem gekennzeichneten Übergangsbereichs zu Gunsten der Entwicklung von dringend benötigtem Wohnraum hingenommen werden.

#### **4.2.3 Denkmalschutz**

Gemäß den Ausführungen des Niedersächsischen Landesamts für Denkmalpflege im Rahmen der Beteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB besteht für das Plangebiet aufgrund des vorliegenden Plaggeneschs ein hohes Potenzial an archäologischen Fundstellen. Die Vorhabenträgerin hat daher entsprechend den Vorgaben der Denkmalbehörde eine archäologische Prospektion durchführen lassen. Eine denkmalrechtliche Genehmigung wurde zuvor eingeholt.

Ergebnis der Prospektion ist, dass weitere Ausgrabungen vor Beginn der Erschließungsarbeiten erforderlich sind. Die dafür erforderliche denkmalrechtliche Genehmigung wurde am 19.04.2024 von der unteren Denkmalschutzbehörde erteilt. Die archäologischen Ausgrabungen werden in enger Abstimmung mit der Denkmalbehörde durchgeführt. Nach der Sicherung der Fundstücke kann nach der Freigabe durch die Denkmalbehörde mit der Erschließung begonnen werden.

### **4.3 Erschließung, Ver- und Entsorgung**

#### **4.3.1 Verkehrserschließung**

Das Plangebiet wird über die Waldseestraße und eine neue festgesetzte private Erschließungsstraße erschlossen. Damit ist das Plangebiet an den örtlichen und überörtlichen Verkehr angebunden.

#### **4.3.2 Wasserwirtschaftliche Erschließung**

##### **a) Wasserversorgung**

Die Versorgung des Plangebietes mit Trinkwasser in ausreichender Qualität kann durch den Wasserverband Hümmling mit Sitz in Werlte gewährleistet werden.

##### **b) Abwasserbeseitigung**

Für das Plangebiet ist eine zentrale Abwasserbeseitigung vorgesehen. Eine ordnungsgemäße Schmutzwasserbeseitigung ist damit durch den Anschluss an die Schmutzwasserkanalisation der Stadt Papenburg gewährleistet.

##### **c) Oberflächenentwässerung**

Bei der Oberflächenentwässerung sollen Auswirkungen der geplanten Flächenversiegelung auf den Grundwasserstand möglichst gering gehalten sowie eine Verschärfung der Abflusssituation vermieden werden.

Das im Plangebiet zusätzlich anfallende Oberflächenwasser wird daher entsprechend dem Entwässerungskonzept (Anlage 4) über eine anzulegende und im Vorhaben- und Erschließungsplan festgesetzte Entwässerungsmulde im Plangebiet versickert.

##### **d) Brandschutz**

Die für das Plangebiet erforderlichen Einrichtungen des Brandschutzes werden nach den einschlägigen technischen Regeln (Arbeitsblatt W 405 des DVGW) und in Absprache mit der örtlichen Feuerwehr erstellt.

#### **4.3.3 Energieversorgung**

Die Versorgung des Plangebietes mit der notwendigen Energie kann durch die Energieversorgung Weser-Ems (EWE) erfolgen.

#### 4.3.4 Abfallbeseitigung

Die Entsorgung der im Plangebiet anfallenden Abfälle erfolgt entsprechend den abfallrechtlichen Bestimmungen sowie der jeweils gültigen Satzungen zur Abfallentsorgung des Landkreises Emsland, der Träger der öffentlichen Abfallentsorgung ist. Die Beseitigung der festen Abfallstoffe ist damit gewährleistet.

Eventuell anfallender Sonderabfall ist einer den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Entsorgung zuzuführen.

#### 4.3.5 Telekommunikation

Die Versorgung mit Telekommunikationsanlagen kann durch die Deutsche Telekom Technik GmbH erfolgen.

#### 4.4 Altlasten

Durch den Landkreis - Abfall und Bodenschutz - wurde darauf hingewiesen, dass ca. 80 m nordwestlich zum Plangebiet eine Altlast registriert ist. Diese Fläche wird im Altlastenverzeichnis des Landkreises Emsland unter der Anlagennummer 454 041 5 010 0005 mit der Bezeichnung „ALVF Paul-Gerhardt-Straße“ geführt.

Zum Vorhaben liegt der unteren Abfall- und Bodenschutzbehörde (UAB/UBB) eine Gefährdungsabschätzung von der Dr. Lüpkes & Partner GmbH vor. Auf Grundlage der Bewertung des Sachverständigen ist laut Aussage des Landkreises von der o.g. Altlast nach derzeitigem Kenntnisstand kein Gefährdungspotenzial auf dem Wirkungspfad Boden, Boden-Mensch auf der Fläche und im Abstrom auf dem Wirkungspfad Boden-Grundwasser zu erwarten. Es gilt der allgemeine Hinweis, dass, sofern sich bei Bodeneingriffen organoleptische (visuelle/geruchliche) Hinweise auf Bodenverfüllungen mit Abfallstoffen oder schädliche Bodenveränderungen (Bodenverunreinigungen) ergeben, der Landkreis Emsland, Fachbereich Umwelt, unverzüglich in Kenntnis zu setzen ist.

### 5 Städtebauliche Daten

Art der Nutzung	Fläche in qm	Fläche in %
Allgemeines Wohngebiet	7.112 qm	76
Private Verkehrsfläche „Wohnweg“	1.047 qm	11
Private Verkehrsfläche „Parkplatz“	1.022 qm	11
Öffentliche Verkehrsfläche	102 qm	1
Private Grünfläche	112 qm	1
<b>Plangebiet</b>	<b>9.395 qm</b>	<b>100</b>

## 6 Verfahren

### a) Beteiligung der Bürger

Die Stadt Papenburg hat gemäß § 3 (1) BauGB frühzeitig die allgemeinen Ziele und voraussichtlichen Auswirkungen der Planung öffentlich dargelegt und Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben.

Im Zuge der frühzeitigen Bürgerbeteiligung wurden keine privaten Stellungnahmen eingereicht.

### b) Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden gemäß § 4 BauGB an der Planung beteiligt und zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgefordert.

Die eingegangenen Stellungnahmen können der Anlage 1 entnommen werden.

### c) Veröffentlichung und öffentliche Auslegung

Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde zusammen mit der dazugehörigen Begründung vom 27.12.2023 bis 29.01.2024 im Internet veröffentlicht und zusätzlich öffentlich im Rathaus der Stadt Papenburg ausgelegt.

Die Dauer der Veröffentlichungsfrist wurde vorher mit dem Hinweis bekannt gemacht, dass Stellungnahmen während dieser Veröffentlichung abgegeben werden können.

### d) Satzungsbeschluss

Die vorliegende Fassung war Grundlage des Satzungsbeschlusses vom 20.06.2024.

Papenburg, den 21.06.2024

gez. Gattung                      L.S.

## Anlagen

1.1 Abwägung Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

1.2 Abwägung Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

2. Geruchsgutachten

3. Artenschutzrechtliche Prüfung

4. Entwässerungskonzept

**Stadt Papenburg****Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 60 „Wohn- und Pflegequartier an der Waldseestraße“****1****Stellungnahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB:****Bewertungsvorschlag:****Landkreis Emsland, mit Schreiben vom 21.11.2022**

Zum Entwurf der o. g. Bauleitplanung nehme ich als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:

**Klimaschutz**

Der Landkreis Emsland gewährt den kreisangehörigen Kommunen einen Kreiszuschuss

- zur Erstellung von Machbarkeitsstudien für Energiekonzepte zur Wärmeversorgung von Bestandsquartieren und Neubaugebieten, insbesondere Wohnen und Gewerbe sowie
- zu einer Initialberatung „Energetische Quartiersentwicklung“.

Informationen hierzu sind zu finden unter folgendem Link:

[https://www.klimaschutz-ems-](https://www.klimaschutz-ems-land.de/klimaschutz_in_kommunaler_verantwortung/klimaschutz_im_landkreis_emsland/klimaschutz_im_landkreis_emsland.html)

[land.de/klimaschutz\\_in\\_kommunaler\\_verantwortung/klimaschutz\\_im\\_landkreis\\_emsland/klimaschutz\\_im\\_landkreis\\_emsland.html](https://www.klimaschutz-ems-land.de/klimaschutz_in_kommunaler_verantwortung/klimaschutz_im_landkreis_emsland/klimaschutz_im_landkreis_emsland.html) unter dem Punkt „Kreiseigene Förderung für Planung zur Wärmenutzung“.

Für Fragen steht Herr Pengemann unter der Telefonnummer 05931-44-1325 zur Verfügung.

**Naturschutz und Forsten****Naturschutzfachliche Belange:**

Durch die Aufstellung des o.g. Bebauungsplanes wird eine nahezu unversiegelte Grundfläche in Anspruch genommen und einer Vollversiegelung zugeführt, d.h. die Grundfläche wird in ihrer Gestalt und Nutzung verändert und geht für Natur und Landschaft dauerhaft verloren. Sie steht den Tier- und Pflanzenarten als Lebensraum,

Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Landkreis den kreisangehörigen Kommunen einen Kreiszuschuss zur Erstellung von Machbarkeitsstudien für Energiekonzepte und Wärmeversorgung von Bestandsquartieren und Neubaugebieten sowie zu einer Initialberatung „Energetische Quartiersentwicklung“ gewährt.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Das Plangebiet stellt sich überwiegend als landwirtschaftlich genutzte Fläche dar. Im westlichen Geltungsbereich befindet sich eine Remise mit Stall, die abgerissen werden soll. Nördlich und westlich der Remise befindet sich eine regelmäßig gemähte Pferdeweide.

**20.11.2023**

Stellungnahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB:

Bewertungsvorschlag:

Brut- und Nahrungshabitat oder Rückzugsgebiet nicht mehr zur Verfügung. Zudem erfahren die randlichen Gehölzstrukturen, hier insbesondere der ca. 35 m breite Grünstreifen, der an der Nordseite des Plangebietes verläuft und sich aus Altbaumbeständen, strauchartigen Strukturen, Krautfluren etc. zusammensetzt, eine Beeinträchtigung, da sie ihre Funktionen für den Naturhaushalt und das Landschaftsbild Lärm- und Schadstoffimmissionen, Einengung etc.) nicht mehr in vollem Umfang erfüllen können und Wechselbeziehungen zu benachbarten Biotoptypen empfindlich gestört oder gar unterbrochen werden.

Durch die zusätzliche Versiegelung offener Grundflächen lassen sich erhebliche Beeinträchtigungen der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts und des Landschaftsbildes nicht ausschließen. Die Veränderung der Gestalt und Nutzung der Grundfläche werden aus naturschutzfachlicher Sicht demzufolge als erheblich betrachtet.

Die entstehenden Beeinträchtigungen des Naturhaushalts und des Landschaftsbildes sind aus naturschutzfachlicher Sicht so zu betrachten und zu behandeln, dass sich die Beeinträchtigungen unterhalb der sog. Erheblichkeitsschwelle bewegen bzw. dass keine erheblichen Beeinträchtigungen für den Naturhaushalt und das Landschaftsbild zurückbleiben. Durch das Schaffen gleichwertiger Lebensräume und Biotoptypen ist dem dauerhaften Verlust der o.g. Lebensräume und Standorte für Tier- und Pflanzenarten unbedingt entgegenzuwirken. Im Sinne des Artenschutzes, eines funktionsfähigen Ortsgrüns und der Verbesserung der kleinklimatischen Verhältnisse sind die Beeinträchtigungen durch das Schaffen heimischer standortgerechter Grünstrukturen (z.B. Obst- und/oder Laubgehölze) aufzufangen.

Da das Plangebiet von Bebauung umgeben ist und eine Grundfläche weit unter 2 ha aufweist, wird der Bebauungsplan als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13 a BauGB durchgeführt. Nach § 13 a Abs. 4 i.V.m. Abs. 2 Nr. 4 und Abs. 1 Nr. 1 BauGB gelten bei einem Bebauungsplan der Innenentwicklung Eingriffe, die aufgrund der Aufstellung des Bebauungsplanes zu erwarten sind, im Sinne des § 1 a Abs. 3 S. 5 BauGB als vor der planerischen Entscheidung erfolgt oder zulässig, ein Ausgleich des naturschutzfachlichen Eingriffs ist daher nicht erforderlich. Gleichwohl wird der Nähe zum Grünstruktur des Altenkampgrabens Rechnung getragen und ein Abstand mit der Bebauung von 9 bis 10 m eingehalten. Erhaltenswerter Baumbestand wird mit Ausnahme einer Eiche, die sich am Rande eines Baufeldes eines Mehrfamilienwohnhauses befindet, als zu erhalten festgesetzt. Insgesamt werden jedoch ca. 30 neue Bäume im Plangebiet gepflanzt, sodass die Beseitigung des Baumes über das erforderliche Maß der Baumschutzsatzung hinaus kompensiert wird. Aufgrund des Abstandes zum Bestandsgrün und der neu geplanten Grünstrukturen innerhalb des Plangebiets wird dem Belang Natur und Landschaft ausreichend Rechnung getragen.

## Stellungnahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB:

## Bewertungsvorschlag:

Artenschutzrechtliche Belange

Für den o.g. vorhabenbezogenen B-Plan wird die Durchführung einer saP für erforderlich erachtet. Eine entsprechende Abstimmung mit der Stadt Papenburg erfolgte im Vorfeld der Bauleitplanung (siehe E-Mail vom 17.03.2022). Im Zuge der Abstimmung wurde festgelegt, dass die saP 4 Begehungen zu umfassen hat. Dabei dürfen die Begehungen nicht gesplittet werden, d.h. nicht auf die zu untersuchenden Tiergruppen verteilt werden (z.B. 2x Brutvögel, 2x Fledermäuse). Inwieweit die Untersuchungen/Erhebungen miteinander verknüpft werden können, ist aus der zur Anwendung kommenden Methodik abzuleiten.

Zu untersuchen sind die Tiergruppen der Brutvögel und Fledermäuse.

Weitere Tiergruppen wie Amphibien, Schmetterlinge, Heuschrecken bedürfen keiner gesonderten Untersuchungen, sind jedoch bei auffallendem Vorkommen in die saP aufzunehmen und artenschutzrechtlich zu bewerten.

Lt. Aussage des Erläuterungsberichtes befindet sich die saP in der Erstellung, sodass den artenschutzrechtlichen Belangen in der abgestimmten Form Rechnung getragen wird.

Brandschutz

- Für sämtliche geplante Maßnahmen ist die Löschwasserversorgung gemäß Arbeitsblatt W 405 zu beachten.
- Die Gebäude auf dem Grundstück sind so zu errichten, dass sämtliche erste und zweite Rettungswege sichergestellt sind.
- Die Vorgaben der §§ 1 und 2 der Allgemeinen Durchführungsverordnung zur Niedersächsischen Bauordnung (DVO-NBauO) sind zu beachten und umzusetzen.
- Der Abstand der einzelnen Hydranten von den Gebäuden darf 150 m nicht überschreiten. Die Standorte der einzelnen Hydran-

Im Zuge der Bauleitplanung wurden entsprechend der Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises jeweils 4 Begehungen der Artengruppen Brutvögel und Fledermäuse durchgeführt. Unter Berücksichtigung bestimmter Maßnahmen (Bauzeitenbeschränkung, Anlegen von Blühsträuchern und Aufhängen von Fledermauskästen) kommt die saP zu dem Ergebnis, dass für die im Untersuchungsgebiet vorkommenden Brutvögel und Fledermäuse keine Erfüllung der Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 BNatSchG vorliegen.

Die saP kommt zu dem Ergebnis, dass aufgrund der Lage des Plangebiets im geographischen Raum und der im Untersuchungsgebiet gegebenen Habitatstrukturen sich ein Vorkommen und damit eine Notwendigkeit der artenschutzrechtlichen Betrachtung weiterer relevanter Artengruppen neben den Brutvögeln und Fledermäusen ausschließen lassen.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, betreffen allerdings nicht die Festsetzungen des Bebauungsplanes, sondern die konkrete Anlagengenehmigung.

**Stellungnahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB:**

**Bewertungsvorschlag:**

<p>ten bzw. Wasserentnahmestellen sind mit dem zuständigen Brandschutzprüfer festzulegen.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Die erforderlichen Straßen sind vor Fertigstellung der Gebäude so herzustellen, dass Feuerwehr und Rettungsfahrzeuge ungehindert zu den einzelnen Gebäuden gelangen können. Die erforderlichen Flächen für die Feuerwehr sind in den Planungen der Straßen zu berücksichtigen</li></ul>	<p>Die erforderlichen Straßen werden vor der Fertigstellung der Gebäude entsprechend hergestellt.</p>
---	---



**Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen, Regionaldirektion Hameln-Hannover, mit Schreiben vom 03.11.2022**

Sie haben das Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN), Regionaldirektion Hameln-Hannover (Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD)) als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Baugesetzbuch (BauGB) beteiligt. Meine Ausführungen hierzu entnehmen Sie bitte der Rückseite; diese Stellungnahme ergeht kostenfrei.

Sofern in meinen anliegenden Ausführungen eine weitere Gefahrenerforschung empfohlen wird, mache ich darauf aufmerksam, dass die Gemeinden als Behörden der Gefahrenabwehr auch für die Maßnahmen der Gefahrenerforschung zuständig sind.

Eine Maßnahme der Gefahrenerforschung kann eine historische Erkundung sein, bei der alliierte Kriegsluftbilder für die Ermittlung von Kriegseinwirkungen durch Abwurfmunition ausgewertet werden (Luftbildauswertung). Der KBD hat nicht die Aufgabe, alliierte Luftbilder zu Zwecken der Bauleitplanung oder des Bauordnungsrechts kostenfrei auszuwerten, die Luftbildauswertung ist vielmehr gem. § 6 Niedersächsisches Umweltinformationsgesetz (NUIG) in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Niedersächsisches Verwaltungskostengesetz (NVwKostG) auch für Behörden kostenpflichtig.

**Die Bearbeitungszeit für Luftbildauswertungen beträgt derzeit beim KBD ca. 16 Wochen ab Antragstellung. Da diese Zeitspanne zwischen Erteilung einer Baugenehmigung und dem Baubeginn erfahrungsgemäß nicht verfügbar ist, empfehlen wir den Kommunen eine rechtzeitige Antragstellung.**

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Gemeinden als Behörden der Gefahrenabwehr auch für die Maßnahmen der Gefahrenerforschung zuständig sind und eine weitere Gefahrenerforschung (z.B. durch eine entsprechende Luftbildauswertung) kostenpflichtig möglich ist.

Stellungnahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB:

Bewertungsvorschlag:

Sofern eine solche kostenpflichtige Luftbildauswertung durchgeführt werden soll, bitte ich um entsprechende schriftliche Auftragserteilung unter Verwendung des Antragsformulars und der Rahmenbedingungen, die Sie über folgenden Link abrufen können:  
<http://www.lgln.niedersachsen.de/startseite/kampfmittelbeseitigung/luftbildauswertung/kampfmittelbeseitigungsdienst-niedersachsen-163427.html>

Für die Planfläche liegen dem Kampfmittelbeseitigungsdienst Niedersachsen die folgenden Erkenntnisse vor (siehe beigegefügte Kartenunterlage)

Empfehlung: Luftbildauswertung

**Fläche A**

Luftbilder: Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden nicht vollständig ausgewertet.

Luftbildauswertung: Es wurde keine Luftbildauswertung durchgeführt.

Sondierung: Es wurde keine Sondierung durchgeführt.

Räumung: Die Fläche wurde nicht geräumt.

Belastung: Es besteht der allgemeine Verdacht auf Kampfmittel.

In der vorstehenden Empfehlung sind die Erkenntnisse aus der Zeit vor der Einführung des Kampfmittelinformationssystems Niedersachsen (KISNi), dem 11.06.2018, nicht eingeflossen, da sie nicht dem Qualitätsstand von KISNi entsprechen. Sie können natürlich trotzdem von den Kommunen in eigener Zuständigkeit berücksichtigt werden.

**Bitte senden Sie uns, nach Übernahme unserer Stellungnahme, zur Arbeitserleichterung keine weiteren Schreiben in dieser Angelegenheit zu.**

Es wird zur Kenntnis genommen, dass für das Plangebiet eine Luftbildauswertung empfohlen wird, da der allgemeine Verdacht auf Kampfmittel besteht. Eine Luftbildauswertung wurde am 09.01.2023 beantragt. Mit Schreiben vom 17.05.2023 hat das Landesamt für Geoinformation und Landvermessung Niedersachsen- Kampfmittelbeseitigungsdienst- mitgeteilt, dass für das Plangebiet kein Handlungsbedarf aufgrund einer Kampfmittelbelastung besteht.

Es wird der Hinweis vorgetragen, dass die vorliegenden Luftbilder nur auf Schäden durch Abwurfkampfmittel überprüft werden. Der Hinweis, dass, sollten bei Erdarbeiten andere Kampfmittel (Granaten, Panzerfäuste, Brandmunition, Minen etc.) gefunden werden, umgehend die zuständige Polizeidienststelle, das Ordnungsamt oder der Kampfmittelbeseitigungsdienst des Landes Niedersachsen zu benachrichtigen ist, wurde in den Bebauungsplan aufgenommen.

**EWE NETZ GmbH, mit Schreiben vom 09.11.2022**

Vielen Dank für die Beteiligung unseres Hauses als Träger öffentlicher Belange.

Im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet befinden sich Versorgungsleitungen und/oder Anlagen der EWE NETZ GmbH. Diese Leitungen und Anlagen sind in ihren Trassen (Lage) und Standorten (Bestand) grundsätzlich zu erhalten und dürfen weder beschädigt, überbaut, überpflanzt oder anderweitig gefährdet werden. Bitte stellen Sie sicher, dass diese Leitungen und Anlagen durch Ihr Vorhaben weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden.

Sollte sich durch Ihr Vorhaben die Notwendigkeit einer Anpassung unserer Anlagen, wie z.B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an anderem Ort (Versetzung) oder anderer Betriebsarbeiten ergeben, sollen dafür die gesetzlichen Vorgaben und die anerkannten Regeln der Technik gelten. Gleiches gilt auch für die gegebenenfalls notwendige Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen und Anlagen durch EWE NETZ. Bitte planen Sie in diesem Fall Versorgungstreifen bzw. -korridore für Telekommunikationslinien, Elektrizitäts- und Gasversorgungsleitungen gemäß DIN 1998 (von min. 2,2 m) mit ein. Weiterhin kann für die Stromversorgung von Baugebieten o.Ä. zusätzlich die Installation einer Trafostation erforderlich sein.

Für die Auswahl eines geeigneten Stationsplatzes (ca. 6m x 4m) möchten wir Sie bitten, uns in weitere Planungen frühzeitig mit einzubinden.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe Versorgungsanlagen der EWE NETZ GmbH befinden, welche erhalten bleiben müssen und nicht beschädigt oder anderweitig gefährdet werden dürfen.

Soweit eine Neuherstellung oder Änderungen bzw. Anpassungen der Ver- und Entsorgungsanlagen erforderlich werden, wird zur Kenntnis genommen, dass diese entsprechend den gesetzlichen Vorgaben und den anerkannten Regeln der Technik durchgeführt werden müssen.

Die EWE wird in die weitere Planung frühzeitig eingebunden.

Stellungnahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB:

Bewertungsvorschlag:

Bitte informieren Sie uns zudem, wenn ein wärmetechnisches Versorgungskonzept umgesetzt wird oder im Schwerpunkt auf den Einsatz von fossilen Brennstoffen (z.B. durch Einsatz von Wärmepumpen o. ä.) verzichtet werden soll.

Die Kosten der Anpassungen bzw. der Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.

Die EWE NETZ GmbH hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen.

Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und uns frühzeitig zu beteiligen. Dies gilt auch für den Fall der Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen durch EWE NETZ, denn hierfür sind beispielsweise Lage und Nutzung der Versorgungsleitung und die sich daraus ableitenden wirtschaftlichen Bedingungen wesentliche Faktoren.

Unsere Netze werden täglich weiterentwickelt und verändern sich dabei. Dies kann im betreffenden Planbereich über die Laufzeit Ihres Verfahrens/Vorhabens zu Veränderungen im zu berücksichtigenden Leitungs- und Anlagenbestand führen. Wir freuen uns Ihnen eine stets aktuelle Anlagenauskunft über unser modernes Verfahren der Planauskunft zur Verfügung stellen zu können - damit es nicht zu Entscheidungen auf Grundlage veralteten Planwerkes kommt. Bitte informieren Sie sich deshalb gern jederzeit über die genaue Art und Lage unserer zu berücksichtigenden Anlagen über unsere Internetseite:  
<https://www.ewe-netz.de/geschaeftskunden/service/leitungsplaene->

Die EWE wird darüber in Kenntnis gesetzt, wenn auf fossile Brennstoffe verzichtet werden soll.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Kosten für Anpassungen bzw. Betriebsarbeiten grundsätzlich vollständig vom Vorhabenträger zu tragen sind, es sei denn, der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine weiteren Anregungen vorgebracht werden.

Die EWE NETZ GmbH wird in die weiteren Planungen einbezogen und rechtzeitig beteiligt.

Der Hinweis auf die aktuelle Anlagenauskunft wird zur Kenntnis genommen.

abrufen

Bitte schicken Sie uns ihre Anfragen ausschließlich an unser Postfach info@-netz.de und ändern zudem die Anschrift der EWE NETZ GmbH in ihrem System: Cloppenburg Straße 302, 26133 Oldenburg. Sollte ein E-Mail Versand nicht möglich sein, nutzen Sie bitte nur diese postalische Anschrift.  
Haben Sie weitere Fragen? Sie erreichen Ihren Ansprechpartner Claudia Vahl unter der folgenden Rufnummer: 0151-74493158.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

**Wasserverband Hümmling, mit Schreiben vom 15.11.2022**

Gegen die o.g. vorgesehene Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes bestehen seitens des Wasserverbandes Hümmling keine grundsätzlichen Bedenken.

Es ist aber zur trinkwasserseitigen Erschließung des Plangebietes und zur späteren Überwachung und Wartung des Rohrleitungsnetzes erforderlich, seitens des Maßnahmenträgers im öffentlichen Verkehrsraum entlang der Straße des Plangebietes einseitig und im Wendehammerbereich umlaufend einen Streifen mit einer Breite von rd. 1,25 m zur Verfügung gestellt zu bekommen, der frei von Baumbepflanzungen und Befestigungen ist.

Soweit eine Oberflächenbefestigung des Leitungsstreifens dennoch vorgesehen ist, ist ein wiederverwendbarer Platten- oder Pflasterbelag zu wählen (kein Asphalt).

Ferner ist die im Planbereich im Einmündungsbereich der Schulstraße in die Waldseestraße vorhandene Trinkwasserversorgungsleitung bei der Bauausführung zu berücksichtigen. Im Zuge der Baumaßnahme ggf. freigelegte Nebenanlagen wie die Einbaugarnitur des dort vorhandenen Schiebers des Trinkwasserleitungsnetzes sind fachgerecht zu sichern und im Zuge des Fahrbahnausbaues im Plangebiet fachgerecht wieder einzufassen.

Sollten im Zuge der Baumaßnahme freigelegte Nebenanlagen wie die Schieberkappe an neue Höhenverhältnisse angepasst werden müssen, so ist der Wasserverband Hümmling zur Durchführung dieser Maßnahmen rechtzeitig zu benachrichtigen.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Planung bestehen.

Anlagen für die Wasserversorgung können innerhalb der festgesetzten Verkehrsfläche vorgesehen werden.

Die Anregung wird zur Kenntnis genommen und im Rahmen der konkreten Ausbauplanung berücksichtigt.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und ist im Zuge der Erschließungsarbeiten zu berücksichtigen.

**Stellungnahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB:**

**Bewertungsvorschlag:**

Bei der Durchführung der Ersatz- und Kompensationsmaßnahmen für den Eingriff in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild ist ein Mindestabstand von 2,5 m zu vorhandenen und geplanten Wasserleitungen insbesondere mit Baumbepflanzungen einzuhalten. Auf das DVGW-Arbeitsblatt GW 125 wird in diesem Zusammenhang hingewiesen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Kompensationsmaßnahmen sind im Zuge dieser Bauleitplanung nicht vorgesehen.

**Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie, mit Schreiben vom 18.11.2022**

In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange geben wir zum o.g. Vorhaben folgende Hinweise:

**Boden**

Die Grundlage zur fachlichen Beurteilung des Schutzgutes Boden liefert in Deutschland das Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) und fokussiert dabei auf die Bewertung der Bodenfunktionen. Bei Einwirkungen auf den Boden sollen Beeinträchtigungen der natürlichen Bodenfunktionen und der Archivfunktion vermieden werden (vgl. § 1 BBodSchG). Mit Grund und Boden ist gemäß §1a BauGB sparsam und schonend umzugehen und flächenbeanspruchende Maßnahmen sollten diesem Grundsatz entsprechen (LROP 3.1.1, 04). Um die Ziele zur Reduzierung der Flächenneuanspruchnahme (Niedersächsische Nachhaltigkeitsstrategie) und der Neuversiegelung (NAGBNatSchG §1a) zu erreichen, ist eine verstärkte Berücksichtigung dieser Belange in Planungsprozessen erforderlich.

Im Plangebiet befinden sich laut den Daten des LBEG Suchräume für schutzwürdige Böden entsprechend GeoBerichte 8 (Stand: 2019). Im Plangebiet handelt es sich um folgende Kategorien:

**Kategorie**

Plaggenesch

hohe - äußerst hohe Bodenfruchtbarkeit

Die Karten können auf dem NIBIS Kartenserver eingesehen werden. Gemäß dem Nds. Landesraumordnungsprogramm (LROP 3.1.1, 04) sind Böden, welche die natürlichen Bodenfunktionen und die Archivfunktion in besonderem Maße erfüllen, vor Maßnahmen

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Bei der Planung handelt es sich um einen Bebauungsplan der Innenentwicklung. Dabei handelt es sich um Bebauungspläne innerhalb des Siedlungsbereiches. Diese Planungen dienen dazu, mit Grund und Boden sparsam umzugehen und den Außenbereich zu schonen.

Der Hinweis auf die Suchräume für schutzwürdige Böden wird zur Kenntnis genommen.

Die für eine Siedlungsentwicklung geeigneten Flächen sind in Aschendorf überwiegend Böden mit Plaggenesch (gemäß NIBIS Kartenserver). Das Plangebiet ist eine Fläche innerhalb des Siedlungszusammenhangs und wird als Bebauungsplan



Stellungnahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB:

Bewertungsvorschlag:

der Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung besonders zu schützen.

Aus bodenschutzfachlicher Sicht geben wir einige allgemeine Hinweise zu den Maßnahmen der Vermeidung und Verminderung von Bodenbeeinträchtigungen. Vorhandener Oberboden sollte aufgrund § 202 BauGB vor Baubeginn schonend abgetragen und einer ordnungsgemäßen Verwertung zugeführt werden. Im Rahmen der Bautätigkeiten sollten einige DIN-Normen aktiv Anwendung finden (v.a. DIN 19639 Bodenschutz bei Planung und Durchführung von Bauvorhaben, DIN 18915 Vegetationstechnik im Landschaftsbau - Bodenarbeiten, DIN 19731 Verwertung von Bodenmaterial). Um dauerhaft negative Auswirkungen auf die von Bebauung freizuhaltenden Bereiche zu vermeiden, sollte der Boden im Bereich der Bewegungs-, Arbeits- und Lagerflächen durch geeignete Maßnahmen (z.B. Überfahrungsverbotszonen, Baggermatten) geschützt werden. Boden sollte im Allgemeinen schichtgetreu ab- und aufgetragen werden. Die Lagerung von Boden in Bodenmieten sollte ortsnahe, schichtgetreu, in möglichst kurzer Dauer und entsprechend vor Witterung geschützt vorgenommen werden (u.a. gemäß DIN 19639). Außerdem sollte das Vermischen von Böden verschiedener Herkunft oder mit unterschiedlichen Eigenschaften vermieden werden. Der Geobericht 28 Bodenschutz beim Bauen des LBEG dient als Leitfaden zu diesem Thema. Weitere Hinweise zur Vermeidung und Minderung von Bodenbeeinträchtigungen sowie zur Wiederherstellung von Bodenfunktionen sind zudem in Geofakt 31 Erhalt und Wiederherstellung von Bodenfunktionen in der Planungspraxis zu finden.

der Innenentwicklung ausgewiesen. Da eine Innenentwicklung einer Außenentwicklung vorzuziehen ist, und andere weniger wertvolle Böden für eine Siedlungsentwicklung nicht zur Verfügung stehen, wird an dem Standort festgehalten.

Die Hinweise zum Umgang mit dem Boden im Plangebiet werden zur Kenntnis genommen. Diese sind im Rahmen der konkreten Bauarbeiten zu berücksichtigen.

Stellungnahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB:

Bewertungsvorschlag:

Eine eingriffs- und funktionsbezogene Kompensation verbleibender Bodenfunktionsbeeinträchtigungen sollte durch geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Bodenfunktionen durchgeführt werden (z.B. Entsiegelung, Renaturierung, Wiedervernässung). Dementsprechend empfehlen wir Bodenabtrag im Zuge dieser Maßnahmen zu vermeiden und Maßnahmen zu wählen, die den natürlichen Standortbedingungen entsprechen. Wir weisen in diesem Kontext auf die LBEG Veröffentlichung Erhalt und Wiederherstellung von Bodenfunktionen in der Planungspraxis hin.

**Hinweise**

Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen erfolgen, verweisen wir für Hinweise und Informationen zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf den NIBIS-Kartenserver. Die Hinweise zum Baugrund bzw. den Baugrundverhältnissen ersetzen keine geotechnische Erkundung und Untersuchung des Baugrundes bzw. einen geotechnischen Bericht. Geotechnische Baugrunderkundungen/-untersuchungen sowie die Erstellung des geotechnischen Berichts sollten gemäß der DIN EN 1997-1 und -2 in Verbindung mit der DIN 4020 in den jeweils gültigen Fassungen erfolgen.

Ob im Vorhabengebiet eine Erlaubnis gem. § 7 BBergG oder eine Bewilligung gem. § 8 BBergG erteilt und/oder ein Bergwerkseigentum gem. §§ 9 und 149 BBergG verliehen bzw. aufrechterhalten wurde, können Sie dem NIBIS-Kartenserver entnehmen. Wir bitten Sie, den dort genannten Berechtigungsinhaber ggf. am Verfahren zu beteiligen. Rückfragen zu diesem Thema richten Sie bitte direkt an [markscheiderei@lbeg.niedersachsen.de](mailto:markscheiderei@lbeg.niedersachsen.de).

Informationen über möglicherweise vorhandene Salzabbaugerechtigkeiten finden Sie unter

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Der Hinweis auf den NIBIS-Kartenserver wird zur Kenntnis genommen. Ebenfalls wird zur Kenntnis genommen, dass die Informationen zu den Baugrundverhältnissen keine geotechnische Erkundung oder Untersuchung des Baugrundes ersetzen.

Gemäß dem NIBIS-Kartenserver sind im Plangebiet keine Erlaubnisse, Bewilligungen und kein Bergwerkseigentum eingetragen.

Altverträge sind für das Plangebiet im NIBIS-Kartenserver nicht hinterlegt.

**Stellungnahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB:**

**Bewertungsvorschlag:**

[www.lbeg.niedersachsen.de/Bergbau/Bergbauberechtigungen/Alte\\_Rechte](http://www.lbeg.niedersachsen.de/Bergbau/Bergbauberechtigungen/Alte_Rechte).

In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange haben wir keine weiteren Hinweise oder Anregungen.

Die vorliegende Stellungnahme hat das Ziel, mögliche Konflikte gegenüber den raumplanerischen Belangen etc. ableiten und vorausschauend berücksichtigen zu können. Die Stellungnahme wurde auf Basis des aktuellen Kenntnisstandes erstellt. Die verfügbare Datengrundlage ist weder als parzellenscharf zu interpretieren noch erhebt sie Anspruch auf Vollständigkeit. Die Stellungnahme ersetzt nicht etwaige nach weiteren Rechtsvorschriften und Normen erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen oder objektbezogene Untersuchungen.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass weitere Hinweise oder Anregungen nicht vorgetragen werden.

Die Hinweise zur vorliegenden Stellungnahme werden zur Kenntnis genommen.

**Unterhaltungsverband 104 „EMS IV“, mit Schreiben vom 07.11.2022**

Seitens des Unterhaltungsverbandes 104 „Ems IV“ bestehen gegen die Aufstellung des o.g. Bebauungsplans keine grundsätzlichen Bedenken, wenn folgende Auflagen und Bedingungen eingehalten werden:

1. Der UV 104 „Ems IV“ ist im wasserrechtlichen Verfahren zu beteiligen. Um Übersendung einer Durchschrift der Genehmigung wird gebeten.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine grundsätzlichen Bedenken bestehen.

Der UV 104 wird am wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren beteiligt.

**Landwirtschaftskammer Niedersachsen, mit Schreiben vom 17.11.2022**

*Zu dem o. g. Vorhaben nehmen wir wie folgt Stellung:*

Die Stadt Papenburg plant die Ausweisung von Wohnbauflächen im Stadtteil Aschendorf im Bereich der Waldseestraße. Das o.g. Plan-genehmigungsverfahren zur Größe von ca. 0,95 ha mit der zukünf-tigen Nutzung als „Allgemeines Wohngebiet“ liegt innerhalb von Immissionsradien landwirtschaftlicher Betriebe. Daher wurde vom TÜV Nord ein Geruchsgutachten angefertigt.

Nach dem Geruchsgutachten vom 12.04.2022 werden die Immissi- onsgrenzwerte nach der Immissionsrichtlinie (GIRL) für Wohn- und Mischgebiete von 10 % der Jahresstunden im südwestlichen Be- reich des Plangebietes überschritten.

Nach der Planzeichnung ist Bebauung in dem Bereich mit Immissi- onswerten von bis zu 15 % der Jahresstunden zulässig.

Der Gutachter hält die Anwendung des Immissionswertes von 15 % der Jahresstunden für Dorfgebiete für denkbar. Nach der TA-Luft kann der Immissionswert für Dorfgebiete im Einzelfall auch auf Siedlungsgebiete angewendet werden, die durch die unmittelbare Nachbarschaft einer vorhandenen Tierhaltungsanlage historisch geprägt, aber nicht als Dorfgebiete ausgewiesen sind. Historisch gewachsene Bereiche sind durch die Parallelität der Funktionen Landwirtschaft, Kleingewerbe, Handwerk und Wohnen charakteri- siert. Hier manifestiert sich das Wohnen und es ist fraglich, ob der Dorfcharakter noch gegeben ist.

In der Berechnung wurden der nördlich des Friedhofs an der Wald- seestraße befindliche landwirtschaftliche Betrieb sowie der nördlich

Der Immissionswert von 0,15 für Gerüche aus der Landwirt- schaft mit Tierhaltung wird lediglich in einem Bereich erreicht, in dem ein Nebengebäude geplant ist. Im restlichen allgemei- nen Wohngebiet werden im Bereich der Wohnhäuser Werte von 0,14 in einem Teilbereich, 0,11 in drei Teilbereichen und im Übrigen von 0,10 und weniger erreicht. Diese Werte können als Zwischenwerte zum Außenbereich gewertet werden. An der Planung in der vorliegenden Form wird daher festgehalten.

Der Anregung wurde gefolgt und der Gutachter hat den Ein- fluss des Schafstalles auf die Geruchsimmissionen geprüft. Er

**Stellungnahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB:**

**Bewertungsvorschlag:**

gelegenen Reiterhof berücksichtigt. Wir weisen darauf hin, dass sich an der Waldseestraße noch die Hofstelle eines Schäfers befindet. Nach unseren Akten sind auf der Hofstelle ca. 100 Stallplätze für Mastlämmer genehmigt. Die Ställe sind in der Zeit von Oktober bis März belegt. Es muss u.E. geprüft werden, ob der genehmigte Tierbestand Einfluss auf die bisher ermittelten Immissionswerte hat.

*Das Forstamt Weser-Ems äußert sich zum o. g. Vorhaben wie folgt:*

Gegen das oben genannte Vorhaben bestehen von Seiten des Forstamtes Weser-Ems keine Bedenken.

kommt zu dem Ergebnis, dass durch den Schafstall keine relevanten Geruchsimmissionen im Bereich des Plangebietes zu erwarten sind.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass seitens des Forstamtes keine Bedenken bestehen.

**Vodafone GmbH/Vodafone Deutschland GmbH, mit Schreiben vom 16.11.2022**

Wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 27.10.2022.

Im Planbereich befinden sich Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens, deren Lage auf den beiliegenden Bestandsplänen dargestellt ist. Wir weisen darauf hin, dass unsere Anlagen bei der Bauausführung zu schützen bzw. zu sichern sind, nicht überbaut und vorhandene Überdeckungen nicht verringert werden dürfen.

Sollte eine Umverlegung oder Baufeldfreimachung unserer Telekommunikationsanlagen erforderlich werden, benötigen wir mindestens drei Monate vor Baubeginn Ihren Auftrag an TDRC-N.Bremen@vodafone.com, um eine Planung und Bauvorbereitung zu veranlassen sowie die notwendigen Arbeiten durchführen zu können.

Wir weisen Sie ebenfalls darauf hin, dass uns ggf. (z.B. bei städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen) die durch den Ersatz oder die Verlegung unserer Telekommunikationsanlagen entstehenden Kosten nach § 150 (1) BauGB zu erstatten sind.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich im Planbereich Telekommunikationsanlagen der Vodafone GmbH / Vodafone Kabel Deutschland GmbH befinden. Die Hinweise zu den konkreten Bauarbeiten werden berücksichtigt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass eine erforderliche Umverlegung oder Baufeldfreimachung mindestens 3 Monate vor Baubeginn beauftragt werden muss.

Ebenfalls wird zur Kenntnis genommen, dass anfallende Kosten zu erstatten sind.

Stadt Papenburg

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 60 „Wohn- und Pflegequartier an der Waldseestraße“****1****Stellungnahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:****Abwägungsvorschlag:****Landkreis Emsland, mit Schreiben vom 29.01.2024**

Zum Entwurf der o. g. Bauleitplanung nehme ich als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:

**Naturschutz und Forsten**

Artenschutzrechtliche Belange:

Für die Bauleitplanung wurde eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) durchgeführt und mit den Planunterlagen vorgelegt. Die saP stammt aus dem Jahr 2022, so dass die Daten und Erhebungen bezüglich ihrer Aktualität, ihrer Aussagekraft und ihrer Belastbarkeit den artenschutzrechtlichen Vorgaben entsprechen und Anerkennung finden.

Nach dem Ergebnis der saP ist eine Betroffenheit von Arten nach § 19 bzw. § 44 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) nicht zu erwarten. Es kommt nicht zu erheblichen Störungen für wildlebende Tiere der streng geschützten Arten bzw. der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderzeiten.

Für alle besonders geschützten (§ 7 Abs. 2 Nr. 13 BNatSchG) und streng geschützten (§ 7 Abs. 2 Nr. 14 BNatSchG) Arten sind in der Planung Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung von Beeinträchtigungen bzw. Störungen oder Schädigungen sowie Schutzmaßnahmen vorgesehen. Die in der saP aufgeführten und beschriebenen Maßnahmen zur Vermeidung und zur Minderung von Beeinträchtigungen bzw. Störungen oder Schädigungen sowie die Schutzmaßnahmen sind entsprechend ihrem Status vor, während oder spätestens unmittelbar nach der Umsetzung der Bauleitplanung umzusetzen. Die Art und die Lage der Maßnahmen ist der

Im Zuge der Bauleitplanung wurden entsprechend der Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises jeweils 4 Begehungen der Artengruppen Brutvögel und Fledermäuse durchgeführt. Unter Berücksichtigung bestimmter Maßnahmen (Bauzeitenbeschränkung, Anlegen von Blühsträuchern und Aufhängen von Fledermauskästen) kommt die saP zu dem Ergebnis, dass für die im Untersuchungsgebiet vorkommenden Brutvögel und Fledermäuse keine Erfüllung der Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 BNatSchG vorliegen. Die Bauzeitenbeschränkung und das Aufhängen von Fleder-

**29.04.2024**



Stellungnahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:

Abwägungsvorschlag:

<p>Unteren Naturschutzbehörde (UNB) nach ihrer Umsetzung anzuzeigen.</p>	<p>mauskästen sind als Hinweis im Bebauungsplan vorhanden. Im Vorhaben- und Erschließungsplan sind zudem Hecken aus Blühsträuchern festgesetzt. Die Art und Lage der Maßnahmen sind vom Vorhabenträger der UNB nach der Umsetzung anzuzeigen.</p>
<p>Eine ökologische Baubegleitung, soweit sie lt. saP einzurichten ist, ist der UNB vorab namentlich zu benennen, um bei artenschutzrechtlichen Auffälligkeiten oder Besonderheiten vor und während der Umsetzungsphase einen Ansprechpartner zu haben.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und - sofern erforderlich - berücksichtigt.</p>
<p>Naturschutzfachliche Belange: Es gilt gem. dem Vermeidungs- und Minimierungsgrundsatz nach § 13 BNatSchG, die Ortsbildprägenden Baumreihen entlang der Nord- und Ostseite des Plangebietes zu sichern, zu schützen und dauerhaft zu erhalten.</p>	<p>Die Baumreihen entlang der Nord- und Ostseite des Plangebiets stehen überwiegend außerhalb des Plangebiets. Im Plangebiet sind zwei Bestandsbäume festgesetzt. Ein dritter Baum, der innerhalb der festgesetzten überbaubaren Fläche steht, konnte nicht festgesetzt werden. Für ihn wird innerhalb des Plangebiets Ersatz gemäß der Papenburger Baumschutzsatzung geschaffen.</p>
<p>Die Sicherung, der Schutz und der dauerhafte Erhalt gilt im Besonderen für die unmittelbar nördlich angrenzenden Baum- und Gehölzstrukturen, da sie zum einen als Kompensationsfläche nach dem BNatSchG ausgewiesen und zum anderen bereichsweise als ein nach § 30 BNatSchG geschütztes Biotop festgesetzt sind. Alle Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung des nach § 30 BNatSchG geschützten Biotops führen können, sind unzulässig. Die Kompensationsfläche ist im Kompensationskataster des Landkreises Emsland erfasst. Die Kompensationsfläche und die auf der Fläche umgesetzten Kompensationsmaßnahmen dürfen nicht verkleinert, beseitigt, zerstört, verändert, eigenmächtig verlegt oder</p>	<p>Die Hinweise zum geschützten Biotop und zur Kompensationsfläche werden zur Kenntnis genommen und berücksichtigt.</p>

anderweitig beeinträchtigt werden.

Forstfachliche Belange:

Forstfachliche Belange in Form von Waldflächen nach dem Niedersächsischen Gesetz über den Wald und die Landschaftsordnung (NWaldLG) werden von der Bauleitplanung nicht berührt.

### Wasserwirtschaft

Folgendes ist in die Planunterlagen aufzunehmen:

Für die geplante gezielte Versickerung von Oberflächenwasser in das Grundwasser ist rechtzeitig eine wasserrechtliche Erlaubnis nach § 10 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) beim Landkreis Emsland - Fachbereich Umwelt - zu beantragen. Die Erlaubnis muss vor Baubeginn vorliegen.

### Abfall und Bodenschutz

Es wird darauf hingewiesen, dass ca. 80 Meter nordwestlich zum Plangebiet eine Altlast registriert ist. Diese Fläche wird im Altlastenverzeichnis des Landkreises Emsland unter der Anlagennummer 454 041 5 010 0005 mit der Bezeichnung „ALVF Paul-Gerhardt-Str.“ geführt.

Zum Vorhaben liegt der unteren Abfall- und Bodenschutzbehörde (UAB/UBB) eine Gefährdungsabschätzung vor:

- Bericht-Nr.: 98.11.1475, Dr. Lüpkes & Partner GmbH, Gutachten zur Gefährdungsabschätzung zum Flurstück 220/1 im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 190 „Östlich Waldseestraße - zwischen Schulstraße und Paul-Gerhardt-Straße“ in Aschendorf, 26.02.1999

Auf Grundlage der Bewertung des Sachverständigen ist von der

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der Vorhabenträger hat rechtzeitig eine entsprechende Erlaubnis beim Landkreis Emsland einzuholen.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich ca. 80 m nordwestlich des Plangebiets eine Altlastenfläche befindet. Es wird ebenfalls zur Kenntnis genommen, dass auf Grundlage der Bewertung eines Sachverständigen davon auszugehen werden kann, dass von der Altlast nach derzeitigem Kenntnisstand kein Gefährdungspotenzial auf dem Wirkungspfad Boden, Boden-Mensch auf der Fläche und im Abstrom auf dem Wirkungspfad Boden-Grundwasser zu erwarten ist.

o.g. Altlast nach derzeitigem Kenntnisstand kein Gefährdungspotenzial auf dem Wirkungspfad Boden, Boden-Mensch auf der Fläche und im Abstrom auf dem Wirkungspfad Boden-Grundwasser zu erwarten.

Es gilt der allgemeine Hinweis sofern sich bei Bodeneingriffen organoleptische (visuelle/geruchliche) Hinweise auf Bodenverfällungen mit Abfallstoffen oder schädliche Bodenveränderungen (Bodenverunreinigungen) ergeben, ist der Landkreis Emsland, Fachbereich Umwelt unverzüglich in Kenntnis zu setzen.

### **Brandschutz**

- Für das geplante Vorhaben ist die Löschwasserversorgung so zu erstellen, dass ein Löschwasserbedarf von 1600 l/min. (96 m<sup>3</sup>/h) vorhanden ist. Der Löschbereich umfasst i. d. R. alle Löschwasserentnahmemöglichkeiten in einem Umkreis von 300 m. Dabei sind in einem Umkreis von 150 m mindestens 50 % der Löschwasserversorgung sicherzustellen, die restlichen 50 % sind dann in einem Radius von 300 m um die baulichen Anlagen sicherzustellen. Als Löszeit werden 2 Stunden angesetzt. Für den Fall, dass Löschwasser über das Rohrnetz der öffentlichen Trinkwasserversorgung bezogen wird, dient das DVGW-Arbeitsblatt W 405 (Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V.) als planerische Grundlage.
- Der Abstand der einzelnen Löschwasserentnahmestellen von den Gebäuden darf 150 m nicht überschreiten. Die Standorte der einzelnen Hydranten bzw. Wasserentnahmestellen sind mit dem zuständigen Gemeinde- oder Ortsbrandmeister festzulegen.
- Die Zuwegung und Aufstell- und Bewegungsflächen der Feuerwehr sind gemäß §§ 1 und 2 der Allgemeinen Durchführungsverordnung zur Niedersächsischen Bauordnung (DVO-NBauO) für jedes Gebäude herzustellen.

Der allgemeine Hinweis zum Verhalten bei Bodenveränderungen wird in den Bebauungsplan aufgenommen.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, betreffen allerdings nicht die Festsetzungen des Bebauungsplanes, sondern die konkrete Anlagengenehmigung.

**Stellungnahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:**

**Abwägungsvorschlag:**

<ul style="list-style-type: none"><li>• Sämtliche ersten und zweiten Rettungswege müssen ungehindert für die Feuerwehr erreichbar sein.</li><li>• Die erforderlichen Straßen sind vor Fertigstellung der Gebäude so herzustellen, dass Feuerwehr und Rettungsfahrzeuge ungehindert zu den einzelnen Gebäuden gelangen können.</li></ul>	Die erforderlichen Straßen werden vor der Fertigstellung der Gebäude entsprechend hergestellt.
---	--

**EWE NETZ GmbH, mit Schreiben vom 05.01.2024**

Vielen Dank für die Beteiligung unseres Hauses als Träger öffentlicher Belange.

Im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet befinden sich Versorgungsleitungen und/oder Anlagen der EWE NETZ GmbH. Diese Leitungen und Anlagen sind in ihren Trassen (Lage) und Standorten (Bestand) grundsätzlich zu erhalten und dürfen weder beschädigt, überbaut, überpflanzt oder anderweitig gefährdet werden. Bitte stellen Sie sicher, dass diese Leitungen und Anlagen durch Ihr Vorhaben weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden.

Sollte sich durch Ihr Vorhaben die Notwendigkeit einer Anpassung unserer Anlagen, wie z.B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an anderem Ort (Versetzung) oder anderer Betriebsarbeiten ergeben, sollen dafür die gesetzlichen Vorgaben und die anerkannten Regeln der Technik gelten. Gleiches gilt auch für die gegebenenfalls notwendige Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen und Anlagen durch EWE NETZ. Bitte planen Sie in diesem Fall Versorgungstreifen bzw. -korridore für Telekommunikationslinien, Elektrizitäts- und Gasversorgungsleitungen gemäß DIN 1998 (von min. 2,2 m) mit ein. Weiterhin kann für die Stromversorgung von Baugebieten o. Ä. zusätzlich die Installation einer Trafostation erforderlich sein.

Für die Auswahl eines geeigneten Stationsplatzes (ca. 6m x 4m) möchten wir Sie bitten, uns in weitere Planungen frühzeitig mit einzubinden. Für einen eventuell später steigenden Leistungsbedarf könnten ein weiterer Stationsplatz und Leitungsverlegungen in den

Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe Versorgungsanlagen der EWE NETZ GmbH befinden, welche erhalten bleiben müssen und nicht beschädigt oder anderweitig gefährdet werden dürfen.

Soweit eine Neuherstellung oder Änderungen bzw. Anpassungen der Ver- und Entsorgungsanlagen erforderlich werden, wird zur Kenntnis genommen, dass diese entsprechend den gesetzlichen Vorgaben und den anerkannten Regeln der Technik durchgeführt werden müssen.

Die Planung der Energieversorgung erfolgt im Zuge der konkreten Ausbauplanung.

Für einen im Plangebiet ggf. erforderlichen Stationsplatz sind noch ausreichend Freiflächen vorhanden. Die EWE wird in die weitere Planung frühzeitig eingebunden.

**Stellungnahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:**

**Abwägungsvorschlag:**

Versorgungstreifen erforderlich werden. Wir bitten Sie, dass bei Ihren Planungen ebenfalls zu berücksichtigen.

Bitte informieren Sie uns zudem, wenn ein wärmetechnisches Versorgungskonzept umgesetzt werden soll.

Die Kosten der Anpassungen bzw. der Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.

Die EWE NETZ GmbH hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen.

Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und uns frühzeitig zu beteiligen. Dies gilt auch für den Fall der Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen durch EWE NETZ, denn hierfür sind beispielsweise Lage und Nutzung der Versorgungsleitung und die sich daraus ableitenden wirtschaftlichen Bedingungen wesentliche Faktoren.

Damit die Planung Ihres Baugebietes durch uns erfolgen kann, teile Sie uns bitte die dafür notwendigen Informationen über den folgenden Link mit:  
<https://www.ewe-netz.de/kommunen/services/neubaugebieterschliessung>

In der Laufzeit Ihres Verfahrens kann sich unser Leitungs- und Anlagenbestand ändern. Damit es nicht zu Entscheidungen auf Grundlage eines veralteten Planwerkes kommt, nutzen Sie dafür bitte unsere aktuelle Leitungs- und Anlagen Auskunft. Auf unserer Internetseite der EWE NETZ GmbH können Sie sich jederzeit nach einer erfolgreichen Registrierung auf unserem modernen Planauskunft-

Sofern ein wärmetechnisches Versorgungskonzept umgesetzt werden soll, wird die EWE darüber in Kenntnis gesetzt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Kosten der Anpassungen bzw. von Betriebsarbeiten vom Vorhabenträger zu tragen sind, es sei denn, der Vorhabenträger und die EWE haben anderslautende Vereinbarungen getroffen.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorgebracht werden.

Die weiteren Hinweise zur Einbeziehung in die weitere Planung und zu den Anlagenaukünften werden ebenfalls zur Kenntnis genommen.

**Stellungnahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:**

**Abwägungsvorschlag:**

portal über die konkrete Art und Lage unserer zu berücksichtigen  
Anlagen informieren:  
[https://www.ewe-  
netz.de/geschaeftskunden/services/leitungsplaene-abrufen](https://www.ewe-netz.de/geschaeftskunden/services/leitungsplaene-abrufen)

Haben Sie weitere Fragen? Sie erreichen Ihren Ansprechpartner  
Claudia Vahl unter der folgenden Rufnummer: 0151-74493158.

**Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie, mit Schreiben vom 26.01.2024**

In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange geben wir zum o.g. Vorhaben folgende Hinweise:

**Boden**

Die Grundlage zur fachlichen Beurteilung des Schutzgutes Boden liefert in Deutschland das Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) und fokussiert dabei auf die Bewertung der Bodenfunktionen. Bei Einwirkungen auf den Boden sollen Beeinträchtigungen der natürlichen Bodenfunktionen und der Archivfunktion vermieden werden (vgl. § 1 BBodSchG). Mit Grund und Boden ist gemäß §1a BauGB sparsam und schonend umzugehen und flächenbeanspruchende Maßnahmen sollten diesem Grundsatz entsprechen (LROP 3.1.1, 04).

Im Plangebiet befinden sich laut den Daten des LBEG Suchräume für schutzwürdige Böden entsprechend GeoBerichte 8 (Stand: 2019). Im Plangebiet handelt es sich um folgende Kategorien:

**Kategorie**

Plaggenesch

hohe - äußerst hohe Bodenfruchtbarkeit

Die Karten können auf dem NIBIS Kartenserver eingesehen werden. Gemäß dem Nds. Landesraumordnungsprogramm (LROP 3.1.1, 04) sind Böden, welche die natürlichen Bodenfunktionen und die Archivfunktion in besonderem Maße erfüllen, vor Maßnahmen der Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung besonders zu schützen.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und berücksichtigt. Bei der Planung handelt es sich um einen Bebauungsplan der Innenentwicklung. Dabei handelt es sich um Bebauungspläne innerhalb des Siedlungsbereiches. Diese Planungen dienen dazu, mit Grund und Boden sparsam umzugehen und den Außenbereich zu schonen.

Die für eine Siedlungsentwicklung geeigneten Flächen sind in Aschendorf überwiegend Böden mit Plaggenesch (gemäß NIBIS Kartenserver). Das Plangebiet ist eine Fläche innerhalb des Siedlungszusammenhangs und wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung ausgewiesen. Da eine Innenentwicklung einer Außenentwicklung vorzuziehen ist, und andere weniger wertvolle Böden für eine Siedlungsentwicklung nicht zur Verfü-



Aus bodenschutzfachlicher Sicht geben wir einige allgemeine Hinweise zu den Maßnahmen der Vermeidung und Verminderung von Bodenbeeinträchtigungen. Vorhandener Oberboden sollte aufgrund § 202 BauGB vor Baubeginn schonend abgetragen und einer ordnungsgemäßen Verwertung zugeführt werden. Im Rahmen der Bautätigkeiten sollten einige DIN-Normen aktiv Anwendung finden (v.a. DIN 19639 Bodenschutz bei Planung und Durchführung von Bauvorhaben, DIN 18915 Vegetationstechnik im Landschaftsbau - Bodenarbeiten, DIN 19731 Verwertung von Bodenmaterial). Um dauerhaft negative Auswirkungen auf die von Bebauung freizuhaltenen Bereiche zu vermeiden, sollte der Boden im Bereich der Bewegungs-, Arbeits- und Lagerflächen durch geeignete Maßnahmen (z.B. Überfahrungsverbotzonen, Baggermatten) geschützt werden. Boden sollte im Allgemeinen schichtgetreu ab- und aufgetragen werden. Die Lagerung von Boden in Bodenmieten sollte ortsnahe, schichtgetreu, in möglichst kurzer Dauer und entsprechend vor Witterung geschützt vorgenommen werden (u.a. gemäß DIN 19639). Außerdem sollte das Vermischen von Böden verschiedener Herkunft oder mit unterschiedlichen Eigenschaften vermieden werden. Der Geobericht 28 Bodenschutz beim Bauen des LBEG dient als Leitfaden zu diesem Thema. Weitere Hinweise zur Vermeidung und Minderung von Bodenbeeinträchtigungen sowie zur Wiederherstellung von Bodenfunktionen sind zudem in Geofakt 31 Erhalt und Wiederherstellung von Bodenfunktionen in der Planungspraxis zu finden.

**Hinweise**

Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen erfolgen, verweisen wir für Hinweise und Informationen zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf den NIBIS-Kartenserver. Die Hinweise

gung stehen, wird an dem Standort festgehalten.

Die Hinweise zum Umgang mit dem Boden im Plangebiet werden zur Kenntnis genommen. Diese sind im Rahmen der konkreten Bauarbeiten zu berücksichtigen.

Der Hinweis auf den NIBIS-Kartenserver wird zur Kenntnis genommen. Ebenfalls wird zur Kenntnis genommen, dass die Informationen zu den Baugrundverhältnissen keine geotechni-

**Stellungnahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:**

**Abwägungsvorschlag:**

zum Baugrund bzw. den Baugrundverhältnissen ersetzen keine geotechnische Erkundung und Untersuchung des Baugrundes bzw. einen geotechnischen Bericht. Geotechnische Baugrunderkundungen/-untersuchungen sowie die Erstellung des geotechnischen Berichts sollten gemäß der DIN EN 1997-1 und -2 in Verbindung mit der DIN 4020 in den jeweils gültigen Fassungen erfolgen.

In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange haben wir keine weiteren Hinweise oder Anregungen.

Die vorliegende Stellungnahme hat das Ziel, mögliche Konflikte gegenüber den raumplanerischen Belangen etc. ableiten und vorausschauend berücksichtigen zu können. Die Stellungnahme wurde auf Basis des aktuellen Kenntnisstandes erstellt. Die verfügbare Datengrundlage ist weder als parzellenscharf zu interpretieren noch erhebt sie Anspruch auf Vollständigkeit. Die Stellungnahme ersetzt nicht etwaige nach weiteren Rechtsvorschriften und Normen erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen oder objektbezogene Untersuchungen.

sche Erkundung oder Untersuchung des Baugrundes ersetzen.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass weitere Hinweise oder Anregungen nicht vorgetragen werden.

Die Hinweise zur vorliegenden Stellungnahme werden zur Kenntnis genommen.

**Landwirtschaftskammer Niedersachsen, mit Schreiben vom 29.01.2024**

*Zu dem o. g. Vorhaben nehmen wir wie folgt Stellung:*

Die Stadt Papenburg plant die Ausweisung von Wohnbauflächen im Stadtteil Aschendorf im Bereich der Waldseestraße. Das o.g. Plan-genehmigungsverfahren zur Größe von ca. 0,95 ha mit der zukünf-tigen Nutzung als „Allgemeines Wohngebiet“ liegt innerhalb von Immissionsradien landwirtschaftlicher Betriebe. Daher wurde vom TÜV Nord ein Geruchsgutachten angefertigt.

Nach dem Geruchsgutachten vom 12.04.2022 werden die Immissi- onsgrenzwerte nach der Immissionsrichtlinie (GIRL) für Wohn- und Mischgebiete von 10 % der Jahresstunden im südwestlichen Be- reich des Plangebietes überschritten. Nach der Planzeichnung ist Bebauung in dem Bereich mit Immissionswerten von bis zu 15 % der Jahresstunden zulässig.

Im Umkehrschluss muss dies aber bedeuten, dass für die landwirt- schaftlichen Betriebe auch in Zukunft die gleichen Immissionswerte gelten.

*Das Forstamt Weser-Ems äußert sich zum o. g. Vorhaben wie folgt:*

Gegen das oben genannte Vorhaben bestehen von Seiten des Forstamtes Weser-Ems keine Bedenken.

Gemäß TA Luft Anhang 7 Nr. 3.1 gilt der Immissionswert der Spalte „Dorfgebiete“ (0,15) nur für Geruchsimmissionen verur- sacht durch Tierhaltungsanlagen in Verbindung mit der belästi- gungsrelevanten Kenngröße der Gesamtbelastung. Er kann im Einzelfall auch auf Siedlungsbereiche angewendet werden, die durch die unmittelbare Nachbarschaft einer vorhandenen Tier- haltungsanlage historisch geprägt, aber nicht als Dorfgebiete ausgewiesen sind. Dieses ist im südlichen Bereich des Plange- biets der Fall. Dieses bedeutet, dass landwirtschaftliche Betrie- be durch das Vorhaben nicht stärker beeinträchtigt werden, als es im Moment ohnehin schon durch bestehende Bebauung der Fall ist.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass seitens des Forstamtes keine Bedenken bestehen.

**Vodafone GmbH/Vodafone Deutschland GmbH, mit Schreiben vom 29.01.2024**

Wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 20.12.2023.

Im Planbereich befinden sich Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens, deren Lage auf den beiliegenden Bestandsplänen dargestellt ist. Wir weisen darauf hin, dass unsere Anlagen bei der Bauausführung zu schützen bzw. zu sichern sind, nicht überbaut und vorhandene Überdeckungen nicht verringert werden dürfen.

Sollte eine Umverlegung oder Baufeldfreimachung unserer Telekommunikationsanlagen erforderlich werden, benötigen wir mindestens drei Monate vor Baubeginn Ihren Auftrag an TDRC-N.Bremen@vodafone.com, um eine Planung und Bauvorbereitung zu veranlassen sowie die notwendigen Arbeiten durchführen zu können.

Wir weisen Sie ebenfalls darauf hin, dass uns ggf. (z.B. bei städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen) die durch den Ersatz oder die Verlegung unserer Telekommunikationsanlagen entstehenden Kosten nach § 150 (1) BauGB zu erstatten sind.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich im Planbereich Telekommunikationsanlagen der Vodafone GmbH / Vodafone Kabel Deutschland GmbH befinden. Gemäß der Karte der Vodafone GmbH befinden sich die Leitungen innerhalb der Waldseestraße. Die Hinweise zu den konkreten Bauarbeiten werden berücksichtigt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass eine erforderliche Umverlegung oder Baufeldfreimachung mindestens 3 Monate vor Baubeginn beauftragt werden muss.

Ebenfalls wird zur Kenntnis genommen, dass anfallende Kosten zu erstatten sind.

**Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege, mit Schreiben vom 09.01.2024**

Danke für die Beteiligung im o.g. Bauleitverfahren. Seitens der **archäologischen Denkmalpflege** werden zu den Planungen folgende Bedenken und Anregungen vorgetragen:

Im Plangebiet befindet sich laut digitaler Bodenkarte 1: 50 000 **(BK50)** ein wahrscheinlich mittelalterlicher Esch. Dabei handelt es sich um Auftragsböden aus Dung und Plaggen von unterschiedlicher Mächtigkeit. Darunter sind erfahrungsgemäß oft ältere archäologische Fundstellen anzutreffen, die sich durch die konservierende Wirkung des Eschaufrages meist in einem hervorragenden Erhaltungszustand befinden und bei Erdarbeiten zerstört würden. Weiter ist rund 250 m nördlich der Planungsfläche eine wichtige prähistorische Siedlung belegt (Fundstelle Aschendorf 7), womit die Wahrscheinlichkeit weiterer Denkmalsubstanz auch in deren Umgebung erhöht ist. Derartige Fundstellen sind Bodendenkmale, die durch das Nieders. Denkmalschutzgesetzes geschützt sind. Sämtliche Erdarbeiten in diesen Bereichen bedürfen einer denkmalrechtlichen Genehmigung (§13 NDSchG), diese kann verwehrt werden oder mit Auflagen verbunden sein.

Daraus ergeben sich folgende denkmalpflegerische Notwendigkeiten:

- Ausreichend im Vorfeld jeglicher Bau- und Erschließungsarbeiten muss durch ein entsprechendes Raster von Suchschnitten auf dem Areal durch entsprechende Fachleute geklärt werden, wo und in welchem Erhaltungszustand weitere Denkmalsubstanz vorhanden ist.
- Dabei sind für eine verlässliche Prognose zu Befunddichte und Erhaltungszustand mind. 15% der Fläche zu öffnen. Mind. 10%

Gemäß den Ausführungen des Niedersächsischen Landesamts für Denkmalpflege besteht für das Plangebiet aufgrund des vorliegenden Plaggeneschs ein hohes Potenzial an archäologischen Fundstellen. Die Vorhabenträgerin hat daher entsprechend den Vorgaben der Denkmalbehörde eine archäologische Prospektion durchführen lassen. Eine denkmalrechtliche Genehmigung wurde zuvor eingeholt.

Wie bereits beschrieben, wurde eine Prospektion entsprechend der nebenstehenden Vorgaben durchgeführt. Ergebnis der Prospektion ist, dass weitere Ausgrabungen vor Beginn der Erschließungsarbeiten erforderlich sind. Die dafür erforderliche denkmalrechtliche Genehmigung wurde am 19.04.2024 erteilt. Die Ausgrabungen werden in enger Abstimmung mit der Denkmalbehörde durch-

**Stellungnahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:**

**Abwägungsvorschlag:**

der angetroffenen Befunde sind exemplarisch zu schneiden, Bodenprofile anzulegen. In befundfreien Flächen ist zudem ein Geoprofil anzulegen, dessen Sohle etwa 1 m unter dem Planum liegen sollte.

- Abhängig von diesem Untersuchungsergebnis ist ggf. eine fach- und sachgerechte archäologische Ausgrabung notwendig, deren Umfang und Dauer von der Befundsituation abhängig ist.
- Entstehende Kosten für die Voruntersuchungen und ggf. notwendige Ausgrabungen können nicht von der Archäologischen Denkmalpflege getragen werden.
- Wir regen an, dass sich die Vorhabenträgerin frühzeitig mit den Denkmalbehörden in Verbindung setzt, um das weitere Vorgehen abzusprechen.

geführt. Nach der Sicherung der Fundstücke kann nach der Freigabe durch die Denkmalbehörde mit der Erschließung begonnen werden. Ein entsprechender Hinweis wird in den Bebauungsplan aufgenommen.

**Deutsche Telekom Technik GmbH, mit Schreiben vom 17.01.2024**

Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt)- als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG- hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o.g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:

Die Telekom wird die Voraussetzungen zur Errichtung eigener TK-Linien im Baugebiet prüfen. Je nach Ausgang dieser Prüfung wird die Telekom eine Ausbauentcheidung treffen. Vor diesem Hintergrund behält sich die Telekom vor, bei einem bereits bestehenden oder geplanten Ausbau einer TK-Infrastruktur durch einen anderen Anbieter auf die Errichtung eines eigenen Netzes zu verzichten. Die Versorgung der Bürger mit Universaldienstleistungen nach § 78 TKG wird sichergestellt. Wir bitten Sie, Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Bebauungsplangebiet der Deutschen Telekom Technik GmbH so früh wie möglich, mindestens zwei Monate vor Baubeginn, schriftlich anzuzeigen.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Versorgung mit Universaldienstleistungen sichergestellt wird. Der Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen wird der Telekom Technik GmbH rechtzeitig bekannt gegeben.

Hamburg, 12.04.2022  
TNUC-HH/sli

**Gutachten zu Geruchsimmissionen durch  
landwirtschaftliche Betriebe im Rahmen der Planungen  
für eine Wohnanlage in Papenburg-Aschendorf**

Auftrag-Nr.: 8000680377 / 122IPG028

Auftraggeber: Emsleben GmbH  
Große Straße 68-70  
26871 Aschendorf

Sachverständiger: Dipl.- Ing. Andreas Schlichting

Umfang: 17 Seiten  
+ Anhang 1 Olfaktometrie (3 Seiten)  
+ Anhang 2 Daten der benachbarten Betriebe (2 S.)  
+ Anhang 3 AUSTAL Ausgabe-Datei (2 Seiten)



## Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	3
1. Auftrag	4
2. Orts- und Anlagenbeschreibung	4
3. Untersuchungsmethode für Geruchsbelastungen	6
3.1 Allgemeines	6
3.2 Feststellung und Beurteilung von Geruchsimmissionen nach Anhang 7 der TA Luft	7
4. Ermittlung der Geruchsemissionen	10
5. Geruchsimmissionen	10
5.1 Ausbreitungsrechnung	10
5.2 Darstellung der Ergebnisse	15
5.3 Schlussfolgerungen	16
6. Unterlagen und Literatur	17

### Anhang

Anhang 1 Olfaktometrie  
Anhang 2 Daten der benachbarten Betriebe  
Anhang 3 AUSTAL Ausgabe-Datei

## Zusammenfassung

Im Rahmen der Rahmen der Planungen für eine Wohnanlage in Papenburg-Aschendorf, beauftragte uns die Emsleben GmbH, die Geruchs-Immissionen im Plangebiet zu berechnen, die durch die Tierhaltung landwirtschaftlicher Betriebe hervorgerufen werden.

Die Tierhaltungen von zwei Betrieben, die sich bis zu einer Entfernung von 700 m zum Plangebiet befinden, wurden berücksichtigt.

Das Gutachten war nach Anhang 7 der TA Luft „Feststellung und Beurteilung von Geruchsimmissionen zu erstellen. Es wurden die belästigungsrelevanten Kenngrößen nach Nummer 4.6 (Berücksichtigung tierartspezifischer Gewichtungsfaktoren) berechnet.

Alle Stallanlagen, der Ausbreitungsweg und die Immissionsorte wurden während eines Ortstermins vom Gutachter in Augenschein genommen.

Grundlage der Berechnungen sind Angaben der Stadt Papenburg zu den genehmigten Tierzahlen eines Betriebes. Der Bestand eines entfernt gelegenen Reiterhofes hat einen untergeordneten Einfluss auf die Immissionen in den zu untersuchenden Plangebieten und wird geschätzt.

Die Geruchsemissionen aller Quellen wurden anhand von Messergebnissen an vergleichbaren Anlagen ermittelt.

Die Geruchsimmissionen wurden mit dem Ausbreitungsmodell AUSTAL (Version 3.1.2) für geruchbeladene Abluft berechnet und als Häufigkeit der Geruchsstunden eines Jahres, bezogen auf 1 GE/m<sup>3</sup>, dargestellt. Es wurden belästigungsrelevante Kenngrößen der Gesamtbelastung nach Nummer 4.6 der TA Luft 2021 (Gewichtung der Immissionen nach Tierart, Anhang 7) angegeben.

Im Plangebiet werden belästigungsrelevante Kenngrößen (tierartspezifische Gewichtung) von 3 % bis über 20 % der Jahresstunden erreicht. Der Immissions(grenz)wert für Wohngebiete wird in etwa der Hälfte des Plangebietes eingehalten. In direkter Nachbarschaft zu einem landwirtschaftlichen Betrieb ist die Anwendung des Immissions(grenz)wertes für Dorfgebiete denkbar. Dieser wird im Nahbereich der Stallungen im Südwesten des Plangebietes überschritten. Nach Angaben des Auftraggebers werden die Planungen entsprechend angepasst. Eine weitergehende Bewertung der Immissionen ist nicht beauftragt.



Digital  
unterschieden von  
Schlichting Andreas  
Datum: 2022.04.13  
11:14:27 +02'00'

Dipl.- Ing. Andreas Schlichting  
*Sachverständiger der TÜV NORD Umweltschutz GmbH & Co. KG*

## **1. Auftrag**

Im Rahmen der Rahmen der Planungen für eine Wohnanlage in Papenburg-Aschendorf, beauftragte uns die Emsleben GmbH, die Geruchs-Immissionen im Plangebiet zu berechnen, die durch die Tierhaltung landwirtschaftlicher Betriebe hervorgerufen werden.

Die Tierhaltungen von zwei Betrieben, die sich bis zu einer Entfernung von 700 m zum Plangebiet befinden, wurden berücksichtigt.

Grundlage der Berechnungen sind Angaben der Stadt Papenburg zu den genehmigten Tierzahlen eines Betriebes /1/. Der Bestand eines entfernt gelegenen Reiterhofes hat einen untergeordneten Einfluss auf die Immissionen in den zu untersuchenden Plangebieten und wird geschätzt.

Das Gutachten ist nach Anhang 7 der TA Luft „Feststellung und Beurteilung von Geruchsmissionen; Anhang 7 der TA Luft 2021) /2/ zu erstellen. Dabei werden die belastungsrelevanten Kenngrößen nach Nummer 4.6 (Berücksichtigung tierartspezifischer Gewichtungsfaktoren) berechnet.

Die in /../ gestellten Ziffern beziehen sich auf das Kapitel 6. "Unterlagen und Literatur".

## **2. Orts- und Anlagenbeschreibung**

Das Plangebiet liegt westlich in Aschendorf im Landkreis Emsland, zwischen Schulstraße und Paul-Gerhard-Straße.

Nach Anhang 7 der TA Luft/2/ sind bei der Berechnung der Geruchsmissionen alle Betriebe zu berücksichtigen, die auf Grund ihrer Geruchsemissionen auf die Plangebiete einwirken.

Dafür werden der Betrieb Strack, der sich nördlich des Friedhofs an der Waldseestraße befindet (Milchvieh mit Nachzucht) und ein Reiterhof, der sich etwa 500 m nordwestlich des nördlichen Plangebietes, ebenfalls westlich der Waldseestraße befindet, berücksichtigt.

Die geruchsrelevanten Daten (Tierbestände und technische Ausstattung der Stallanlagen) des Milchviehbetriebes wurden von der Stadt Papenburg übermittelt /1/. Der Bestand des Reiterhofes hat einen untergeordneten Einfluss auf die Immissionen in den zu untersuchenden Plangebieten und wird geschätzt.

Alle berücksichtigten Geruchsquellen, der Ausbreitungsweg und die Plangebiete wurden während eines Ortstermins im Rahmen einer vorangegangenen Begutachtung am 23.9.2020 besichtigt.

Abbildung 1 zeigt die Lage der berücksichtigten Betriebe und des Plangebietes.





**Abbildung 1:** Lageplan; Hintergrundbild © Google  
 Stallanlagen (südlich Strack; nordwestlich Pferde)  
 Plangebiet (Lage der Wohneinheiten wird noch geändert)



## **3. Untersuchungsmethode für Geruchsbelastungen**

### **3.1 Allgemeines**

Für die Beurteilung der möglichen Konfliktlage zwischen Tierhaltung und Bebauung dient die VDI-Richtlinie 3894 "Emissionen und Immissionen aus Tierhaltungsanlagen, Blatt 2" /3/ mit ihrer Abstandsbestimmung als Entscheidungshilfe. Dort ist ein Geltungsbereich für die dargestellte Methode zur Abstandsbestimmung festgelegt. Außerhalb des Geltungsbereiches kann die Richtlinie nicht angewendet werden und es sind weitergehende Prüfungen durchzuführen.

Im Rahmen der Planung in Aschendorf ist auftragsgemäß eine weitergehende Prüfung erforderlich, da kumulierende Wirkungen verschiedener benachbarter Anlagen zu berücksichtigen sind.

Zur weitergehenden Prüfung wird eine Untersuchungsmethode angewandt, die auf Messergebnissen aus olfaktometrischen Untersuchungen an vergleichbaren Stallanlagen aufbaut.

Für die Berechnung der Geruchsimmissionen wird das Geruchsausbreitungsmodell AUSTAL eingesetzt, das in der aktuellen Fassung der TA Luft /2/ verankert ist.

Als Ausgangsdaten müssen die Geruchsemissionen der Anlagen bekannt sein, die auf das Plangebiet einwirken. Diese Daten erhält man durch olfaktometrische Untersuchungen an den vorhandenen Anlagen oder, z.B. in einer Prognose, durch Übertragung der Ergebnisse von vergleichbaren Anlagen. Für landwirtschaftliche Geruchsquellen liegen uns Erfahrungswerte aus eigenen olfaktometrischen Untersuchungen vor. Die von uns ermittelten Emissionsfaktoren entsprechen im Wesentlichen den Emissionsdaten der VDI-Richtlinie 3894 Blatt 1 /4/. Daher werden die Angaben dieser Richtlinie bei der Ermittlung der Emissionen herangezogen. Es werden Jahresmittelwerte berücksichtigt. Auf Messungen an den Geruchsquellen der Betriebe wird verzichtet.

Die tatsächlichen Emissionsbedingungen der einzelnen Quellen und die räumliche Lage der Quellen zueinander werden berücksichtigt. Es werden für den Standort repräsentative meteorologische Daten verwendet.

Zum besseren Verständnis der bei Geruchsgutachten verwendeten Einheit  $\text{GE}/\text{m}^3$  und der allgemeinen Vorgehensweise werden im Anhang 1 einige Erläuterungen zur Geruchsmessung (Olfaktometrie) und zur Ausbreitungsrechnung gegeben. Die Ermittlung und Bewertung der Geruchsimmissionen erfolgt gemäß der Geruchsimmissions-Richtlinie bzw. der TA Luft.

## 3.2 Feststellung und Beurteilung von Geruchsimmissionen nach Anhang 7 der TA Luft

Um eine bundesweit einheitliche Vorgehensweise für die Geruchsbeurteilung zu erreichen, ließ der Länderausschuss (jetzt Bund/Länder Arbeitsgemeinschaft) die Geruchsimmissions-Richtlinie (GIRL) /2/ erarbeiten. Sie beschreibt eine Vorgehensweise zur Ermittlung und Bewertung von Geruchsimmissionen im Rahmen von Genehmigungs- und Überwachungsverfahren von Anlagen, die nach der 4. BImSchV /5/ genehmigungsbedürftig sind. Sie kann sinngemäß auch auf nicht genehmigungsbedürftige Anlagen angewandt werden.

Das Land Niedersachsen hat die GIRL (in der Fassung vom 29. Februar 2008 und Ergänzung vom 10. September 2008) als Runderlass zur Feststellung und Beurteilung von Geruchsimmissionen im Ministerialblatt 36/2009 /6/ veröffentlicht. Sie wird in der Praxis auch bei Wohnbauvorhaben und in der Bauleitplanung angewandt.

In die ab dem 1.12.2021 geltende TA Luft wurde die Untersuchung von Gerüchen als Anhang 7 aufgenommen. Die mit der TA Luft eingeführte Änderung des Ausbreitungsmodells wird in diesem Fall berücksichtigt. Statt des Programms AUSTAL2000 wird nun die aktuelle Version AUSTAL (Version 3.1.2) verwendet.

Im Folgenden wird kurz die Vorgehensweise zur Ermittlung und Beurteilung der Geruchs-Immissionssituation erläutert.

Nach der GIRL ist grundsätzlich die Gesamtbelastung durch alle geruchemittierenden Anlagen zu untersuchen.

Zur Beurteilung der Erheblichkeit einer Geruchsbelästigung im Sinne des BImSchG /7/ sind die Kenngrößen der Gesamtbelastung IG auf den einzelnen Beurteilungsflächen des Beurteilungsgebiets mit den Immissionswerten IW als Maßstab für die höchstzulässige Geruchsimmission zu vergleichen. Die Immissionswerte werden angegeben als relative Häufigkeiten der Geruchsstunden eines Jahres. Die Zählschwelle für diese Häufigkeiten ist die Geruchsschwelle ( $1 \text{ GE/m}^3$ , vgl. Anhang).

Die zulässige Gesamtbelastung durch Geruchsimmissionen ist abhängig von der Gebietsausweisung bzw. der tatsächlichen Gebietsnutzung. In der TA Luft sind folgende Werte festgelegt (Tabelle 22 der TA Luft):

**Tabelle 1:** Immissions(grenz)werte nach Tabelle 22 der TA Luft

<b>Wohn-/Mischgebiete, Kerngebiete mit Wohnen, urbane Gebiete</b>	<b>Gewerbe-/ Industriegebiete, Kerngebiete ohne Wohnen</b>	<b>Dorfgebiete</b>
0,10 (10 % der Jahresstunden)	0,15 (15 % der Jahresstunden)	0,15 <sup>1)</sup> (15 % der Jahresstunden)

<sup>1)</sup> für Geruchsimmissionen durch Tierhaltungsanlagen

Bei einem Wert von z.B. 0,10 darf anlagentypischer Geruch an maximal 10 % der Jahresstunden am Immissionsort wahrnehmbar sein. Dabei sind auch höhere Konzentrationen als die Geruchsschwelle wahrnehmbar, allerdings zu einem geringeren Prozentsatz der Jahresstunden. Sonstige Gebiete sind entsprechend ihrer Schutzwürdigkeit zuzuordnen. Die Immissionswerte (Grenzwerte) der TA Luft gelten für alle Beurteilungsflächen, auf denen sich Personen nicht nur vorübergehend aufhalten. So sind z.B. Wald-, Wiesen- und Ackerflächen keine Beurteilungsflächen im Sinne der GIRL.

Die TA Luft sieht in begründeten Einzelfällen eine Abweichung von den Immissionswerten in Grenzen vor, z.B. bei besonders schutzwürdigen Gebietsnutzungen oder bei Gemengelagen. Bei ortsüblichen Gerüchen in landwirtschaftlichen Bereichen sowie bei einzelnen Wohnhäusern im Außenbereich ist ein Immissionswert von 0,25 denkbar (Auslegungshinweise zur GIRL vom 29.2.2009).

Ist ein Dorfgebiet durch landwirtschaftliche Betriebe geprägt, so werden einzelne Wohnbauvorhaben im (MD<sub>L</sub>-)Gebiet in der Schutzwürdigkeit einem Dorfgebiet nach Tabelle 1 der GIRL zugeordnet. Wird in einem Dorf aber der Wandel zum ländlichen Wohnen vollzogen und die landwirtschaftliche Prägung geht - z.B. durch Ausweisung von Wohngebieten - verloren, so wird dieses (MD<sub>W</sub>-)Gebiet in der Schutzwürdigkeit den Wohn- / Mischgebieten zugeordnet.

Die Ausdehnung des Beurteilungsgebietes richtet sich nach dem geplanten Vorhaben. Die Beurteilungsflächen sind quadratische Teilflächen, deren Seitenlängen in der Regel 250 m betragen. Die Seitenlängen können entsprechend der tatsächlich vorhandenen Geruchsverteilung auch vergrößert oder verkleinert werden. Im direkten Nahbereich von Anlagen kann die Beurteilungsfläche z.B. auf 15 m x 15 m verkleinert werden. Es können auch Werte für einzelne Punkte herangezogen werden.

Wenn mit einer Gebietsausweisung im Einwirkungsbereich von Anlagen die Immissionswerte ausgeschöpft werden, ist grundsätzlich die Entwicklungsmöglichkeit benachbarter Betriebe eingeschränkt. In diesem Fall wäre zu prüfen, ob die Entwicklungsmöglichkeiten nicht schon durch vorhandene Bebauung eingeschränkt sind. Auch eine Abwägung der Interessen im Nachbarschaftsverhältnis kann geboten sein, besonders, wenn Gebiete überplant werden sollen. Zu den Erweiterungsmöglichkeiten der betroffenen landwirtschaftlichen Betriebe wird in Kap. 5.2 Stellung genommen.

## **Ermittlung der belästigungsrelevanten Kenngröße bei Tierhaltungen**

Nach Nummer 4.6 des Anhangs 7 der TA Luft, ist für die Beurteilung der Immissionen aus Tierhaltungsanlagen die belästigungsrelevante Kenngröße IG<sub>b</sub> zu berechnen und anschließend mit den Immissionswerten nach Tabelle 1 der GIRL zu vergleichen.

Hierzu wird, die Gesamtbelastung IG mit dem Faktor f<sub>gesamt</sub> multipliziert:

$$IG_b = IG * f_{gesamt}.$$

Der Faktor f<sub>gesamt</sub> ist nach der Formel (4) des Kapitels 4.6 des Anhangs 7 der TA Luft aus den Gewichtungsfaktoren f der einzelnen Tierarten zu ermitteln, deren Immissionen auf den jeweiligen Immissionsort einwirken.

Die Gewichtungsfaktoren f sind tierartabhängig der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen.

**Tabelle 2:** Tierartspezifischer Gewichtungsfaktor nach Anhang 7 der TA Luft

<b>Tierartspezifische Geruchsqualität</b>	<b>Gewichtungsfaktor f</b>
Mastgeflügel(Puten, Masthähnchen)	1,5
Mastschweine (bis zu einer Tierplatzzahl von 500 in qualitätsgesicherten Hal- tungsverfahren mit Auslauf und Einstreu, die nachweislich dem Tierwohl dienen)	0,65
Mastschweine, Sauen (bis zu einer Tierplatzzahl von ca. 5.000 Mastschweinen bzw. unter Berücksich- tigung der jeweiligen Umrechnungsfaktoren für eine entsprechende Anzahl von Zuchtsauen)	0,75
Milchkühe mit Jungtieren, Mastbullen (einschließlich Kälbermast, sofern diese zur Geruchsimmissionsbelastung nur unwesentlich beitragen)	0,5
Pferde (Festmist bei Pferdehaltung =1)	0,5
Milch- / Mutterschafe mit Jungtieren (bis zu einer Tierplatzzahl - ohne Jungtiere - von 1.000 und Heu/Stroh als Einstreu)	0,5
Milchziegen mit Jungtieren (bis zu einer Tierplatzzahl - ohne Jungtiere - von 750 und Heu/Stroh als Einstreu)	0,5
Sonstige Tierarten	1,0

Außerdem ist der Gewichtungsfaktor für Nebenquellen, wie Maissilage, Gülle- und Festmistlagerung, entsprechend der dazu gehörenden Tierart zu wählen.

Alle sonstigen Geruchsquellen sind weiterhin mit dem Gewichtungsfaktor 1 zu be-  
rücksichtigen.

## Beurteilung im Einzelfall (Ziffer 5 des Anhangs 7 der TA Luft)

Für die Beurteilung, ob schädliche Umwelteinwirkungen durch Geruchsimmissionen hervorgerufen werden, ist ein Vergleich der nach TA Luft zu ermittelnden Kenngrö-  
ßen mit den in Tabelle 22 festgelegten Immissionswerten nicht ausreichend, wenn

- a) auf einzelnen Beurteilungsflächen in besonderem Maße Geruchsimmis-  
sionen aus dem Kraftfahrzeugverkehr, dem Hausbrandbereich oder an-  
deren nicht nach Nr. 3.1 Abs. 1 (des Anhangs 7 der TA Luft) zu erfas-  
senden Quellen auftreten oder



- b) Anhaltspunkte dafür bestehen, dass wegen der außergewöhnlichen Verhältnisse hinsichtlich Art (z. B. Ekel und Übelkeit auslösende Gerüche) und Intensität der Geruchseinwirkung, der ungewöhnlichen Nutzungen in dem betroffenen Gebiet oder sonstiger atypischer Verhältnisse
- trotz Einhaltung der Immissionswerte schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden oder
  - trotz Überschreitung der vorgegebenen Immissionswerte eine erhebliche Belästigung nicht zu erwarten ist.

Gemäß Kapitel 3.1 der GIRL ist daher zu prüfen, ob Anhaltspunkte für die Notwendigkeit einer Beurteilung im Einzelfall nach Nummer 5 des Anhangs 7 der TA Luft bestehen.

## **4. Ermittlung der Geruchsemissionen**

Die Geruchsemissionen wurden im vorliegenden Fall auf Grundlage von Messergebnissen an vergleichbaren Anlagen abgeleitet.

Für die landwirtschaftlichen Geruchsquellen wurden Emissionsfaktoren der VDI 3894 Blatt 1 /4/ herangezogen. Es werden Jahresmittelwerte berücksichtigt.

Die Geruchsquellen der berücksichtigten landwirtschaftlichen Betriebe sind im Kapitel 2 (Lage der Betriebe) bzw. im Anhang 2 (nur für den behördeninternen Gebrauch) in den Tabellen A1 und A2 beschrieben. In der Tabelle A3 des Anhangs 2 sind die Ergebnisse der Emissionsermittlung für die Tierhaltung der Betriebe zusammengestellt.

Die Geruchsemissionen durch das Aufrühren der Gülle, die Verladung und den Transport von Gülle oder Festmist werden bei der Emissionsermittlung nicht berücksichtigt, da die Auswirkungen auf die Geruchsimmissionen als Überschreitungshäufigkeit der Geruchsschwelle in Prozent der Jahresstunden vernachlässigbar sind und sich ohnehin durch die nicht bekannte Verteilung auf meteorologische Situationen nicht prognostizieren lassen.

## **5. Geruchsimmissionen**

### **5.1 Ausbreitungsrechnung**

Ausgehend von den Emissionsdaten nach der Tabellen A3 im Anhang 2 wurden die Geruchsimmissionen mit der aktuellen Version des Ausbreitungsmodells AUSTAL (Version 3.1) berechnet.

Die Ausgabe-Datei ist im Anhang 3 dargestellt.

Die Qualitätsstufe wurde mit  $q_s = 2$  angesetzt.

## Wetterdaten

Für die Berechnung der Immissionen werden als Wetterdaten so genannte Ausbreitungsklassenstatistiken benötigt. Diese enthalten Angaben über die langjährige Häufigkeit der Ausbreitungsverhältnisse in den unteren Luftschichten, die durch Windrichtung, Windgeschwindigkeit und Stabilität der Atmosphäre definiert sind. In diesem Fall werden die Daten der Wetterstation Oldenburg eingesetzt (siehe Abbildungen 2 und 3).

Stationsname	Lat.	Lon.	Messfeldhöhe (m NN)	Betreiber
Oldenburg	53.18	8.18	11	DWD

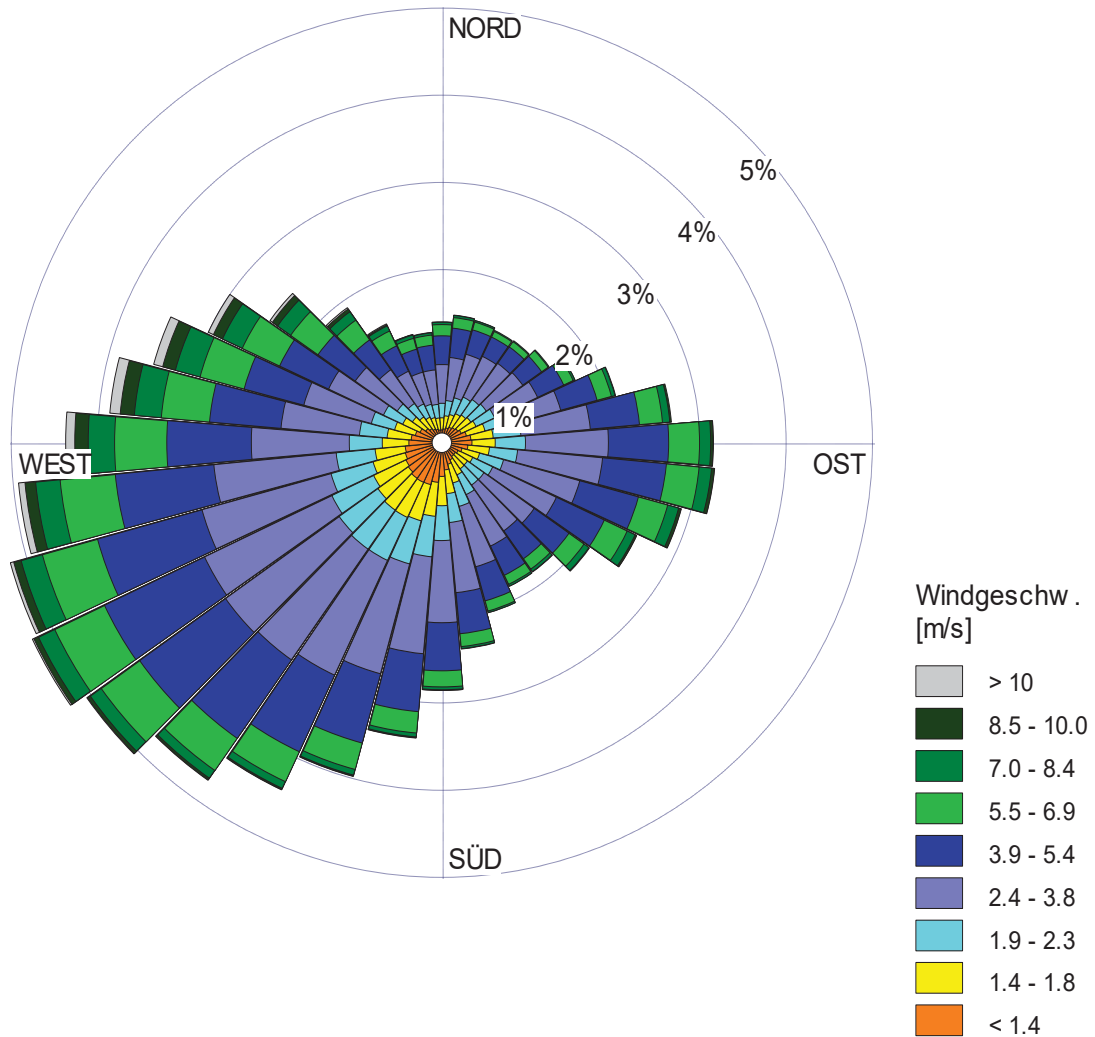
Aufgrund der wenig gegliederten Topographie sind die Einflüsse des Untergrundes auf die bodennahen Luftschichten im norddeutschen Tiefland nur gering. Das Windfeld bildet sich nahezu ungestört aus und ist im Wesentlichen von der allgemeinen Luftdruckverteilung gesteuert.

Die in Mitteleuropa vorherrschenden südwestlichen bis westlichen Windrichtungen werden durch die äußerst geringe orographische Gliederung kaum modifiziert, sodass im Rechengebiet ebenfalls mit der Dominanz der südwestlichen bis westlichen Windrichtungen zu rechnen ist. Ost- bis Südostwinde sind mit dem sekundären Richtungsmaximum verbunden, während das Richtungsminimum im Sektor Nord bis Nordost erwartet wird. Auch wegen der im meteorologischen Maßstab geringen Entfernung der Station Oldenburg zum Rechenort (58 km) entsprechen die an der Station gemessenen Windrichtungshäufigkeiten und die mittlere Windgeschwindigkeit den Erwartungswerten im Rechengebiet. Die Daten der Wetterstation Oldenburg werden als ausreichend repräsentativ für den Standort Aschendorf angesehen.

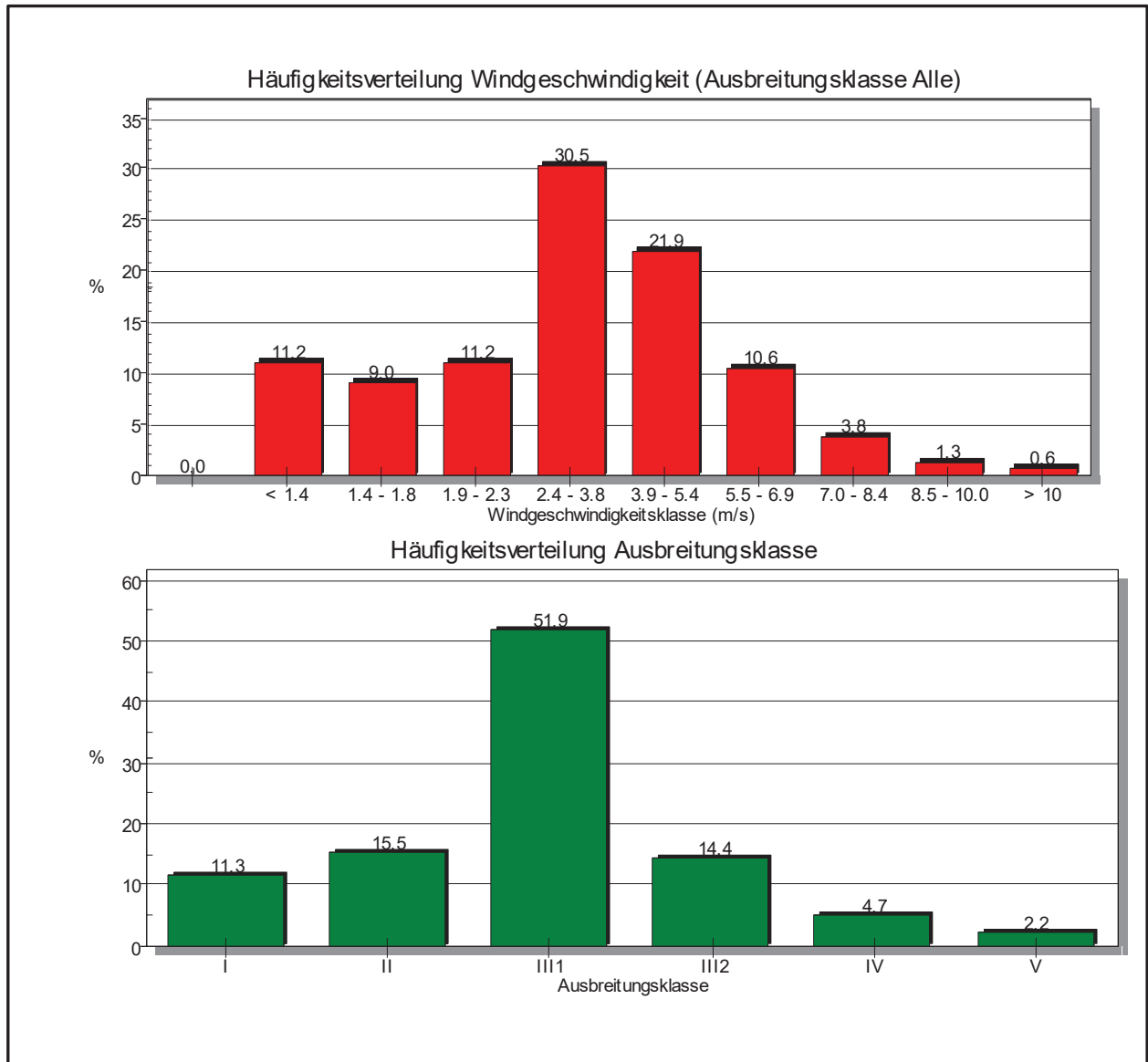
Vergleichsrechnungen mit Daten der Station Dörpen führen zu geringeren Immissionen. Die Berechnungen mit den Daten der Station Oldenburg liegen demnach auf der sicheren Seite.

## Abluftfahnenüberhöhung

Bei keiner der einbezogenen Geruchsquellen wurde eine Überhöhung der Abgasfahne berücksichtigt, da die Abluftöffnungen das jeweilige Gebäude dafür nicht ausreichend überragen bzw. die Austrittsgeschwindigkeit der Abluft weniger als 7 m/s beträgt. Die Angabe von Volumenströmen und Ablufttemperaturen erübrigt sich daher.



**Abbildung 2:** Windrichtungsverteilung und Standortdaten der Station Oldenburg. Zeitraum: 1998 bis 2007



Der Anteil der mittleren Windgeschwindigkeit von weniger als 2 kn (1 m/s) beträgt 11,2 % der Jahresstunden und liegt somit unter 20 %. Die Statistik darf daher verwendet werden.

**Abbildung 3:** Windgeschwindigkeit und Ausbreitungsklassen der Station Oldenburg. Zeitraum: 1998 bis 2007

## Rauhigkeitslänge

Im Plangebiet soll Wohnbebauung entstehen. Nördlich, östlich und südlich des Plangebietes befinden sich bereits Wohngebiete. Westlich schließen Grünland, der Betrieb Strack und der Friedhof an. An den Rändern der Grünflächen, im Bereich der Gebäude und an den nahegelegenen Straßen stehen teilweise Bäume und Sträucher mit Höhen bis über 20 m. Im Bereich der Geruchsquellen befinden sich jeweils mehrere Gebäude mit Höhen von 5 m bis 11 m. Außerdem sind Büsche und Bäume im Bereich der Quellen vorhanden. Die Rauhigkeitslänge  $z_0$  im Untersuchungsgebiet wurde vom Landbedeckungsmodell Deutschland (LBM-DE) mit  $z_0=0,1$  (Klasse 3: u.a. nicht bewässertes Ackerland, Wiesen und Weiden),  $z_0=0,2$  (Klasse 4: u.a. städtische Grünflächen) und  $z_0=1,0$  für den bebauten Bereich ausgewiesen.

Im vorliegenden Fall bodennaher Quellen ist die Bodenrauhigkeit im Nahbereich der Quellen von erhöhter Bedeutung.

Nach TA Luft /2/ ist bei der Berechnung der Rauhigkeitslänge der Nahbereich um die Quellen bis zu einer Entfernung zu berücksichtigen, die dem 15-fachen der Quellhöhe entspricht. Aufgrund der Höhen der Gebäude und des Bewuchses wird die Rauhigkeitslänge mit  $z_0 = 1,0$  m angesetzt.

## Quellmodellierung

Wenn die Ableitung der Abluft einer Quelle in weniger als dem 1,7-fachen der jeweiligen Gebäudehöhe erfolgt, ist nach Anhang 2 der TA Luft in der Regel der Einfluss der vorhandenen Gebäude auf die Ausbreitung der Abluftfahne zu berücksichtigen. Die Ableitung der Abluft der Ställe erfolgt ausschließlich in weniger als dem 1,7-fachen der jeweiligen Gebäudehöhe. Bei diesen Quellen werden vertikale Ausdehnungen der Quellen vom Boden bis zur tatsächlichen Ableithöhe (Quellhöhe < 1,2-fache Gebäudehöhe) bzw. von der Hälfte bis zur tatsächlichen Ableithöhe (Quellhöhe > 1,2-fache Gebäudehöhe; liegen hier nicht vor) angesetzt. Vergleichsrechnungen haben ergeben, dass so der Einfluss der Gebäude auf die Ausbreitung der Abluftfahne ausreichend abgebildet wird, sofern keine relevanten Umlenkungen oder Kanalisierungen der Geruchsfahne in Richtung des Plangebietes auftreten.

Im vorliegenden Fall sind keine relevanten Umlenkungen oder Kanalisierungen der Geruchsfahne in Richtung des Plangebietes zu erwarten.

Bei Bodenquellen stellt die Berechnung der Geruchsimmissionen ohne die Berücksichtigung des Einflusses der Gebäude eine Überschätzung der tatsächlichen Gegebenheiten dar, da die Verdünnung durch die Verbreiterung der Fahne in Lee der Gebäude unberücksichtigt bleibt. Auf die aufwändige Berücksichtigung der Gebäudestruktur wird daher verzichtet.

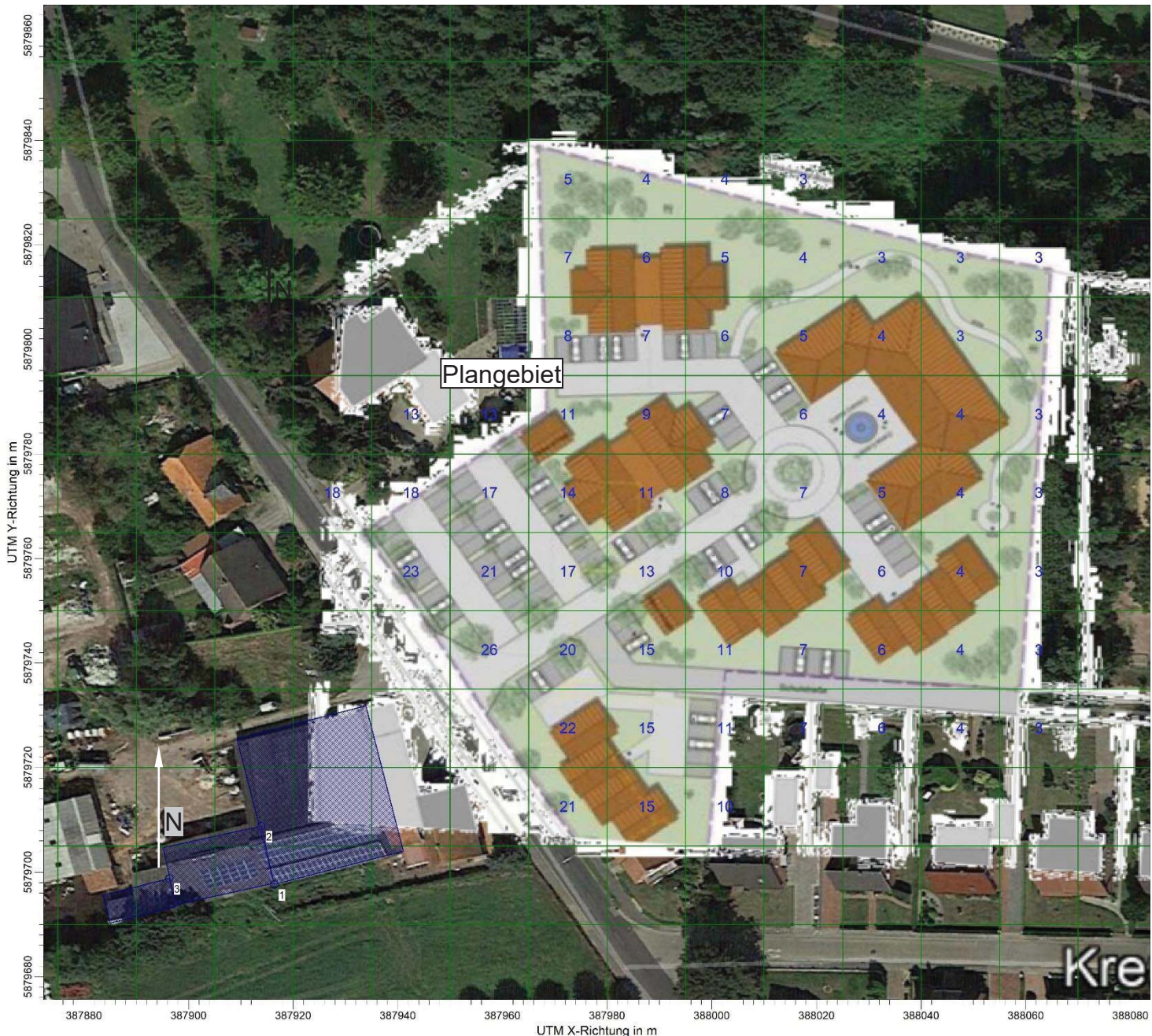
## Berechnungsgitter

Zur sachgerechten Beurteilung der durch die landwirtschaftlichen Betriebe im Plangebiet hervorgerufenen Geruchsimmissionen wurde ein Rechengebiet mit 60 Zellen in X-Richtung und 58 Zellen in Y-Richtung festgelegt. Die Rechenzellen haben eine Zellengröße von 15 m x 15 m.



## 5.2 Darstellung der Ergebnisse

In der Abbildung 4 werden die Kenngrößen für die Gesamtbelastung im Plangebiet dargestellt. Angegeben sind die belastungsrelevanten Kenngrößen nach /2/ für die Beurteilungsflächen (gleiche Größe wie Rechenzellen).



**Abbildung 4:** belastungsrelevante Kenngrößen der Gesamtbelastung nach /2/ durch landwirtschaftliche Betriebe in Prozent der Jahresstunden im Plangebiet.  
Zur Bestimmung der Kenngrößen als relative Häufigkeiten müssen die Werte in der Abbildung mit dem Faktor 0,01 multipliziert werden.

## 5.3 Schlussfolgerungen

Die Planungen werden nach Auskunft des Auftraggebers die Ergebnisse dieser Untersuchung berücksichtigen. Aktuelle liegen demnach nicht vor.

Nach TA Luft /2/ ist für Wohn- und Mischgebiete ein Immissions(grenz)wert von 0,10 - entsprechend 10 % der Jahresstunden - vorgesehen.

Für Dorfgebiete gilt bei Immissionen aus Tierhaltung ein Immissions(grenz)wert von 0,15 - entsprechend 15 % der Jahresstunden

Dieser Immissionswert gilt an allen Orten, an denen sich Personen nicht nur vorübergehend aufhalten.

Wie aus Abbildung 4 in Kap. 5.2 ersichtlich ist, werden im Plangebiet belästigungsrelevante Kenngrößen (tierartspezifische Gewichtung) von 3 % bis über 20 % der Jahresstunden erreicht. Der Immissions(grenz)wert für Wohngebiete wird etwa auf der Hälfte des Plangebietes eingehalten.

In direkter Nachbarschaft zu einem landwirtschaftlichen Betrieb ist die Anwendung des Immissions(grenz)wertes für Dorfgebiete denkbar. Dieser wird im Nahbereich der Stallungen im Südwesten des Plangebietes überschritten. Nach Angaben des Auftraggebers werden die Planungen entsprechend angepasst.

Gemäß Kapitel 3.1 des Anhangs 7 der TA Luft ist zu prüfen, ob Anhaltspunkte für die Notwendigkeit einer Beurteilung im Einzelfall nach Nummer 5 des Anhangs 7 der TA Luft bestehen. Entsprechende Anhaltspunkte sind im Rahmen der Bauleitplanung in diesem Fall nicht gegeben.

### Entwicklungsmöglichkeiten der landwirtschaftlichen Betriebe

Bei der Bauleitplanung sind eine realistische, betriebswirtschaftlich vernünftige Entwicklung benachbarter landwirtschaftlicher Betriebe und die sich daraus ergebenden zusätzlichen Erfordernisse für die Einhaltung von Abständen zu berücksichtigen (§1 Abs. 6 BBauG) ) /8/. Grundsätzlich werden durch die Ausweisung eines Baugebietes bei „Ausschöpfen“ des Immissions(grenz)wertes die Erweiterungsmöglichkeiten der benachbarten Betriebe eingeschränkt.

Die Erweiterungsmöglichkeiten der berücksichtigten Betriebe sind bereits durch vorhandenen Wohnhäuser, an denen der dort heranzuziehende Immissions(grenz)wert überschritten wird, eingeschränkt. Durch die Planungen findet also keine unzulässige Einschränkung der Erweiterungsmöglichkeiten der berücksichtigten Betriebe statt.

## **6. Unterlagen und Literatur**

- /1/ Angaben zur Tierhaltung des Betriebes Strack; Genehmigungsakte.  
Mail der Stadt Papenburg vom 21.9.2020
- /2/ Feststellung und Beurteilung von Geruchsimmissionen (Geruchsimmissions-Richtlinie - GIRL -) in der Fassung vom 29. Februar 2008 mit Begründung und Auslegungshinweisen und Ergänzung vom 10. September 2008  
bzw. als Anhang 7 der TA Luft 2021:  
Erste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft – TA Luft) vom 18. August 2021  
Gemeinsames Ministerialblatt Ausgabe Nr. 48-54/2021, Seite 1050 vom 14. September 2021.
- /3/ VDI 3894 Emissionen und Immissionen aus Tierhaltungsanlagen  
Blatt 2 Methode zur Abstandsbestimmung Geruch, November 2012
- /4/ VDI 3894 Emissionen und Immissionen aus Tierhaltungsanlagen  
Blatt 1: Haltungsverfahren und Emissionen  
September 2011
- /5/ Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2017 (BGBl. I S. 1440), die durch Artikel 1 der Verordnung vom 12. Januar 2021 (BGBl. I S. 69) geändert worden ist.
- /6/ Gemeinsamer Runderlass des MU, des MS, des ML und des MW des Landes Niedersachsen zur Feststellung und Beurteilung von Geruchsimmissionen vom 23.7.2009  
33-40500/201.2  
Ministerialblatt 36/2009
- /7/ Bundes-Immissionsschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. September 2021 (BGBl. I S. 4458) geändert worden ist.
- /8/ Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. August 2020 (BGBl. I S. 1728) geändert worden ist.
- /9/ - /12/ siehe Seite 3 im Anhang 1



## Anhang 1

### Erläuterungen zur Geruchsmessung (Olfaktometrie) und zur Berechnung der Geruchsimmissionen

#### I. Olfaktometrie

Die Messung von Geruch wird als Olfaktometrie bezeichnet. Die Olfaktometrie ist ein sensorisches Messverfahren. Sie setzt die menschliche Nase als "Messgerät" ein. Mit der Olfaktometrie wird die Geruchsstoffkonzentration für die zu untersuchende geruchbeladene Abluft ermittelt. Mit Hilfe des Olfaktometers werden die Verdünnungsfaktoren für die zu untersuchende Abluft bestimmt. Es wird also ermittelt also, mit wie vielen Teilen geruchsneutraler Luft man einen Teil der geruchbeladenen Abluft verdünnen muss, damit für das Gemisch gerade die Geruchsschwelle erreicht wird.

Die Geruchsstoffkonzentration der Abluft einer Quelle wird angegeben in  $\text{GE}/\text{m}^3$  (GE = Geruchseinheit). Die Geruchseinheiten sind der Kehrwert des Verdünnungsverhältnisses.

Aus dieser Definition wird deutlich, dass der Geruchsschwelle  $1 \text{ GE}/\text{m}^3$  entspricht. Werden für eine Quelle z. B.  $100 \text{ GE}/\text{m}^3$  ermittelt, so bedeutet dies, dass 1 Teil der Abluft mit 99 Teilen geruchsfreier Luft vermischt werden muss, damit das Gemisch gerade noch riechbar ist (die Geruchsschwelle erreicht ist).

Die Geruchsstoffkonzentrationen sind unabhängig von den einzelnen Stoffkomponenten des Emittenten. Sie berücksichtigen auch die gegenseitige Beeinflussung der einzelnen Komponenten.

#### II. Messung der Geruchsemissionen

Die Messungen werden mit dem Olfaktometer des Typs TO Evolution durchgeführt. Die Probenahme erfolgt mit Hilfe von geruchsfreien Kunststoffbeuteln. Die Auswertung der Proben findet sofort nach der Probenahme in einem geruchsneutralen Raum statt. Als Riechprobanden werden geeignete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Hauses eingesetzt.

Bei der Auswertung wird das sogenannte Limitverfahren eingesetzt. Bei diesem Verfahren wird dem Probanden eine Messreihe angeboten, die von unterschwelligen Verdünnungsverhältnissen zu überschwelligen Verdünnungsverhältnissen ansteigt. Zwischen den einzelnen angebotenen Verdünnungsverhältnissen bzw. Geruchsstoffkonzentrationen liegt der Faktor 2. Bei jedem Messdurchgang wird dem Probanden zunächst nur die geruchsneutrale, synthetische Verdünnungsluft zum Riechen angeboten. Zu einem späteren Zeitpunkt, der dem Probanden nicht bekannt ist, wird die zu untersuchende geruchbeladene Abluft in dem eingestellten Verdünnungsverhältnis zugemischt. Der Proband wird dann aufgefordert, mitzuteilen, ob er gegenüber der Vergleichsluft eine Geruchsänderung wahrgenommen hat. Sie/er gibt also nur das Urteil "ich rieche" oder "ich rieche nicht" ab. Die Beurteilung der Geruchswahrnehmung, z.B. angenehm oder unangenehm, wird nicht durchgeführt.

Nach jeder Mitteilung des Probanden, sei sie positiv oder negativ ausgefallen, wird die nächste Verdünnungsstufe angeboten. Die Messreihe wird nach zwei aufeinander folgenden positiven Antworten des am ‚schwächsten‘ riechenden Probanden abgebrochen. Der Umschlagspunkt für jeden Probanden liegt zwischen der letzten negativen und der ersten der beiden aufeinander folgenden positiven des Probanden.

Als Messwert für diesen Messdurchgang wird das geometrische Mittel der beiden so ermittelten Geruchsstoffkonzentrationen angesetzt. Das geometrische Mittel ist der arithmetische Mittelwert der Logarithmen der Geruchsstoffkonzentrationen.

Jeder der eingesetzten Riechprobanden führt mindestens drei solche Messdurchgänge aus. Auf diese Weise erhält man eine Reihe von logarithmischen Umschlagspunkten.

Der repräsentative Wert für die Geruchsstoffkonzentration der so ausgewerteten Probe ist der entlogarithmierte arithmetische Mittelwert der Logarithmen der Umschlagspunkte. Dieser Wert wird als  $Z_{50}$  bezeichnet. Probenahme, Auswertung der Proben, Messgeräte und Verfahrenskenngrößen sind in der DIN EN 13725 /9/ beschrieben.

### **III. Verknüpfung von Olfaktometrie und spezieller Ausbreitungsrechnung für Geruch**

#### **Vorgehensweise**

Zur Beurteilung einer Geruchsbelastung müssen umfassende Informationen über die Geruchsimmissionen vorliegen. Das wesentliche Kriterium zur Beurteilung einer Geruchsbelastung ist die Dauer der Geruchseinwirkung als Prozentsatz der Jahresstunden, in denen Geruch am Immissionsort wahrgenommen werden kann.

Solche Informationen lassen sich nur aus der Häufigkeitsverteilung der Geruchsimmissionen ermitteln. Die Berechnung der Häufigkeitsverteilung ist nur mit einem speziellen Ausbreitungsmodell für geruchbeladene Abluft möglich.

Hinweise zu dem hier angewandten Verfahren sind /2/ zu entnehmen.

#### **Ausbreitungsmodell**

Das Ausbreitungsmodell, das in der TA Luft /10/ zur Berechnung von Gasen und Stäuben vorgesehen ist, ist ein Lagrange-Partikelmodell. Dieses Modell ist unter der Bezeichnung AUSTAL verfügbar (ehemals AUSTAL2000) /11/.

AUSTAL ist ein Modell zur Ausbreitung von Spurenstoffen in der Atmosphäre, in dem der Transport der Schadstoffe und die turbulente Diffusion durch einen Zufallsprozess simuliert werden. Es ist ein Episodenmodell, das den zeitlichen Verlauf von Stoffkonzentrationen in einem vorgegebenen Rechengebiet berechnen kann.

Bei einem Lagrange-Partikelmodell erfolgt die Berechnung der Immissionen vereinfacht dargestellt in folgender Weise: Von jeder Emissionsquelle werden eine größere Anzahl Partikel freigesetzt. Der Weg dieser Partikel in der Atmosphäre wird berechnet. Dabei können Einflussfaktoren, die auf die Partikel wirken, berücksichtigt werden. Solche Faktoren sind z.B. Niederschlag, chemische Umwandlung, Gewicht.

Bei den Berechnungen der ‚Bahnen‘ der Teilchen wird die Windrichtung (Windfeld) berücksichtigt, die durch Orographie und Gebäudestrukturen ‚verformt‘ sein kann.

Über das Berechnungsgebiet wird ein räumliches Gitter gelegt. Die in den einzelnen Gitterzellen angekommenen Teilchen werden gezählt. Die Anzahl der Teilchen ist ein Maß für die Verdünnung auf dem Transportweg und damit für die Immissionskonzentration. Zur Berechnung wird als meteorologische Eingangsgröße eine Wetterdatenstatistik (Häufigkeitsverteilung von Windrichtung, Windgeschwindigkeit und Ausbreitungsklasse) benötigt. Diese muss für den Anlagenstandort repräsentativ sein.

Um die für die Geruchbeurteilung erforderlichen Wahrnehmungshäufigkeiten zu berechnen, wurde das Modell AUSTAL2000 um ein entsprechendes Modul (AUSTAL2000G) ergänzt. Das ergänzte Modell wurde am 20.09.2004 in Hannover vorgestellt und als einzig zugelassenes Modell in die GIRL /2/ aufgenommen. Mit der Aufnahme der GIRL in die TA Luft wurde das Ausbreitungsmodell (jetzt AUSTAL) überarbeitet. Nähere Einzelheiten zu dem Modell und der Validierung des Modells sind /12/ zu entnehmen.

## Die 'Geruchsstunde'

Die Bewertung der Erheblichkeit einer Geruchsbelästigung (nur eine erhebliche Belästigung ist eine schädliche Umwelteinwirkung) erfolgt derzeit nur über die Dauer der Geruchseinwirkungen am Immissionsort. Es werden Schranken gesetzt, die in Abhängigkeit von Art und Nutzung des betroffenen Gebietes nicht überschritten werden dürfen. Diese Schranken haben die Dimension 'Prozent der Jahresstunden', d. h. es wird vorgegeben in wie viel Prozent der Jahresstunden Gerüche am Immissionsort auftreten dürfen. Für die Betrachtung nach GIRL /2/ werden die Ergebnisse als gerundete relative Häufigkeiten der Geruchsstunde angegeben.

Darüber hinaus wird festgelegt, dass Stunden mit einem nicht nur vernachlässigbaren Zeitanteil mit Geruchsimmissionen innerhalb der Stunde bei der Summation der Geruchszeiten über das Jahr als volle Stunde zu berücksichtigen sind. Als vernachlässigbarer Zeitanteil werden derzeit Zeitanteile < 10 % (6 min. je Stunde) angesehen. Sobald der Zeitanteil mit Geruchswahrnehmungen innerhalb einer Stunde mindestens 6 Minuten beträgt, wird also die volle Stunde bei der Summation der Zeiten mit Geruchswahrnehmungen über das Jahr berücksichtigt.

## IV. Unterlagen und Literatur

- /9/ DIN EN 13725  
Luftbeschaffenheit – Bestimmung der Geruchsstoffkonzentration mit dynamischer Olfaktometrie. Juli 2003
- /10/ Erste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft - TA Luft -) vom 24.07.2002  
Neufassung 1.12.2021
- /11/ AUSTAL2000  
[www.austal2000.de](http://www.austal2000.de)
- /12/ L. Janicke, U. Janicke Entwicklung des Ausbreitungsmodells Austal2000G  
[www.austal2000.de](http://www.austal2000.de)

**Anhang 2**

**Daten der benachbarten Betriebe**

**nur für den behördeninternen Gebrauch**

# TÜV NORD Umweltschutz

## Anhang 3 Ausgabe-Datei AUSTAL

2022-02-04 07:46:52 -----  
TalServer:D:/Pro-  
jekte\_R/IPG/IPG\_2022/anschlichting/122ipg0xy\_Papenburg/120ipg102\_Papenburg/Aschendorf2202/

Ausbreitungsmodell AUSTAL, Version 3.1.2-WI-x  
Copyright (c) Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau, 2002-2021  
Copyright (c) Ing.-Büro Janicke, Überlingen, 1989-2021

Arbeitsverzeichnis: D:/Pro-  
jekte\_R/IPG/IPG\_2022/anschlichting/122ipg0xy\_Papenburg/120ipg102\_Papenburg/Aschendorf2202

Erstellungsdatum des Programms: 2021-08-09 08:20:41  
Das Programm läuft auf dem Rechner "HH03TNUTS".

```
===== Beginn der Eingabe =====
> ti "Kita"                                'Projekt-Titel
> ux 32387600                             'x-Koordinate des Bezugspunktes
> uy 5879400                              'y-Koordinate des Bezugspunktes
> z0 1.00                                 'Rauigkeitslänge
> qs 2                                    'Qualitätsstufe
> as "F:\Bereiche\UBB\PGU\Wetterdaten\aks-akterm\Oldenburg_9807.aks" 'AKS-Datei
> ha 18.20                                'Anemometerhöhe (m)
> dd 15                                   'Zellengröße (m)
> x0 -160                                 'x-Koordinate der l.u. Ecke des
Gitters
> nx 60                                   'Anzahl Gitterzellen in X-Richtung
> y0 80                                   'y-Koordinate der l.u. Ecke des
Gitters
> ny 58                                   'Anzahl Gitterzellen in Y-Richtung
> xq 316.41      313.92      296.34      250.71      252.00      264.86
116.33      54.93
> yq 297.68      308.82      298.80      290.84      371.69      341.83
789.14      770.32
> hq 0.00      0.00      0.00      1.00      0.00      0.00      0.00
0.00
> aq 25.46      19.25      13.07      13.00      0.00      0.00
24.76      22.62
> bq 28.73      11.17      5.51      13.00      10.00      10.00
26.42      20.49
> cq 9.00      5.00      3.00      0.00      1.50      2.00      3.00
3.00
> wq 14.44      192.45      194.15      0.00      193.52      195.98
201.66      295.64
> dq 0.00      0.00      0.00      0.00      0.00      0.00      0.00
0.00
> vq 0.00      0.00      0.00      0.00      0.00      0.00      0.00
0.00
> tq 0.00      0.00      0.00      0.00      0.00      0.00      0.00
0.00
> lq 0.0000      0.0000      0.0000      0.0000      0.0000      0.0000
0.0000      0.0000
> rq 0.00      0.00      0.00      0.00      0.00      0.00      0.00
0.00
> zq 0.0000      0.0000      0.0000      0.0000      0.0000      0.0000
0.0000      0.0000
> sq 0.00      0.00      0.00      0.00      0.00      0.00      0.00
0.00
```

# TÜV NORD Umweltschutz

```
> odor_050 820.8      218.4      93.5      165      60      0
220      0
> odor_100 0          0          0          0          0      90
0          110
===== Ende der Eingabe =====

Die Höhe hq der Quelle 1 beträgt weniger als 10 m.
Die Höhe hq der Quelle 2 beträgt weniger als 10 m.
Die Höhe hq der Quelle 3 beträgt weniger als 10 m.
Die Höhe hq der Quelle 4 beträgt weniger als 10 m.
Die Höhe hq der Quelle 5 beträgt weniger als 10 m.
Die Höhe hq der Quelle 6 beträgt weniger als 10 m.
Die Höhe hq der Quelle 7 beträgt weniger als 10 m.
Die Höhe hq der Quelle 8 beträgt weniger als 10 m.

===== Übergabe an LASAT 04.02.2022  8:15:47,12 =====

...

2022-02-04 08:15:42 time: [6482.00:00:00,6483.00:00:00]
2022-02-04 08:15:42 time: [6483.00:00:00,6484.00:00:00]
2022-02-04 08:15:42 time: [6484.00:00:00,6485.00:00:00]
2022-02-04 08:15:43 time: [6485.00:00:00,6486.00:00:00]
2022-02-04 08:15:43 time: [6486.00:00:00,6487.00:00:00]
2022-02-04 08:15:43 time: [6487.00:00:00,6488.00:00:00]
2022-02-04 08:15:43 time: [6488.00:00:00,6489.00:00:00]
2022-02-04 08:15:43 time: [6489.00:00:00,6490.00:00:00]
Total Emissions:
    gas.odor :    9.968204e+11 1
    gas.odor_050 :  8.846732e+11 1
    gas.odor_100 :  1.121472e+11 1
2022-02-04 08:15:44 program lasat finished
2022-02-04 08:15:44 =====

===== Konvertieren der Ergebnisse LASAT nach AUSTAL =====

2022-02-04 08:15:46 LOPREP_1.1.10

Auswertung der Ergebnisse für "."
=====

DEP: Jahres-/Langzeitmittel der gesamten Deposition
DRY: Jahres-/Langzeitmittel der trockenen Deposition
WET: Jahres-/Langzeitmittel der nassen Deposition
J00: Jahres-/Langzeitmittel der Konzentration/Geruchsstundenhäufigkeit
Tnn: Höchstes Tagesmittel der Konzentration mit nn Überschreitungen
Snn: Höchstes Stundenmittel der Konzentration mit nn Überschreitungen

Maximalwerte, Geruchsstundenhäufigkeit bei z=1.5 m
-----
ODOR      J00      100.0 %      (+/- 0.00 ) bei x=  253 m, y=  298 m ( 28, 15)
ODOR_050 J00      100.0 %      (+/- 0.00 ) bei x=  253 m, y=  298 m ( 28, 15)
ODOR_100 J00      98.9 %      (+/- 0.00 ) bei x=  268 m, y=  343 m ( 29, 18)
ODOR_MOD J00      99.1 %      (+/- ?    ) bei x=  268 m, y=  343 m ( 29, 18)
=====

=====

Berechnung beendet: 04.02.2022  8:15:47,63
```

**Betreff:** AW: Bebauungsplan Nr. 60 in Aschendorf "Wohn- und Pflegequartier an der Waldseestraße"

**Von:** "Schlichting, Andreas" <aschlichting@tuev-nord.de>

**Datum:** 24.02.2023, 12:49

**An:** Silvia Sandmann <s.sandmann@bfs-werlte.de>

Hallo Frau Sandmann,

ich habe den Einfluss des Schafstalles auf die Geruchsimmissionen im Plangebiet untersucht.

Dabei wurden 100 Jungschafe (überschätzend ganzjährig im Stall) angenommen.

Für die tierartspezifische Bewertung der Geruchsimmissionen ist nach Anhang 7 der TA Luft bei Mutterschafen einschließlich Jungtieren 0,5 anzunehmen.

Darauf wurde hier verzichtet. Der Bewertungsfaktor ist also sicherheitshalber 1,0.

Alle weiteren Ausbreitungsparameter entsprechen denen, die im Gutachten 122IPG047 dargestellt wurden.

Wie Sie der angehängten Abbildung entnehmen können, sind durch den Schafstall keine relevanten Geruchsimmissionen im Bereich des Plangebietes zu erwarten.

Mit freundlichen Grüßen

**Andreas Schlichting**

Sachverständiger

**TÜV NORD Umweltschutz GmbH & Co. KG**

TNUC-NORD

Große Bahnstraße 31  
22525 Hamburg  
Deutschland

**T** +49 40 8557 2891

**E** ASchlichting@tuev-nord.de

**M** +49 160 888 2891

TÜV®

**Von:** Silvia Sandmann <s.sandmann@bfs-werlte.de>

**Gesendet:** Mittwoch, 18. Januar 2023 13:36

**An:** Schlichting, Andreas <aschlichting@tuev-nord.de>

**Betreff:** Bebauungsplan Nr. 60 in Aschendorf "Wohn- und Pflegequartier an der Waldseestraße"

**\*\*WARNING\*\*** This email originates from an external sender. Please be careful when opening links and attachments!

**\*\*ACHTUNG\*\*** Diese E-Mail wurde von einem externen Sender verschickt. Bitte seien Sie vorsichtig beim Öffnen von Internet-Links und Anhängen!

Hallo Herr Schlichting,

wie gestern besprochen, übersende ich Ihnen die Stellungnahme der LWK und den Standort mit dem Schafstall. Wir bräuchten dann eine Stellungnahme dazu, ob die Schafhaltung Auswirkungen auf die Planung hat.

Gruß

Silvia Sandmann

--

BÜRO FÜR STADTPLANUNG  
GIESELMANN UND MÜLLER GMBH  
Raddeweg 8  
49757 Werlte  
Telefon 05951 - 951024  
Telefax 05951 - 951020  
[www.bfs-oldenburg.de](http://www.bfs-oldenburg.de)

**Bereit für mehr Nachhaltigkeit? Gemeinsam mit uns starten Sie durch!**  
**[Hier](#) mehr erfahren.**

---

**Sitz der Gesellschaft:** TÜV NORD Umweltschutz GmbH & Co. KG \* Große Bahnstr. 31 \* 22525 Hamburg  
**Registergericht:** Amtsgericht Hamburg \* HRA 96733 \* USt.-IdNr.: DE 813376373 \* Steuer-Nr.: 27/628/00058  
**Komplementär:** TÜV NORD Umweltschutz Verwaltungsgesellschaft mbH, Hamburg  
**Registergericht:** Amtsgericht Hamburg \* HRB 82195  
**Geschäftsführer:** Dr.-Ing. Peter Heidemann

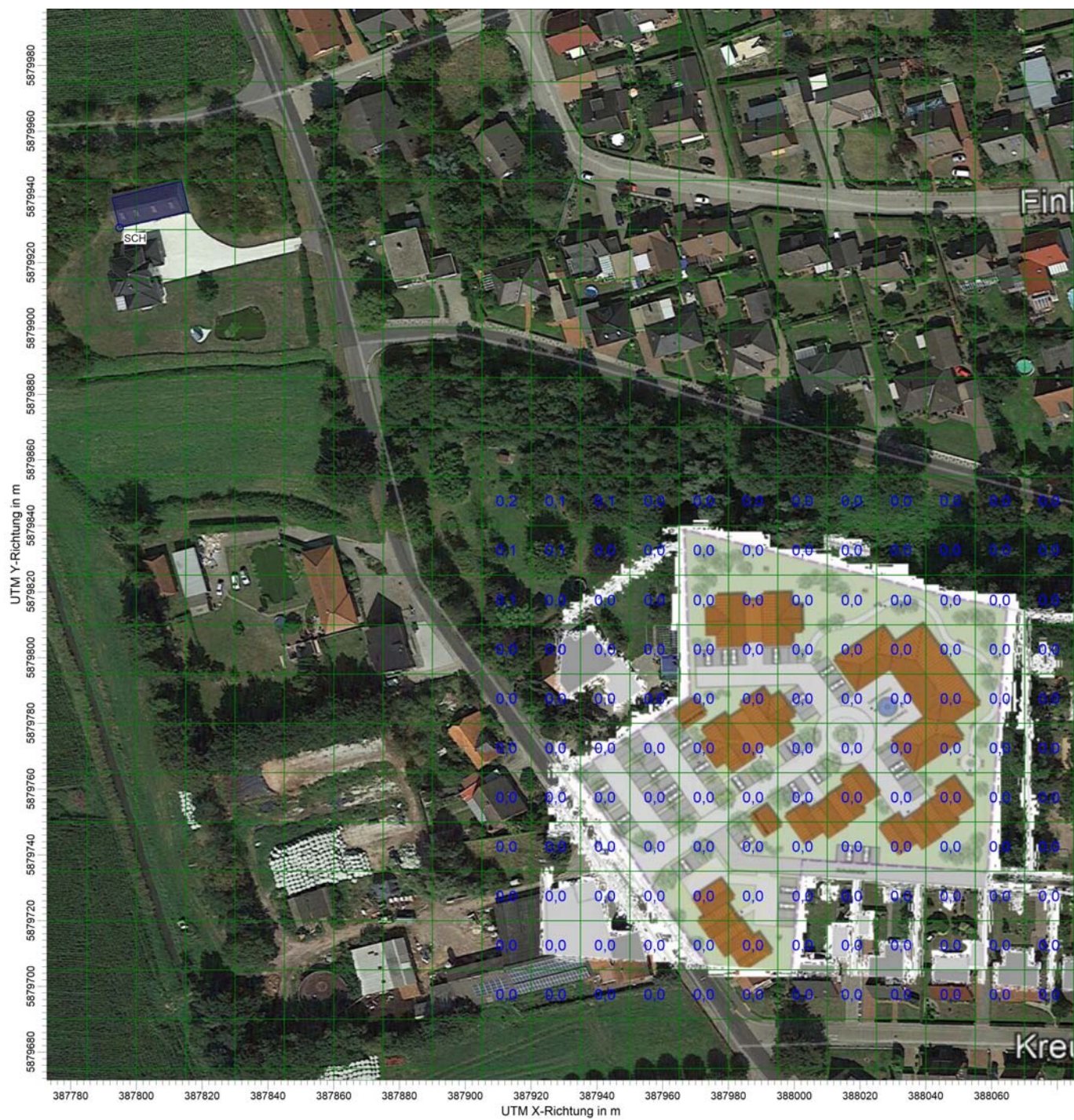
## TÜV NORD GROUP

Please visit our website: [www.tuv-nord.com](http://www.tuv-nord.com) · Besuchen Sie unseren Internetauftritt: [www.tuev-nord.de](http://www.tuev-nord.de)

— nurSCH.JPG —

---





— Anhänge:

nurSCH.JPG

2,3 MB

**Stadt Papenburg  
OT Aschendorf**

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 60  
„Wohn- und Pflegequartier an der Waldseestraße“**

**Artenschutzfachbeitrag  
und  
Untersuchung zur artenschutzrechtlichen Prüfung  
2022**

Im Auftrag von:

**Data Projektbau  
Daniel Kleine  
Große-Kreuz-Straße 17  
49751 Werpeloh**

Bearbeitung:  
Dipl. Biologe  
Christian Wecke  
Garnholterdamm 17  
26655 Westerstede  
Tel.: 0179-9151046

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Anlass und Aufgabenstellung .....</b>	<b>1</b>
<b>2</b>	<b>Lage des Plangebiets und Beschreibung der untersuchten Fläche .....</b>	<b>1</b>
<b>3</b>	<b>Beschreibung der Vorhabenmerkmale und -wirkungen .....</b>	<b>3</b>
<b>4</b>	<b>Methodik.....</b>	<b>4</b>
<b>5</b>	<b>Befund .....</b>	<b>5</b>
<b>5.1</b>	<b>Brutvögel.....</b>	<b>5</b>
<b>5.1.1</b>	<b>Lebensraumbewertung Brutvögel.....</b>	<b>7</b>
<b>5.2</b>	<b>Fledermäuse .....</b>	<b>9</b>
<b>5.2.1</b>	<b>Lebensraumbewertung Fledermäuse.....</b>	<b>10</b>
<b>5.3</b>	<b>Andere artenschutzrechtlich relevante Artengruppen.....</b>	<b>10</b>
<b>6</b>	<b>Rechtliche Grundlagen .....</b>	<b>11</b>
<b>7</b>	<b>Untersuchung zur artenschutzrechtlichen Prüfung.....</b>	<b>14</b>
<b>7.1</b>	<b>Vorprüfung .....</b>	<b>14</b>
<b>7.1.1</b>	<b>Brutvögel.....</b>	<b>14</b>
<b>7.1.2</b>	<b>Fledermäuse .....</b>	<b>15</b>
<b>7.2</b>	<b>Vertiefende Prüfung .....</b>	<b>16</b>
<b>7.2.1</b>	<b>Brutvögel.....</b>	<b>16</b>
<b>7.2.2</b>	<b>Fledermäuse .....</b>	<b>17</b>
<b>8</b>	<b>Fazit und Ergebnis UsaP.....</b>	<b>18</b>
<b>9</b>	<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>19</b>
<b>10</b>	<b>Anhang .....</b>	<b>20</b>

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Lage der Vorhabenfläche im landschaftlichen Raum.....	2
Abbildung 2	Geltungsbereich des VBP 60 .....	2
Abbildung 3	Geltungsbereich des UG VBP 60 .....	6
Abbildung 4	Blick auf die Vorhabenfläche von Süden .....	20
Abbildung 5	Westen der Vorhabenfläche mit Stallgebäuden .....	20
Abbildung 6	Osten der Vorhabenfläche.....	21
Abbildung 7	Gehölze östlich der Vorhabenfläche .....	21
Abbildung 8	Weide im Westen der Vorhabenfläche .....	22

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Wirkfaktoren des Vorhabens .....	4
Tabelle 2:	Erfassungstermine und Witterungsbedingungen .....	5
Tabelle 3:	Brutvogelartenliste des UG VBP 60.....	7
Tabelle 4:	Ermittlung der Punktzahlen nach Behm & Krüger (2013) .....	8
Tabelle 5:	Bewertung der ermittelten Punktzahlen .....	9
Tabelle 6:	Artenspektrum der im UG erfassten Fledermausarten 9	
Tabelle 7	Matrix Bewertung Fledermauslebensräume nach Bach et al. 1999 .....	10
Tabelle 8	Auslösung von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 BNatSchG .....	14

## 1 Anlass und Aufgabenstellung

In der Gemarkung Papenburg ist an der Waldseestraße mit dem Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 60 die Errichtung einer Wohnanlage vorgesehen. Für die Baufeldvorbereitung ist die Entfernung der auf der überplanten Fläche bestehenden Vegetation notwendig. Im Ergebnis einer Beurteilung durch die UNB des Landkreises Emsland können aufgrund der Beeinträchtigung der Habitate auf und um die Vorhabenfläche negative Auswirkungen auf geschützte Tiere, nicht ausgeschlossen werden, so dass die Notwendigkeit einer naturschutzfachlichen Untersuchung besteht. Negative Auswirkungen auf artenschutzrechtlich relevante Pflanzenarten lassen sich aufgrund der Lage und Nutzung der Vorhabenfläche ausschließen. In der hier vorliegenden Arbeit wird das Ergebnis von 4 Begehungen zur Brutvogel- und 4 Begehungen zur Fledermauserfassung dargestellt. Mit der Untersuchung zur artenschutzrechtlichen Prüfung wird eine Prognose gestellt, ob und von welchen Wirkfaktoren des Vorhabens auf welche erfassten oder zu erwartenden Tierarten artenschutzrechtliche Belange berührt werden können. Es wird davon ausgegangen, dass es sich bei der Baumaßnahme um einen nach § 17 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) zulässigen Eingriff handelt.

## 2 Lage des Plangebiets und Beschreibung der untersuchten Fläche

Die Vorhabenfläche liegt an der Waldseestraße westlich des zentralen Ortsgebiets von Aschendorf. Die Lage der Vorhabenfläche ist in Abbildung 1 zu sehen. Die Vorhabenfläche wurde im Zeitraum der Erfassungen als Ackerfläche genutzt (s. Abbildung 4 bis Abbildung 8). Östlich und nördlich der Vorhabenfläche wachsen aufgekommenene Gehölze unterschiedlicher Altersstufen mit einem größeren Anteil an jüngeren Laubbäumen. Die Vorhabenfläche wird im Süden von einem Feldweg begrenzt. Im Westen der Vorhabenfläche liegt eine Weide mit zugehörigen Stallgebäuden (s. Abbildung 8). Auf ihr finden sich randständig ältere Sträucher. Nördlich schließt das Plangebiet an einen ca. 30 m breiten Grünstreifen (Gräser und Staudenflur) an, in dem ein Altbaumbestand vorhanden ist. In diesem Bereich verläuft der Altenkampgraben. Der Bereich wird als ein gemäß BNatSchG geschütztes Biotop geführt.

Auszug aus dem Landschaftsrahmenplan des Landkreis Emsland 2001:

*Dicht mit Hochstauden üppig bewachsener Abschnitt des Altenkampgrabens im Stadtgebiet von Aschendorf. Dominanzbestände bilden Mädesüß und Brennnessel. Aufgelockert wird die Fläche durch einzelne Weiden, Eichen, Erlen und Birken.*

Wenige hundert Meter westlich des UG beginnt das EU-Vogelschutzgebiet V16 (DE2909-401) das Emstal von Lathen bis Papenburg und ebenfalls westlich vom UG der für Brutvögel wertvolle Bereich mit der Kenn-Nr. 2909.2/12 (NLWKN 2010, ergänzt 2013, Status offen), der bis auf ca. 120 m an das UG heranreicht (NLWKN).

Die Betrachtung des Arteninventars von nahegelegenen NSG und FFH- oder Natura-2000-Vogelschutzgebieten, sowie von für Brut- oder Gastvögel wertvollen Bereichen kann im Zusammenhang mit Brückenfunktionen des UG zwischen anderen wertvollen und geschützten Biotopen artenschutzrechtlich relevant sein.

Naturräumlich liegt das Plangebiet in der „Ostfriesisch-Oldenburgische Geest“ und gehört nach der Zuordnung der Rote-Liste-Regionen und Zuordnung zu den biogeographischen Regionen nach FFH-Richtlinie zum Tiefland West (atlantische biogeographische Region). Im Geltungsbereich der betrachteten Fläche befinden sich keine Schutzgebiete oder nach § 30 BNatSchG geschützten Biotope.





Abbildung 1: Lage der Vorhabenfläche im landschaftlichen Raum des Emslands. Quelle Karte: Auszug aus den Geodaten des Landesamtes für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen, © 2023



Abbildung 2 Geltungsbereich des VBP 60 „altersgerechtes Wohnen an der Waldseeerstraße“ Quelle Luftbild: Auszug aus den Geodaten des Landesamtes für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen, © 2022

### **3 Beschreibung der Vorhabenmerkmale und -wirkungen**

Der Bereich, der für die Vorbereitung der Vorhabenfläche vorgesehen ist, betrifft überwiegend den Acker und das Weidegrünland (s. Abbildung 4 und Abbildung 5). Die Vorbereitung des Baufeldes für die geplanten Baumaßnahmen geht mit dem Rückbau eines Stallgebäudes, der Entfernung von Sträuchern, einzelnen Gehölzen und Saumvegetation sowie umfassenden Erdarbeiten einher. Weitere artenschutzrechtlich relevante Eingriffe sind mit dem Vorhaben nicht verbunden.

In der Bau- und Betriebsphase des Vorhabens sind weitere Wirkungen auf geschützte Tiere zu erwarten.

Für die artenschutzrechtliche Prüfung sind nur die Vorhabenmerkmale relevant, von denen Wirkungen auf geschützte Tiere und Pflanzen (als Habitate) ausgehen können.

Im Folgenden werden diese Vorhabenmerkmale und deren Wirkungen auf Tiere und Pflanzen beschrieben und tabellarisch (Tabelle 1: Wirkfaktoren des Vorhabens) dargestellt.

#### Baustelleneinrichtung/-vorbereitung

Für die Baufeldfreimachung erfolgt der Rückbau eines Stallgebäudes, die Entfernung von Vegetation, das Abschieben von Böden sowie die Einrichtung temporärer und dauerhafter Zufahrten.

#### Einsatz von Baumaschinen und Geräten

Die Einrichtung der Baustellen erfordert für die Dauer der Baumaßnahmen (Errichten von Gebäuden und Zuwegungen) den Einsatz von Maschinen (Erdbaugeräte, Transportfahrzeuge, Kräne). Mit deren Einsatz sind bauzeitliche Schallimmissionen und visuelle Wahrnehmungen für die gesamte Dauer der Bauphase verbunden.

#### Gebäude und Zuwegung

Gebäude und Siedlungsflächen erfordern Flächenverbrauch durch Bodenversiegelung und Bebauung. Glasflächen bergen das Risiko von Kollisionen anfliegender Vögel.

#### Betrieb

Der Alltag einer Siedlung verursacht visuelle Reize, stoffliche sowie Schall- und Lichtemissionen. Menschen, Fahrzeuge und Gebäude- sowie Wegebeleuchtung sind für Wildtiere sichtbar und erzeugen Scheueffekte.

In Tabelle 1 sind die Wirkfaktoren des Vorhabens, der Wirkraum und die Wirkdauer dargestellt.

Tabelle 1: Wirkfaktoren des Vorhabens

Vorhabenmerkmal	Vorhabenwirkung	Bereich, Dauer und Zeitraum der Wirkungen
<b>baubedingt</b>		
Einsatz von Baumaschinen und Geräten	Bauzeitliche Schall- und Staubemissionen, visuelle Wahrnehmung	<ul style="list-style-type: none"> <li>im Vorhaben-/Baustellenbereich</li> <li>temporär</li> </ul>
Baustelleneinrichtung	Inanspruchnahme von Flächen und Lebensräumen inkl. Rückbau, Vegetationsentfernung, Bodenverdichtung/ -versiegelung	<ul style="list-style-type: none"> <li>Flächeninanspruchnahme (Lebensraumtypen: einheimische Straucharten, Gras- und Staudenflur, Siedlung)</li> <li>temporär</li> </ul>
<b>anlagebedingt</b>		
Wohngebäude und Verkehrsflächen	Inanspruchnahme von Flächen und Lebensräumen durch Flächenverbrauch	<ul style="list-style-type: none"> <li>im Vorhaben-/Baustellenbereich</li> <li>Lebensrauminanspruchnahme (Lebensraumtypen: einheimische Gehölz- und Straucharten, Gras- und Staudenflur)</li> <li>dauerhaft</li> </ul>
	Kollisionen an Glasflächen	<ul style="list-style-type: none"> <li>im Vorhabenbereich</li> <li>An Gebäuden</li> <li>dauerhaft</li> </ul>
<b>betriebsbedingt</b>		
Alltag einer Siedlung	Schall- und stoffliche Emissionen, visuelle Wahrnehmung (Licht und Bewegungen), Scheuchwirkung durch Anwesenheit von Menschen und Fahrzeugen	<ul style="list-style-type: none"> <li>im Vorhabenbereich und im nahen Umfeld</li> <li>dauerhaft</li> </ul>

#### 4 Methodik

Die **Brutvögel** wurden nach Absprache der UNB Landkreis Emsland in 4 Begehungen in den frühen Morgenstunden zwischen März und Juni 2022 nach den Vorgaben von Südbeck et al. (2005): „Methodenstandards zur Erfassung der Brutvögel Deutschlands“ erfasst (s. Tabelle 2). Die Lage der Brutreviere/Beobachtungen ist als Reviermittelpunkt (möglichst zentraler Punkt im ermittelten Revier) auf der Revierkarte gekennzeichnet (s. Abbildung 3). Die Einteilung in die Kategorien Brutnachweis und Brutverdacht richtet sich nach Südbeck et al. (2005). Nur Nachweise dieser Kategorien werden später als Brutreviere gewertet. Sogenannte Brutzeitfeststellungen, also einmalige Nachweise singender Männchen oder einmalige Sichtungen von einheimischen Arten im UG, reichen in der Regel für eine Einordnung als Brutvogel bzw. für die Eintragung eines Brutreviers nicht aus (Südbeck et al. 2005), sie gelten als nicht bewertbare Brutzeitfeststellungen oder je nach Art des bevorzugten Bruthabitats als Nahrungsgäste und ergänzen die Artenliste. Alle einheimischen Brutvögel sind artenschutzrechtlich relevant, so dass das angetroffene Artenspektrum vollständig erfasst wurde. Dabei wurden die Arten des Anhang I der Vogelschutzrichtlinie (VRL), die gefährdeten Arten der Roten Listen (inkl. Vorwarnliste) von Niedersachsen und Bremen sowie der Roten Liste Deutschlands im gesamten UG punktgenau quantitativ erfasst. Alle weiteren Arten wurden nur in der (gesamten) Vorhabenfläche punktgenau erfasst, sind aber mit ihrer Gesamt-Brutpaaranzahl (des UG-Puffers) in der Brutvogeltabelle aufgeführt (s. Tabelle 3). Die Vogelarten werden in der Brutrevierdarstellung nach den ‚Monitoring häufiger Brutvögel in Deutschland‘, den ‚MhB-Artkürzeln‘ vom Dachverband Deutscher Avifaunisten abgekürzt (s. Tabelle 3, Spalte 1). Der Untersuchungsbereich wurde zudem tagsüber auch auf potenzielle Quartierstätten für baumbewohnende Fledermausarten abgesucht.

Die **Fledermäuse** wurden in 4 Begehungen von Mai bis Juli erfasst (s. Tabelle 2), wobei der Zeitraum in die von deutlich mehr Flugaktivität geprägte erste Nachthälfte gelegt wurde. Nachterfassung von potenziell im oder am Rand des UG brütender Eulen wurden während



des Hochsommers mit der Erfassung von Fledermäusen am selben Datum über die Rufe bettelnder Jungtiere bearbeitet. Die Fledermauserfassung erfolgte mittels eines Ultraschalldetektors (Fa. Petterson D240x, Schweden) und eines automatischen Ultraschall-Aufzeichnungsgeräts (Batlogger M, Fa. Elekon, Schweiz), was eine Speicherung und visuelle Nachbestimmung der aufgenommenen Laute über das vom Hersteller zur Verfügung gestellte PC-Programm BatExplorer (FW 2.2) ermöglicht. Die Darstellung der erfassten Aktivität erfolgt textlich in Bezug auf die vorgefundene Struktur. Die Beurteilung und Bewertung des Fledermausaufkommens wird verbalargumentativ in Bezug auf das Planvorhaben, die bestehende ggf. überplante Habitatstruktur und das erfasste Artenspektrum vorgenommen.

Die Beurteilung und Bewertung des potenziellen Aufkommens weiterer artenschutzrechtlich relevanter Tierarten bzw. -artengruppen und deren Belange in Bezug auf das Planvorhaben wird verbalargumentativ entlang der bestehenden überplanten Habitatstruktur dem in dieser Vorhabenfläche zu erwartenden Tierartenspektrum vorgenommen. Artenschutzrechtliche Relevanz haben neben allen europäischen Brutvögeln alle oder einzelne Arten der Gruppen Säugetiere, Reptilien, Amphibien und Insekten.

Tabelle 2: Erfassungstermine und Witterungsbedingungen

Kartierdurchgang	Datum	Temperatur (°C)	Bewölkung (in Achteln)	Windrichtung	Windstärke (Bft)
BV 1	24.03.2022	8	1	N	1
BV 2	10.04.2022	3	7	W	3
BV 3	22.04.2022	3	7	W	2
BV 4	09.05.2022	5	0	-	0
FM 1	20.05.2022	14	8	W	3
FM 2	10.06.2022	20	7	S	1
FM 3	30.06.2022	23	8	O	2
FM 4	15.07.2022	14	8	SO	2

## 5 Befund

### 5.1 Brutvögel

26 Vogelarten wurden 2022 als Brut- oder Gastvögel im Untersuchungsgebiet festgestellt. 25 Arten davon konnten als Brutvogel (mindestens „Brutverdacht“) bestätigt werden, wovon 6 in einer der Gefährdungskategorien auf der Roten Liste Niedersachsens/Tiefland West bzw. Deutschlands geführt werden oder streng geschützt sind (s. Tabelle 3). Die verorteten Ergebnisse der Brutvogelkartierung sind in Abbildung 3 dargestellt.

Es befanden sich keine erkennbaren Nester von Groß- oder Greifvögeln innerhalb der Vorhabenfläche und dem gesamten UG. Die im Untersuchungsgebiet vorgefundenen Lebensraumtypen sind Gehölzstrukturen in Form von wegesäumenden oder flächigen Gehölzen, Gras- und Staudenflur, Strauchvegetation, Acker und Siedlung.

Die erfassten Brutvögel (mind. Brutverdacht/BV) sind überwiegend überall häufige, anpassungsfähige Vogelarten. Das UG stellt kein Schwerpunktverkommen oder Dichtezentrum dieser überall häufigen (ubiquitären) Arten dar. Die im UG erfassten gefährdeten Brutvogelarten sind der Bluthänfling, die Rauschwalbe und der Star.

Das Arteninventar der nahegelegenen NSG und FFH- oder Natura 2000-Vogelschutzgebiete ergibt keine Übereinstimmung der Lebensraumsprüche mit den im UG vorhandenen Lebensraumtypen. Die dort wertgebenden Brutvögel sind maßgeblich aus der Gilde der Offenlandarten. Das UG erfüllt für diese Arten aufgrund der nahen Gehölze und Gebäude weder Brücken- noch Lebensraumfunktion.

Das Arteninventar der in Kapitel 2 aufgeführten nahegelegenen wertvollen Bereiche und Schutzgebiete für Brutvögel ergibt keine Übereinstimmungen der Lebensraumsprüche

mit den im UG vorhandenen Lebensraumtypen. Die im EU-VS und den für Brutvögel wertvollen Bereichen wertgebenden Brutvögel sind maßgeblich aus der Gilde der Offenlandarten (z.B. Wiesenlimikolen und Feldlerche). Das UG entspricht aufgrund der Nähe zu Bebauung und Gehölzen nicht dem für diese Arten geeigneten Lebensraumtyp und stellt aufgrund der geringen Größe auch keine Brückenfunktion zu anderen Schutzgebieten oder anderen für Brutvögel wertvollen Bereichen dar. Die Nähe zu EU-VS und dem für Brutvögel wertvollen Bereich hat daher artenschutzfachlich keine Auswirkung auf die Konfliktprognose.

In der artenschutzrechtlichen Untersuchung sind Brutvögel weiter zu betrachten.

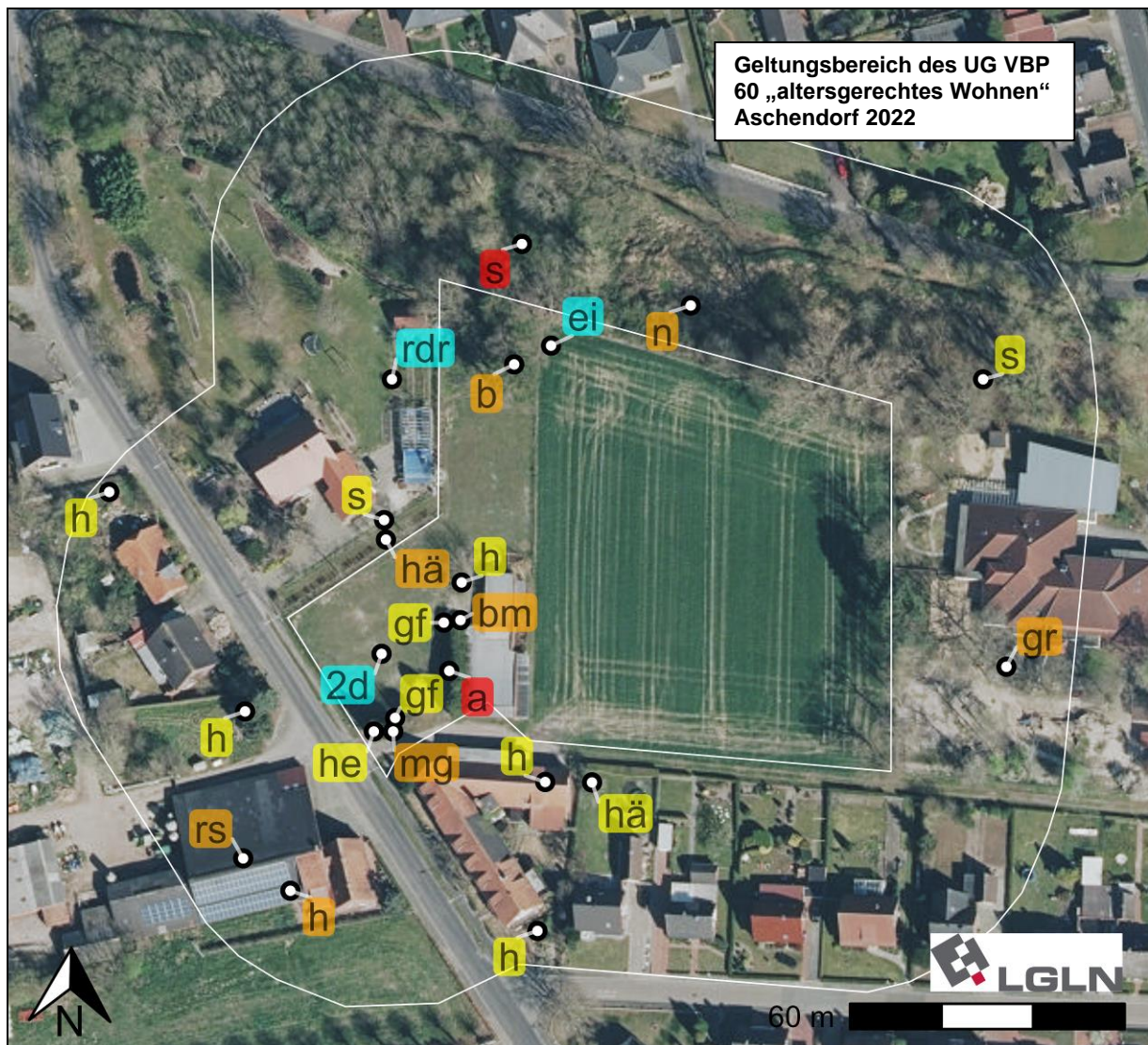


Abbildung 3

Geltungsbereich des UG VBP 60 „Wohn- und Pflegequartier an der Waldseestraße“ 2022 (äußerer Radius um die Vorhabenfläche)  
Brutvogelreviere im Untersuchungsgebiet im 50 m-Radius um die Vorhabenfläche. Quelle Satellitenbild: Auszug aus den Geodaten des Landesamtes für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen, © 2022

Erläuterung:

Darstellung der erfassten Brutreviere in Rot (Brutnachweis) und Orange (Brutverdacht), Brutzeitfeststellungen in Gelb und Nahrungsgäste / Gastvögel in Türkis. Innerhalb der Vorhabenfläche wurden die Brutreviere aller Arten dargestellt, im Puffer nur die der Rote-Liste- Arten (inkl. V) und streng geschützten Arten.

Tabelle 3: Brutvogelartenliste des UG VBP 60 2022

Art	Kürzel	Wiss. Artname	V.-Fläche				Puffer				Puffer- (Strichliste)	Rote Liste Status			BNat SchG	VRL
			G	F	V	N	G	F	V	N		D	NI	TLW		
Amsel	a	<i>Turdus merula</i>	-	-	-	1	-	-	-	-	5	-	-	-	§	-
Blaumeise	bm	<i>Parus caeruleus</i>	-	-	1	-	-	-	-	-	3	-	-	-	§	-
Bluthänfling	hä	<i>Carduelis cannabina</i>	-	-	-	-	-	1	1	-	-	3	3	3	§	-
Buchfink	b	<i>Fringilla coelebs</i>	-	-	1	-	-	-	-	-	1	-	-	-	§	-
Buntspecht	bs	<i>Dendrocopos major</i>	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	§	-
Dohle	d	<i>Coloeus monedula</i>	2	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	§	-
Eichelhäher	ei	<i>Garrulus glandarius</i>	1	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	§	-
Gartenbaumläufer	gb	<i>Certhia brachydactyla</i>	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	§	-
Gartenrotschwanz	gr	<i>Phoenicurus phoenicurus</i>	-	-	-	-	-	-	1	-	-	V	V	V	§	-
Grünfink	gf	<i>Carduelis chloris</i>	-	2	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	§	-
Hausrotschwanz	hr	<i>Phoenicurus ochruros</i>	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	§	-
Haussperling	h	<i>Passer domesticus</i>	-	1	-	-	-	4	1	-	-	-	-	-	§	-
Heckenbraunelle	he	<i>Prunella modularis</i>	-	1	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	§	-
Hohltaube	hot	<i>Columba oenas</i>	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	§	-
Kohlmeise	k	<i>Parus major</i>	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	§	-
Mönchsgrasmücke	mg	<i>Sylvia atricapilla</i>	-	-	1	-	-	-	-	-	2	-	-	-	§	-
Nachtigall	n	<i>Luscinia megarhynchos</i>	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	V	V	§	-
Rauchschwalbe	rs	<i>Hirundo rustica</i>	-	-	-	-	-	-	1	-	-	V	3	3	§	-
Ringeltaube	rt	<i>Columba palumbus</i>	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-	-	-	§	-
Ringdrossel	rdr	<i>Turdus torquatus</i>	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1	-	§	-
Rotkehlchen	r	<i>Erithacus rubecula</i>	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	§	-
Schwanzmeise	sm	<i>Aegithalos caudatus</i>	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	§	-
Star	s	<i>Sturnus vulgaris</i>	-	-	-	-	-	2	-	1	-	3	3	3	§	-
Türkentaube	tt	<i>Streptopelia decaocto</i>	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	§	-
Zaunkönig	z	<i>Troglodytes troglodytes</i>	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-	-	-	§	-
Zilpzalp	zi	<i>Phylloscopus collybita</i>	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	§	-

**Erläuterungen:**

Schutzstatus und Gefährdung der im UG (Geltungsbereich der Bauleitplanung = Vorhabenfläche und zusätzlicher Pufferradius 10) als Gast (grün) oder Brutzeitfeststellung (gelb) erfassten europäischen Vogelarten

hellgrau hervorgehobene Zeilen: Rote-Liste-Status ab Kategorie V und höher. (RL: Krüger & Sandkühler, 2021)

dunkelgrau hervorgehobene Zeilen: wertgebender Revier- und Rote-Liste-Status

**RL - N.:** Rote Liste der in Niedersachsen und Bremen gefährdeten Brutvogelarten (Krüger & Sandkühler 2021), **RL D:** Rote Liste der in Deutschland gefährdeten Brutvogelarten (Ryslavy et al. 2021), **Gefährdungsgrad:** 2 = stark gefährdet, 3 = gefährdet, V = Vorwarnliste, - = ungefährdet. **BNatSchG:** § = besonders geschützte Art gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 13 BNatSchG, §§ = streng geschützte Art gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 14 BNatSchG

## 5.1.1 Lebensraumbewertung Brutvögel

Die Bewertung des Untersuchungsgebiets als Brutvogellebensraum wird angelehnt an das Verfahren von Behm & Krüger (2013) vorgenommen. Die Flächengröße des zu bewertenden Brutvogellebensraums muss nach Behm und Krüger zwischen 80 und 200 ha liegen, um vergleichbare Ergebnisse zu liefern, wodurch sich der untersuchte Raum nicht nach dieser Methode bewerten lässt. Das Ergebnis ist demnach in Anlehnung an diese Bewertungsmethode als Orientierungshilfe zu verstehen.

Bewertet wird das Vorkommen von Arten in den Gefährdungskategorien „vom Aussterben bedroht“ (RL 1), „stark gefährdet“ (RL 2) oder „gefährdet“ (RL 3). Auf Grundlage der Brutre-

vierzahl wird anhand der Tabelle 4 für jede Art eine Punktzahl unter Berücksichtigung der z.T. unterschiedlichen Gefährdungskategorien für die Roten Listen von Deutschland, Niedersachsen und der betreffenden Region ermittelt. Für jede Rote Liste (Deutschland, Niedersachsen, Region Tiefland West in Nds.) werden für alle Vogelarten die ermittelten Punktzahlen addiert. Anschließend wird die Gesamtpunktzahl durch die Größe des zu bewertenden Gebietes in km<sup>2</sup> (Flächenfaktor, sofern < 1km<sup>2</sup> ist als Flächenfaktor der Wert 1 zu verwenden) geteilt. Dieser Punktwert dient zur Einstufung des Gebietes. Für die Ermittlung einer nationalen Bedeutung wird die Rote Liste Deutschlands verwendet, und entsprechend ist für eine landesweite Bedeutung die Rote Liste Niedersachsens maßgeblich. Bei Gebieten geringerer als landesweiter Bedeutung wird die regionale Rote Liste Niedersachsens (hier Tiefland West) herangezogen. Ein Gebiet gilt ab 4 Punkten als lokal, ab 9 Punkten als regional, ab 16 Punkten als landesweit und ab 25 Punkten als national bedeutendes Brutvogelgebiet.

Nach der Ermittlung der Punktezahlen in Tabelle 4, wird in Tabelle 5 die Bewertung des Untersuchungsgebietes durchgeführt. Die Endwerte führen zur Einstufung der Bedeutung als Vogelbrutgebiet. Es gelten folgende Mindestwerte:

- Rote-Liste-Regionen: 4-8 Punkte lokale Bedeutung, ab 9 Punkte regionale Bedeutung.
- Niedersachsen: ab 16 Punkte landesweite Bedeutung
- Deutschland: ab 25 Punkte nationale Bedeutung.

Das Bewertungsergebnis von 4 Punkten (s. Tabelle 5) kann in die Richtung gedeutet werden, dass es sich beim UG um eine Fläche mit allgemeiner Bedeutung für seltene Vogelarten handelt.

Tabelle 4: Ermittlung der Punktzahlen nach Behm & Krüger (2013)

Anzahl Brutreviere	Punkte		
	vom Aussterben bedroht (RL 1)	stark gefährdet (RL 2)	gefährdet (RL 3)
1	10,0	2,0	1,0
2	13,0	3,5	1,8
3	16,0	4,8	2,5
4	19,0	6,0	3,1
5	21,5	7,0	3,6
6	24,0	8,0	4,0
7	26,0	8,8	4,3
8	28,0	9,6	4,6
9	30,0	10,3	4,8
10	32,0	1,0	5,0
jedes weitere Paar	1,5	0,5	0,1

Tabelle 5: Bewertung der ermittelten Punktzahlen über den Flächenfaktor und die Einordnung in die Bedeutungskategorien nach Mindestwerten von Behm und Krüger (2013)

Artname	Anzahl Brutreviere	RL D	RL Nds.	RL Nds. TLW	Punkte <sup>1</sup> D	Punkte <sup>1</sup> N	Punkte <sup>1</sup> TLW
Bluthänfling	1	3	3	3	1	1	1
Rauchschwalbe	1	V	3	3	-	1	1
Star	1	3	3	3	1	1	1
Punktwert <sup>1</sup>					2	3	3
Flächenfaktor					1	1	1
Bedeutung					-	-	-

Erläuterungen: RLN: Rote Liste der in Niedersachsen und Bremen gefährdeten Brutvogelarten (Krüger & Sandkühler, 2021), RL D: Rote Liste der in Deutschland gefährdeten Brutvogelarten (Ryslavý et al. 2021), RL-Nds TLW: Rote Liste Niedersachsen Tiefland West  
Gefährdungsgrad: 1 = vom Aussterben bedroht, 2 = stark gefährdet, 3 = gefährdet <sup>1</sup> = Punkte nach Behm & Krüger (2013)

## 5.2 Fledermäuse

Im Erfassungszeitraum in 2022 konnten 4 Fledermausarten jagend im Untersuchungsgebiet nachgewiesen werden. Dabei konzentrierten sich die Kontakte entlang der Gehölzränder am nördlichen Rand der Vorhabenfläche. Die Jagdaktivität entlang der o.g. Strukturen erreichte regelmäßig geringe Intensität für die Arten Breitflügelfledermaus und Zwergfledermaus. Die übrigen Arten wurden nur unregelmäßig in Einzelkontakten nachgewiesen. Die erfassten Arten sind im ländlichen Kulturräum des nordwestlichen Tieflands weit verbreitet und zum überwiegenden Teil flächendeckend anzutreffen. Es wurden bei den Ausflugskontrollen an Bereichen mit potenziellem Quartierpotenzial (Bäume, Gebäude) keine Hinweise auf in Nutzung befindliche Quartierstandorte von Fledermäusen innerhalb der Vorhabenfläche festgestellt. Der Baumbestand des UG besteht aus Bäumen aller Altersklassen, der Anteil junger Bäume ist dabei vergleichsweise hoch. Alte Habitatbäume mit Schäden, die geeignete Fledermausquartiere darstellen (Fäulnishöhlen, Spechthöhlen), wurden im UG nicht nachgewiesen.

In der artenschutzrechtlichen Untersuchung sind Fledermäuse weiter zu betrachten.

Tabelle 6: Artenspektrum der im UG erfassten Fledermausarten und deren Schutzstatus

Art, Schutzstatus und Artkürzel	Quartiere in	Jagdhabitat
Großer Abendsegler ( <i>Nyctalus noctula</i> ) FFH Anhang IV, Rote Liste D: 3, Nds.: 2	Höhlen in alten, großen Bäumen (Spechthöhlen), Winterquartiere oft in großer Entfernung in großen Baumhöhlen, Spalten an Gebäuden und Brücken oder an der Decke von Höhlen	jagt schnellfliegend hoch und kaum strukturgebunden über Wäldern, Gewässern, Halboffenland
Breitflügelfledermaus ( <i>Eptesicus serotinus</i> ) FFH Anhang IV, Rote Liste D: V, Nds.: 2	Sommer wie Winter in Spalten, in/an Gebäudedächern, Scheunen	jagt großräumig strukturgebunden, Wallhecken, Waldränder, Siedlungen
Zwergfledermaus ( <i>Pipistrellus pipistrellus</i> ) FFH Anhang IV, RL D: -, Nds.: 3	Sommer wie Winter in Spalten, in/an Gebäuden, Scheunen	strukturgebunden, vegetationsnah, oft gewässernah
Rauhautfledermaus ( <i>Pipistrellus nathusii</i> ) FFH Anhang IV, Rote Liste D: G (gefährdete wandernde Art), NDS: 2	Sommerquartiere in Spalten in Bäumen, Spechthöhlen, Fledermauskästen, Winterquartiere in Baumhöhlen, Holzstapeln und Gebäuden	Halboffenland, Siedlungen, strukturgebunden, vegetationsnah

Erläuterungen: Rote Liste BRD Rote Liste und Gesamtartenliste der Säugetiere (Mammalia) Deutschlands (Meinig et al. 2020) Rote Liste NDS Rote Liste der in Niedersachsen und Bremen gefährdeten Säugetierarten (HECKENROTH et al. 1993). Gefährdungskategorien: V = Vorwarnlist, 3 = gefährdet, 2 = stark gefährdet. \* = ungefährdet, G = Gefährdung unbekannten Ausmaßes, D = Datenlage unzureichend

### 5.2.1 Lebensraumbewertung Fledermäuse

Die Artengruppe der Fledermäuse gilt aufgrund von starken Bestandsrückgängen in den letzten Jahrzehnten als stark schutzbedürftig. Alle in Deutschland vorkommenden Fledermausarten sind im Anhang IV der FFH-Richtlinie aufgeführt. Für alle Arten dieses Anhangs müssen besondere Schutzmaßnahmen ergriffen werden. Die Umsetzung der Richtlinie findet sich im Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) durch die Einstufung der Anhang IV-Arten innerhalb der streng geschützten Arten (§ 7 Abs. 2, Nr. 14 b BNatSchG).

Für die Bewertung der Eignung von Flächen als Fledermauslebensraum gibt es bislang keine behördlich etablierte Bewertungsmethode wie das für die Bewertung von Gast- oder Brutvogellebensräumen der Fall ist (vgl. Behm u. Krüger, 2013). Bach u.a. haben 1999 eine Lebensraumbewertung für Fledermäuse entworfen, die im Zusammenhang mit Windanlagenplanung Verwendung fand. Es wird dabei eine verbalargumentative Bewertung angewendet, in die das Artenspektrum, das Aktivitätsaufkommen der angetroffenen Arten und das betrachtete Areal in seiner Eignung als Lebensraum für die angetroffenen Arten einfließen. Auf Grundlage dieser drei Faktoren erfolgt eine Einordnung auf einer dreistufigen Skala von geringer über mittlerer bis zu hoher Bedeutung als Fledermauslebensraum.

Tabelle 7 Matrix Bewertung Fledermauslebensräume nach Bach et al. 1999

Lebensraumbewertung	Kriterien
Fledermauslebensraum hoher Bedeutung	Quartierbefund (Sommer, Winter, Balz) Quartierverdacht ohne Nachweis Regelmäßig beflogene Bereiche und Jagdgebiete von Arten mit hohem Gefährdungsstatus Bereiche hoher bis sehr hoher Aktivitätsdichte
Fledermauslebensraum mittlerer Bedeutung	beflogene Bereiche mittlerer Aktivitätsdichte oder wenigen Kontakten zu einer Art mit hohem Gefährdungsstatus. Bereiche mittlerer Aktivitätsdichte oder wenigen Kontakten zu einer Art mit hohem Gefährdungsstatus.
Fledermauslebensraum geringer Bedeutung	Bereiche geringer Aktivitätsdichte

Nach dieser Bewertungsmatrix wird der **Vorhabenfläche und dem gesamten UG eine geringe Bedeutung** für Fledermäuse zugewiesen. Es wurden während der Ausflugkontrollen keine Hinweise auf Quartierstandorte baumbewohnender Fledermäuse festgestellt oder besonders gefährdete Arten erfasst. Die Eignung der überplanten Gehölzanteile der Vorhabenfläche als Quartierstätte für baumbewohnende Fledermausarten ist nicht gegeben und eine Nutzung durch baumbewohnenden Arten unwahrscheinlich. Das vom Vorhaben überplante Stallgebäude hat ein allgemeines Potenzial, für gebäudebewohnenden Fledermausarten in Spalten Quartiergelegenheit zu bieten.

### 5.3 Andere artenschutzrechtlich relevante Artengruppen

Bei der Artengruppe der **Säuger** (außer den Fledermäusen) lässt sich aufgrund von Verbreitungsdaten (BfN) und Habitatansprüchen ein Vorkommen von gemeinschaftsrechtlich geschützten Arten im UG oder im Wirkbereich der Vorhabenfläche ausschließen.

Bei der Artengruppe der **Reptilien** deckt der Verbreitungs-Großraum der in Deutschland weit verbreiteten FFH-Anhang-4-Art Zauneidechse (*Lacerta agilis*) auch die Vorhabenfläche ab. In detaillierter Darstellung der Verbreitung (BfN) sind für den relevanten TK-25-Quadranten keine Nachweise von 1990-2014 erfolgt. Die Art bevorzugt trockene Bereiche mit Mosaiken aus Offenboden, Versteckmöglichkeiten und niedriger Vegetation (Heideflächen) oder z.B. Gleisbetten als sekundären Lebensraum. Aufgrund der im UG gegebenen Habitatstrukturen und der vorherrschenden landwirtschaftlichen Nutzung im unbebauten Teil des UG lässt sich ein Vorkommen auch in den Säumen und damit eine Notwendigkeit der artenschutzrechtlichen Betrachtung ausschließen.

Bei der Artengruppe der **Amphibien** lässt sich aufgrund der Habitatansprüche für gemeinschaftsrechtlich geschützte Arten (FFH-Anhang IV-Arten) ein Vorkommen im UG oder im Wirkungsbereich der Vorhabenfläche ausschließen. Der Altenkampgraben bietet diesen Arten kein geeignetes Reproduktionsgewässer. Die dort zu erwartenden überall häufigen Amphibienarten (Grasfrosch, Erdkröte, Teichmolch und Teichfrosch) erfordern keine artenschutzrechtliche Befassung. Die Distanz zur Vorhabenfläche ist zudem groß genug, um Effekte durch Vorhabenwirkungen auf dort lebende Individuen dieser Gruppe ausschließen zu können.

Bei der Artengruppe der **Insekten** lässt sich aufgrund von Verbreitungsdaten (BfN) und Habitatansprüchen ein Vorkommen im UG oder im Wirkungsbereich der Vorhabenfläche ausschließen. Alle Insektenarten des Anhang 4 der FFH-Richtlinie, die in Niedersachsen verbreitet sind, sind auf spezielle Habitate wie z.B. Trockenrasen, Uraltbäume oder ursprüngliche und saubere Gewässer mit besonderer Wasserqualität angewiesen, die im UG nicht vorkommen.

Aufgrund der Lage der Vorhabenfläche im geographischen Raum und der im UG gegebenen Habitatstrukturen lässt sich ein Vorkommen und damit eine Notwendigkeit der artenschutzrechtlichen Betrachtung weiterer relevanter Artengruppen neben den Brutvögeln und Fledermäusen ausschließen.

## 6 Rechtliche Grundlagen

### Artenschutzrechtliche Verbote

Die planungsrelevanten speziellen artenschutzrechtlichen Verbote sind in § 44 Abs. 1 BNatSchG formuliert. Danach ist es verboten:

1. wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen, zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören;
2. wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs-, und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand einer lokalen Population einer Art verschlechtert;
3. Fortpflanzungs- und Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören;
4. wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.

Nach § 44 Abs. 5 BNatSchG gelten unter bestimmten Voraussetzungen Einschränkungen der speziellen artenschutzrechtlichen Verbote:

Für nach § 15 BNatSchG zulässige Eingriffe in Natur und Landschaft sowie für Vorhaben im Sinne des § 18 Absatz 2 Satz 1, die nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässig sind, gelten für die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote folgende Maßgaben: Sind in Anhang IV a der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführte Tierarten, europäische Vogelarten oder solche Arten betroffen, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Absatz 1 Nummer 2 aufgeführt sind, liegt ein Verstoß gegen das Verbot des Absatzes 1 Nr. 3 und im Hinblick auf damit verbundene unvermeidbare Beeinträchtigungen wild lebender Tiere auch gegen das Verbot des Absatzes 1 Nr. 1 nicht vor, soweit die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird. Falls erforderlich, können auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt werden. Für Standorte wild lebender Pflanzen der in Anhang IVb der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführten Arten gelten diese Maßgaben entsprechend. Sind andere besonders geschützte Arten betroffen, liegt bei Handlungen zur Durch-



führung eines Eingriffs oder Vorhabens kein Verstoß gegen die Zugriffs-, Besitz- oder Vermarktungsverbote vor.

### Anwendungsbereich

Die Regelungen des Bundesnaturschutzgesetzes zum Artenschutz unterscheiden zwischen besonders geschützten Arten und streng geschützten Arten. Alle streng geschützten Arten sind zugleich als deren Teilmenge auch besonders geschützte Arten. Welche Arten zu den besonders geschützten Tier- und Pflanzenarten bzw. den streng geschützten Arten zählen, ist in § 7 Abs. 2 Nr. 13 und 14 BNatSchG bzw. der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV 2005), Anlage 1 Spalte 2 und 3 geregelt:

- **streng geschützte Arten:** Arten, die in Anhang A der Verordnung (EG) Nr. 338/97 des Rates vom 9. Dezember 1996 über den Schutz von Exemplaren wild lebender Tier- und Pflanzenarten durch Überwachung des Handels (EG Handel-Verordnung 1996), in Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG (Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie - FFH-RL) genannt sind sowie die Arten nach Anlage 1, Spalte 3 der BArtSchV.
- **besonders geschützte Arten:** Tier- und Pflanzenarten, die in Anhang A oder Anhang B der Verordnung (EG) Nr. 338/97 aufgeführt sind, die europäischen Vogelarten im Sinne des Artikels 1 der Vogelschutzrichtlinie (VS-RL), die Arten nach Anlage 1, Spalte 2 der BArtSchV sowie die streng geschützten Arten (s.o.).

In § 44 Abs. 5 BNatSchG wird der Anwendungsbereich der Verbotstatbestände für nach § 17 BNatSchG zugelassene Eingriffe sowie nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässige Vorhaben im Sinne des § 18 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG auf europäische Vogelarten, Arten des Anhangs IV FFH-RL sowie solche Arten eingeschränkt, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG<sup>1</sup> aufgeführt sind. Zudem liegt danach kein Verstoß gegen § 44 Abs. 3 BNatSchG vor, soweit die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten – ggf. unter Hinzuziehung vorgezogener Ausgleichsmaßnahmen – im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird.

### Ausnahme- und Befreiungsmöglichkeiten

Sofern Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 BNatSchG einschlägig oder deren Einschlägigkeit nicht sicher auszuschließen sind, wird für diese jeweils untersucht, ob die Voraussetzungen nach § 45 Abs. 7 BNatSchG vorliegen. Im Folgenden sind das Fehlen einer zumutbaren Alternative, die Aufrechterhaltung des (günstigen) Erhaltungszustands einer Art sowie zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses.

### Ergänzung zum Tötungsverbot

Bei der Feststellung, ob § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötungsverbot) einschlägig ist, ist zu beantworten, ob es durch das geplante Vorhaben zu einem signifikant erhöhten Tötungsrisiko für die untersuchungsrelevanten Arten kommt. Die Prognose einer vorhabenbedingt erhöhten Mortalität erfolgt einzelfallbezogen anhand der Vorhabenauswirkungen und der betrachteten geschützten Arten und ihrer Ökologie.

BMVI (2020, S. 27, 28) formuliert dazu wie folgt: *„Das Tötungsverbot ist grundsätzlich individuenbezogen. Dennoch stellt nicht jede mögliche Verletzung oder Tötung eines geschützten Tieres eine Verbotsverletzung dar. Sofern alle zumutbaren Maßnahmen zur Vermeidung von Individuenverlusten umgesetzt werden, wird das Tötungsverbot durch ein Vorhaben nur dann verletzt, wenn sich das Tötungs- und Verletzungsrisiko über das ohnehin bestehende allgemeine Lebensrisiko des Tieres hinaus signifikant erhöht. (...) Von einer Erhöhung „in signifikanter Weise“ kann in der Regel ausgegangen werden, sofern es um Tie-*

---

<sup>1</sup> Eine Rechtsverordnung liegt bisher nicht vor.



*re solcher Arten geht, die aufgrund ihrer Verhaltensweisen gerade im Bereich des Vorhabens ungewöhnlich stark von den Risiken des vorhabenbedingt entstehenden Betriebs oder von den Baumaßnahmen betroffen sind [z.B. durch bedeutende Wanderwege, traditionelle Flugstrecken oder anderweitig bedeutende Vorkommen empfindlicher Arten (z.B. essentielle Nahrungsgebiete) im vorhabenbedingten Wirkungsbereich] und sich diese besonderen Risiken durch die konkrete Ausgestaltung des Vorhabens einschließlich geplanter Vermeidungsmaßnahmen nicht beherrschen lassen.“*

### **Ergänzung zum Störungsverbot**

Mit den Urteilen des EuGH vom 04.03.2021 in der Rechtssache Skydda Skogen (C-473/19 und C-474/19) entstanden nationalrechtliche Unsicherheiten bei der Anwendung des § 44 BNatSchG. Der EuGH widerspricht in diesen Urteilen der rein populations- und erhaltungszustandsbezogenen Betrachtungsweise des BNatSchG in Bezug auf das Störungsverbot (Zugriffsverbot Nr. 2) in Bezug auf Anhang IV-Arten. Demnach kann das Störungsverbot für Anhang IV-Arten bereits im Einzelfall erfüllt sein, wenn ein einzelnes Individuum einer Art gestört wird, auch wenn keine Auswirkungen auf die lokale Population der Art bzw. den Erhaltungszustand zu erwarten sind. Für alle weiteren europäischen Vogelarten wird hingegen angenommen, dass die bisherige Rechtspraxis weiterhin gilt und der Erhaltungszustand der lokalen Population Prüfmaßstab ist 2.

Analog der Prüfpraxis zum Tötungsverbot wird auch für das Störungsverbot nachfolgend eine Relevanzschwelle angenommen, an der das Eintreten des Verbotstatbestands für Anhang IV-Arten gemessen wird. Die Schwelle wird überschritten, wenn es zu einer signifikanten Erhöhung des vorhandenen sozialadäquaten Risikos kommt, gestört zu werden. Im Folgenden wird jede Tätigkeit, welche zu einer Verringerung der Fitness (Verringerung der Überlebenschancen, des Fortpflanzungserfolgs oder der Fortpflanzungsfähigkeit) eines Individuums einer Anhang IV-Art

führt, als tatbeständig im Sinne der EU-Kommission (2021, S. 31 ff.) und damit in diesem Gutachten vorsorglich als „erhebliche Störung“ definiert.

Im Rahmen des vorliegenden Gutachtens erfolgt zunächst hilfsweise eine individuenbezogene Sachverhaltsermittlung (Konfliktbeschreibung) und -bewertung. In einem zweiten Schritt erfolgt ergänzend gemäß der geltenden Anforderungen des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG die Konfliktbewertung auf der Ebene der „lokalen Population“ der betroffenen Art.

### **Ergänzungen zum Schutz von Lebensstätten**

In welchem Fall eine Fortpflanzungs- und Ruhestätte dem Schutz des Art. 12 Abs. 1 lit. D FFH-RL bzw. in Umsetzung dessen § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG unterliegt, liegt eine Gerichtsentscheidung des EuGH vor (Rechtsache C-357/20 vom 28.10.2021) vor. Danach ist auch von einem Eintreten des Verbotstatbestands auszugehen, wenn die Zerstörung eine zwar aktuell nicht genutzten Fortpflanzungs- und Ruhestätte betrifft, jedoch aber eine „*hinreichend hohe Wahrscheinlichkeit*“ besteht, dass die Art an diese Ruhestätte zurückkehrt (Rn. 43 des Urteils).

---

2 Dazu führt Lau (2021, S. 462) wie folgt aus: „Da sich der EuGH im Urteil vom 4. 3. 2021 lediglich zu Art. 12 FFH-RL äußerte, können dem Urteil zunächst auch nur Aussagen zum Schutz der in Anhang IV der FFH-Richtlinie gelisteten Arten entnommen werden. In Bezug auf die europäischen Vogelarten fehlt es hingegen nicht nur aufgrund fehlender Einlassungen des EuGH hierzu an jeglichen Anhaltspunkten für einen Individuenbezug des Störungsverbots. Verboten doch Art. 5 lit. d) VRL die Störung von Vögeln nur, sofern sich diese Störung auf die Zielsetzung dieser Richtlinie erheblich auswirkt.“

## 7 Untersuchung zur artenschutzrechtlichen Prüfung

Im Ergebnis der Begehungen und Potenzialabschätzung sind Brutvögel und Fledermäuse im Rahmen der UsaP zu betrachten. Im Folgenden wird geprüft, inwiefern die Vorhabenwirkungen Verbote nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 i.V.m. 44 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG auf die prüfungsrelevanten Arten auslösen können.

### 7.1 Vorprüfung

Die nachfolgende Tabelle führt auf, welche Vorhabenwirkungen Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG auf welche Arten auslösen können.

Tabelle 8 Auslösung von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 BNatSchG

Art/ Artengruppe	Vorhabenwirkungen und Verbotstatbestände - baubedingt		
	bauzeitliche Schallimmissionen, visuelle Wahrnehmung	Inanspruchnahme von Flächen und Lebensräumen	
	§ 44 Abs. 1 Nr. 2 (Störung)	§ 44 Abs. 1 Nr. 1 (Tötung)	§ 44 Abs. 1 Nr. 3 (Lebensstättenverlust)
Brutvögel (§ und §§)	ja	ja	ja
Fledermäuse (§§)	nein	ja	ja
	Vorhabenwirkungen und Verbotstatbestände - anlagebedingt		
	visuelle Wahrnehmung	Inanspruchnahme von Flächen und Lebensräumen	
	§ 44 Abs. 1 Nr. 2 (Störung)	§ 44 Abs. 1 Nr. 1 (Tötung)	§ 44 Abs. 1 Nr. 3 (Lebensstättenverlust)
Brutvögel (§ und §§)	ja	ja	nein
Fledermäuse (§§)	nein	nein	nein
	Vorhabenwirkungen und Verbotstatbestände - betriebsbedingt		
	Schallimmissionen, visuelle Wahrnehmung		
	§ 44 Abs. 1 Nr. 2 (Störung)	§ 44 Abs. 1 Nr. 1 (Tötung)	§ 44 Abs. 1 Nr. 3 (Lebensstättenverlust)
Brutvögel (§ und §§)	ja	nein	ja
Fledermäuse (§§)	ja	nein	ja

Erläuterung: Art/Artengruppe: § = besonders geschützte Art gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 13 BNatSchG, §§ = Streng geschützte Art gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 14 BNatSchG

#### 7.1.1 Brutvögel

Gegenstand der artenschutzrechtlichen Prüfung sind alle europäischen (wildlebenden, heimischen) Vogelarten. Da bei den überwiegend angetroffenen euryöken, landes- und bundesweit ungefährdeten und ubiquitären Arten wie z.B. Amsel, Buchfink, Blaumeise oder Zilpzalp keine populationsrelevanten Beeinträchtigungen zu erwarten sind, ist es in der Planungspraxis üblich, diese Arten nur im Hinblick auf § 44 BNatSchG Abs. 1 Nr. 1 (Tötung) in der artenschutzrechtlichen Prüfung weiter zu betrachten (vgl. Kap. 6). In Bezug auf § 44 BNatSchG Abs. 1 Nr. 2 (Störung) und § 44 BNatSchG Abs. 1 Nr. 3 (Verlust von Fortpflanzungsstätten) finden Auswirkungen auf diese sogenannten Allerweltsarten über Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung hinreichend Berücksichtigung (BMVBS 2009).

Der Vorhabenfläche selbst kommt keine besondere Bedeutung für Brutvögel zu (s. Kap. 5.1). Störungsempfindliche Offenbrüter wie der Kiebitz oder die Feldlerche wurden auf dem Acker nicht nachgewiesen. Der überwiegende Teil der in/an der Vorhabenfläche erfassten Arten - auch die in einer der Gefährdungskategorien geführten Arten Bluthänfling, Rauchschwalbe und Star sind weit verbreitet und bei geeignetem Habitat häufig. Rauchschwalbe und Star sind sog. Kulturfolger, die sich oft in und an Gebäudestrukturen oder in der Nähe Menschlicher Siedlungen ihre Niststätten suchen. Unabhängig des Rote-Liste-Status stellt die für das geplante Vorhaben notwendige Baufeldräumung innerhalb der Vorhabenfläche eine erhebliche Beeinträchtigung im Sinne der Eingriffsregelung für alle dort vorkommenden Brutvogelarten dar. Vögel (besonders Eier und Jungtiere), die sich in Nestern befinden, können bei den Arbeiten zur Baufeldvorbereitung verletzt oder getötet werden, wodurch ein Verbotstatbestand nach den Zugriffsverboten des § 44 BNatSchG zutrifft. Baubedingte Störungen durch Schallimmissionen und visuelle Wahrnehmung sind aufgrund der Vorbelastung durch Immissionen benachbarter Siedlungsteile der Vorhabenfläche nicht zu erwarten. Glasflächen an Gebäuden bergen das Risiko von Vogelanflug insbesondere an Glasflächen in Durchsicht-Konstellation wie Wintergärten, Windfängen und dergleichen. Weiterhin entsteht durch die dauerhafte Inanspruchnahme von Lebensräumen durch die Baufeldvorbereitung und anschließende Bebauung ein Verlust von Lebensstätten im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG.

Die Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 und 3 BNatSchG sind unter Einbeziehung von Vermeidungsmaßnahmen und vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen näher zu betrachten.

### **7.1.2 Fledermäuse**

Eine allgemeine Eignung als Fledermauslebensraum innerhalb der Vorhabenfläche und UG zeigt sich durch gering ausgeprägtes Jagdgeschehen entlang von längsausgedehnten Gehölzen. Quartierpotenzial wurde innerhalb der überwiegend jungen Gehölzbestand nicht nachgewiesen, es lässt sich aber eine Nutzung von Quartieren in Gehölzen und im von Rückbau betroffenen Gebäude nicht ausschließen. Auch wenn sich im Rahmen der Fledermauserfassung kein Hinweis auf eine Quartiernutzung ergab, lässt sich eine (temporäre) Nutzung im Jahresverlauf nicht ausschließen. Die mit Gebäuderückbau und Gehölzentfernung einhergehende Baufeldvorbereitung stellt damit potenziell eine erhebliche Beeinträchtigung im Sinne der Eingriffsregelung für die erfassten Fledermausarten dar. Die für Vögel aufgeführten Kriterien zur Beurteilung von Beeinträchtigungen sind prinzipiell auch für Fledermäuse anwendbar. Eine erhebliche Beeinträchtigung liegt nach Breuer (1994) dann vor, wenn ein Quartier, ein Nahrungsgebiet oder eine Flugstraße von den Fledermäusen nicht mehr in dem Maße genutzt werden kann, wie dies ohne die Umsetzung des Vorhabens der Fall wäre. Auch gilt dieser Grundsatz nicht nur „in Bereichen besonderer Bedeutung“ (Lebensraum hoher Bedeutung), sondern auch in „Bereichen mit allgemeinerer Bedeutung, wenn die Beeinträchtigung nicht nur kurzzeitig ist“ (Lebensraum mittlerer Bedeutung). Ein Verlust von Lebensstätten nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG durch Flächenverbrauch und Gebäuderückbau ist daher nicht auszuschließen. Dies betrifft ebenso die vorhabenbedingte Tötung im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG, da diese in Bezug auf die Vorhabenwirkungen besonders im Bereich von Quartieren eintreten kann.

Von einer erheblichen Störung durch Schall- und Lichtimmissionen in der Baufeldvorbereitung und der „Betriebszeit“ der geplanten Wohngebäude ist nicht auszugehen, weil die Arbeiten in der Regel tagsüber stattfinden und die Fledermausaktivität im UG zum einen gering ausgeprägt und zum anderen zu erheblichem Teil von zwei gebäudebewohnenden, kulturfolgenden Arten (Breitflügel- und Zwergfledermaus) verursacht wurde. Die Nähe der Vorhabenfläche zu der bestehenden Siedlungsbebauung sorgt zudem für eine Vorbelastung bzw. Gewöhnung der im UG lebenden Individuen.

Die Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 und 3 BNatSchG sind unter Einbeziehung von Vermeidungsmaßnahmen und Ausgleichsmaßnahmen näher zu betrachten.

## **7.2 Vertiefende Prüfung**

Die Vorprüfung hat ergeben, dass artenschutzrechtliche Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG für Brutvögel zu prüfen sind.

### **7.2.1 Brutvögel**

#### **Verbotstatbestand nach § 44 Abs 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötung)**

Betrachtungsrelevant sind Verluste von Elterntieren, Eiern oder nicht flüggen Jungvögeln während der Baufeldräumung innerhalb des Strauch und Baumbestandes sowie der Ackerfläche und des Stallgebäudes, wenn diese während der Brutzeit der vorkommenden Vogelarten durchgeführt werden. Durch eine Bauzeitenbeschränkung und/oder ökologische Baubegleitung lassen sich Tötungen vermeiden.

Des weiteren besteht das Risiko von Kollisionen durch Vogelanflug an Glasflächen.

Die Erfüllung von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG wird unter Berücksichtigung der Maßnahme zur Vermeidung bzw. Verminderung der Auswirkungen ausgeschlossen.

#### Maßnahmen zur Vermeidung der Verbotstatbestände gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG

Zur Vermeidung der Erfüllung des Verbotstatbestandes gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötung) werden folgende Maßnahmen notwendig:

- Die Baufeldräumung und Vegetationsentfernung hat außerhalb des Zeitraumes 1. März bis zum 31. September (Allgemeiner Schutz wildlebender Tiere und Pflanzen gem. § 39 BNatSchG) zu erfolgen (Bauzeitenbeschränkung).
- Erfolgen die Baufeldräumung und Vegetationsentfernung während der Brutzeit, hat vor Beginn der Arbeiten zur Vermeidung der Erfüllung des Verbotstatbestandes gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötung) für potenziell brütende Vogelarten eine Überprüfung auf Nester bzw. nistende Brutvögel im Vorhabenbereich durch eine ökologische Baubegleitung zu erfolgen.
- Glasscheiben in Durchsichtkonstellation müssen mit Schutzbeklebungen versehen werden, um Vogelanflug und damit die Erfüllung des Verbotstatbestandes gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötung) weitestgehend zu verringern.

#### **Verbotstatbestand nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 (Störung)**

Bei euryöken, landes- und bundesweit ungefährdeten und ubiquitären Arten, wie z.B. Amsel, Mönchsgrasmücke und Zilpzalp sind vorhabenbedingt keine populationsrelevanten Beeinträchtigungen zu erwarten. Auch die gefährdeten Arten Bluthänfling, Rauchschwalbe und Star sind Immissionen einer Siedlung gegenüber tolerant, wodurch Störungsbedingte Verluste von Lebensräumen auszuschließen sind.

Unter Berücksichtigung der bereits vorhandenen Vorbelastung in Form der Immissionskulisse durch die Siedlung sind keine populationsrelevanten Auswirkungen zu erwarten. Ein Unterlaufen der Fluchtdistanzen ist bei den im UG erfassten Brutvogelarten nicht zu erwarten.

Die Erfüllung von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG wird ausgeschlossen.

### **Verbotstatbestand nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG (Lebensstättenverlust)**

Für die im UG erfassten Brutvogelarten, die in einer der Gefährdungskategorien gelistet sind und für alle weiteren, nicht gefährdeten Arten ändert sich die Habitatstruktur nicht in dem Maß, dass von populationsrelevanten Lebens- und Vermehrungsstättenverlust ausgegangen werden muss. Auch Scheueffekte, die in der Bau- oder Betriebsphase zu erwarten sind, können Bereiche für Vögel als Lebensraum entwerten. Sie erreichen im hier betrachteten UG durch die Vorbelastung (Gewöhnung) allerdings keine populationsrelevante Erheblichkeit beim erfassten Artenkorb.

Die Erfüllung von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG wird ausgeschlossen.

## **7.2.2 Fledermäuse**

### **Verbotstatbestand nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötung)**

Betrachtungsrelevant sind Verluste von Individuen in Quartieren während der Baufeldräumung innerhalb der Gehölze und der Stallgebäude, wenn diese innerhalb der Hauptaktivitätszeit der Baumbewohnenden Fledermausarten durchgeführt werden. Durch eine Bauzeitenbeschränkung und/oder ökologische Baubegleitung lassen sich Tötungen vermeiden. Die Erfüllung von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG wird unter Berücksichtigung der Maßnahmen zur Vermeidung bzw. Verminderung der Auswirkungen ausgeschlossen.

Maßnahmen zur Vermeidung des Verbotstatbestandes gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötung) :

- Die Baufeldräumung und der Gebäudeabriss hat außerhalb des Zeitraumes 1. März bis zum 30. September (Allgemeiner Schutz wildlebender Tiere und Pflanzen gem. § 39 BNatSchG) zu erfolgen (Bauzeitenbeschränkung).
- Erfolgen die Baufeldvorbereitung und Vegetationsentfernung während der Hauptaktivitätszeit der Fledermäuse, hat vor Beginn der Arbeiten zur Vermeidung der Erfüllung des Verbotstatbestandes gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötung) für in Quartieren befindliche Individuen eine Überprüfung von Bäumen und Gebäuden im Vorhabenbereich durch eine ökologische Baubegleitung zu erfolgen.

### **Verbotstatbestand nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 (Störung)**

Es sind für alle Arten keine populationsrelevanten Beeinträchtigungen durch bau- und betriebsbedingte Vorhabenwirkungen zu erwarten, da Emissionen wie Licht und Schall der Bau und Betriebsphase nur tagsüber entstehen.

Eine erhebliche Beeinträchtigung liegt nur dann vor, wenn ein Quartier, ein Nahrungsgebiet oder eine Flugstraße von den Fledermäusen nicht mehr in dem Maße genutzt werden kann, wie dies ohne das geplante Vorhaben der Fall wäre. Mit Blick auf die Vorbelastung durch die bestehende Siedlung, ist nicht von einer erheblichen Beeinträchtigung auszugehen. Auch eine Gebäude- oder Wegebeleuchtung des geplanten Gebäudekomplexes ist durch die bestehende Vorbelastung durch die die Vorhabenfläche umgebende Siedlung nicht als erhebliche Beeinträchtigung im Vergleich zum Ist-Zustand zu bezeichnen.

### **Verbotstatbestand nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG (Lebensstättenverlust)**

Von einem Lebensstättenverlust (überplantes Jagdgebiet, potenzielle Quartierstätten in den überplanten Gehölzen und Gebäuden) für die im UG erfassten Arten ist auszugehen.

Die Erfüllung von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG wird unter Berücksichtigung der Maßnahmen zur Vermeidung bzw. Verminderung der Auswirkungen ausgeschlossen.

Maßnahmen zur Vermeidung der Verbotstatbestände gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG

Zur Vermeidung der Erfüllung des Verbotstatbestandes gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG (Lebensstättenverlust) werden folgende Maßnahmen notwendig:

- Für den Verlust des Quartierpotenzials sind Kompensationsmaßnahmen in der Vorhabenfläche oder auf nicht überplanten Flächen der Umgebung notwendig. Hierzu können Hecken oder Baumreihen in der nahen Umgebung durch Lückenschließungen mit heimischen Baum- und Wild-/Blühsträucherarten aufgewertet werden.
- Als kurzfristiger Ausgleich für den Verlust von Fledermausquartieren sind 2 Fledermaushöhlen (selbstreinigende Kleinfledermaushöhle/Sommerquartier aus Holzbohlen) in der Umgebung (ab etwa 50 m Abstand zur Vorhabenfläche in geeigneten, aus der Nutzung genommenen Gehölzen) anzubringen. Bezüglich der Auswahl der Bäume und der Montage der Kästen vor Ort ist den Vorgaben des Herstellers zu folgen.

## 8 Fazit und Ergebnis UsaP

Durch das geplante Bauvorhaben, den VBP Nr. 60 „Wohn- und Pflegequartier an der Waldseestraße“ in Aschendorf und der damit verbundenen Baufeldfreimachung in der Vorhabenfläche ist das Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände im Sinne des § 44 Abs. 1 bis 3 BNatSchG nicht auszuschließen.

Im Ergebnis der Untersuchung zur artenschutzrechtlichen Prüfung wurden auf Ebene der Vorprüfung Brutvögel und Fledermäuse als prüfungsrelevant ermittelt. Das Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände i.S. des § 44 Abs. 1 i.V.m. 44 Abs. 5 BNatSchG kann für die Artengruppe nicht ausgeschlossen werden.

Aufgrund der Lage im Raum und der im UG gegebenen Habitatstrukturen lässt sich ein Vorkommen und damit eine Notwendigkeit der artenschutzrechtlichen Befassung mit weiteren, im Rahmen der UsaP relevanten Tier- und Pflanzenarten ausschließen.

Für die im UG vorkommenden europäischen (wildlebenden, heimischen) Vogelarten und die im UG zu erwartenden Fledermausarten ergibt die vertiefende Prüfung unter Berücksichtigung der Maßnahmen zur Vermeidung (Bauzeitenbeschränkung, ökologische Baubegleitung und Kompensation) keine Erfüllung der Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 BNatSchG.

Die Ausarbeitung von Artenschutzfachbeitrag und UsaP wurde nach bestem Wissen und Gewissen und mit größter Sorgfalt erstellt. Der Beitrag besteht aus 18 Seiten, Literaturverzeichnis und 3 Seiten Bildanlagen (Gesamtseitenzahl: 22 Seiten)

Unterschrift



Christian Wecke

## 9 Literaturverzeichnis

### Gesetze

- BArtSchV, 2005. Verordnung zum Schutz wild lebender Tier- und Pflanzenarten (Bundesartenschutzverordnung - BArtSchV) vom 16.02.2005 (BGBl. I S. 258, 896) zuletzt geändert durch Art. 10 des Gesetzes vom 21.01.2013 (BGBl. I S. 95).
- BNatSchG, 2019. Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 1 des 4. BNatSchGÄndG vom 20. 07.2022 (BGBl. I S. 1362) geändert worden ist.
- LNatSchG NRW. Gesetz zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer Vorschriften. Vom 15. November 2016, GV.NRW. S. 933 - 964.

### Literatur

- Bach, L., Brinkmann, R., Limpens, H., Ramel, U., Reichenbach, M., Roschen, A., 1999. Bewertung und planerische Umsetzung von Fledermausdaten im Rahmen der Windkraftplanung. Bremer Beiträge für Ökologie und Naturschutz
- BMVI. 2020. Leitfaden zur Berücksichtigung des Artenschutzes bei Aus- und Neubau von Bundeswasserstraßen.
- Bundesamt für Naturschutz (BfN), Bonn 2009: Rote Liste gefährdeter Tiere, Pflanzen und Pilze Deutschlands [= Naturschutz und Biologische Vielfalt, Heft 70 (1)], S. 9–18
- Dietz, C., Helversen, O. & Nill, D. 2007. Handbuch der Fledermäuse Europas und Nordwestafrikas
- FFH-RL, 2006. Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie. Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen, zuletzt geändert durch Richtlinie 2006/105/EG des Rates vom 20. November 2006 am 20.12.2006.
- Gassner, E., Winkelbrandt, A., Bernotat, D., 2010. UVP und Strategische Umweltprüfung. Rechtliche und fachliche Anleitung für die Umweltprüfung, 5. ed. C. F. Müller, Heidelberg [u.a.].
- Heckenroth, Hartmut et al., 1991, Rote Liste der in Niedersachsen und Bremen gefährdeten Säugetierarten [= Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen, 13. Jg, Nr. 6]. Niedersächsisches Landesamt für Ökologie (NLO), Hannover 1993, S. 221-226
- Krüger, T. & Nipkov, M. 2015. Rote Liste der in Niedersachsen und Bremen gefährdeten Brutvögel. Inform. d. Natursch. Niedersachsen 4, 182-254.
- Meinig, H.; Boye, P., Dähne, M., Hutterer, R. & Lang, J. (2020): Rote Liste und Gesamtartenliste der Säugetiere (Mammalia) Deutschlands. – Naturschutz und Biologische Vielfalt 170 (2): S. 73
- NLWKN, Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz, Naturräumliche Regionen in Niedersachsen, Abruf Datenserver am 08.7.2020
- NMU, Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Umweltkarten. Abruf am 20.04.2022: [http://www.umweltkarten-niedersachsen.de/GlobalNetFX\\_Umweltkarten/](http://www.umweltkarten-niedersachsen.de/GlobalNetFX_Umweltkarten/)
- NLWKN (Hrsg.), 2016. In Niedersachsen vorkommende Arten der Anhänge II und IV der FFH-Richtlinie.
- NLWKN, Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz. 2010b. Verzeichnis der in Niedersachsen besonders oder streng geschützten Arten - Tabelle Teil A: Wirbeltiere, Pflanzen und Pilze. Stand 01.11.2008 (Korrigierte Fassung 01.01.2010). Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN), Hannover / Niedersachsen.
- Rote-Liste-Gremium Amphibien und Reptilien (2020): Rote Liste und Gesamtartenliste der Amphibien (Amphibia) Deutschlands. – Naturschutz und Biologische Vielfalt 170 (4)
- Rote-Liste-Gremium Amphibien und Reptilien (2020): Rote Liste und Gesamtartenliste der Reptilien (Reptilia) Deutschlands. – Naturschutz und Biologische Vielfalt 170 (3)
- Ryslavy, T., Bauer, H.-G., Haupt, H., Gerlach, B., Hüppop, O., Südbeck, P. & Sudfeldt, C. 2020. Rote Liste der Vögel Deutschlands 6. Fassung, 30. September 2020. Ber. Vogelschutz 57, 13-112.
- VS-RL, 2009. Richtlinie 2009/147/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten. (Vogelschutzrichtlinie).

## 10 Anhang



Abbildung 4 Blick auf die Vorhabenfläch von Süden



Abbildung 5 Westen der Vorhabenfläche mit Stallgebäuden





Abbildung 6                      Osten der Vorhabenfläche



Abbildung 7                      Gehölze östlich der Vorhabenfläche



Abbildung 8      Weide im Westen der Vorhabenfläche





Versickerungsmulde  
Ausmaße BOK 30,0 m x 5,0 m  
Böschungsneigung 1:3,5  
Tiefe 0,60 m  
[m HFP]  
BOK +0,20 Böschungsoberkante  
WSP (r<sub>D,10</sub>) -0,20 Bemessungswasserspiegel  
Sohle -0,40  
Speichervolumen zwischen -0,60 und -0,40 = ~10 m³

naturnaher Versickerungsteich  
Fläche BOK ~200 m²  
Fläche MHGW ~98 m²  
Sohle ~170 m²  
Tiefe 2,60 m  
Böschungsneigung 1:1,5 bis 1:3  
[m HFP]  
BOK +0,20 Böschungsoberkante  
Notüberlauf -0,20  
WSP (r<sub>D,10</sub>) -0,20 Bemessungswasserspiegel  
MHGW/Dauerstau -1,40 mittlerer Grundwasserhochstand  
MGW -1,90 mittlerer Grundwasserstand  
Sohle -2,40  
Speichervolumen zwischen -1,40 und -0,40 = ~160 m³

Wartungsstreifen  
BOK  
Dauerstau

### Anlage 4

**Legende**

- Rohrleitung Niederschlagswasser (RW)
- Straßenablauf
- Wasserbausteine als Schutz vor Erosion
- Rammkernsondierung (RKS)  
(methodenbedingt kein exaktes Höhenmaß)  
gute/mittlere/schlechte Durchlässigkeit des Bodens zu erwarten (gem. Bodengutachten)
- Art der Versiegelung**
  - Schrägdach (Ziegel)
  - Flachdach (Abdichtungsbahnen o. Ä.)
  - Extensivbegrünung mind. 10 cm
  - Betonsteinpflaster (Fahrweg/Gehweg)
  - Rasenfugen-, Drainbetonsteine o. Ä.

**Hinweise:**  
Im Bereich der Versickerungsmulde sind teilweise gering durchlässige Böden (torfig, stark schluffig) zu erwarten. Diese sind bis 1,0 m unterhalb der Sohle der Versickerungsmulde (-1,60 m HFP) zu entnehmen und durch versickerungsfähige Sande zu ersetzen.

Parkplatzflächen und Gehwege werden mit wasserdurchlässigen Materialien (Dränpflaster, Rasengittersteine o. Ä.) ausgeführt.

Gemarkung Aschendorf  
Flur 9  
Flurstücke 543/219, 542/217, 541/215, 540/214 (teilw.), 222/1, 223/1 (teilw.)

Grundstücksgröße 9.390,20 m²



**M&O | BÜRO FÜR GEOWISSENSCHAFTEN**  
Bernard-Krone-Straße 19, 48480 Spelle, www.mo-bfg.de

Proj.: 6364-2023-EK-BPlan  
Anlage 2: Entwässerungsplan  
- Bauleitplanung -

Auftraggeber: Emsleben GmbH Große Straße 68-70 26871 Papenburg	Vorhaben: Neubau eines Wohnpark Waldesstraße Aschendorf
Planungsgrundlage: Knipper Kleine Architekten, Lageplan, 22.06.2023 (Vorabzug)	

Maßstab 1:500 (DIN A3)	Datum 29.11.2023	Bearbeiter Witte
---------------------------	---------------------	---------------------

Vorabzug